

# GRÜNES GEDÄCHTNIS 2007



 HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

**Grünes Gedächtnis 2007**

**Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung**

## **Bildnachweis**

Kapitel 1; Kapitel 3 (Foto von Gabriele Gottwald, Petra Kelly); Kapitel 4 „Feminat“, Bericht 03/84, Startseite [www.joschka.de](http://www.joschka.de); Kapitel 5 (Aufnahmeantrag); Cover: Archiv Grünes Gedächtnis

Kapitel 6 (Foto Wangari Maathai): Heinrich-Böll-Stiftung

Kapitel 6 (Foto von Willi Hoss): Ellen Bailly

Kapitel 4 (Foto von Petra Kelly): Frank Darchinger

Kapitel 3 (Foto der Bundestagsgruppe): Sepp Spiegl

Kapitel 2 (Foto von Ludger Volmer): Joker Fotopresseagentur

Kapitel 2 (Foto von Christian Schmidt): Lothar Kucharz

Grünes Gedächtnis 2007  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2006

© Heinrich-Böll-Stiftung

Alle Rechte vorbehalten

Coverfoto: Archivgebäude Alter Schlachthof Berlin-Friedrichshain

Gestaltung: SupportAgentur, Berlin

Druck: agit-druck, Berlin

ISBN 3-927760-58-7 (ab 2007: 978-3-927760-58-5)

Bestelladressen:

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung

Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

Tel. 030-285 34 260, Fax 030-285 34 5260

E-Mail: [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de), Internet: [www.boell.de/archiv](http://www.boell.de/archiv)

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin

Tel. 030-285 340, Fax 030-285 34 109

E-Mail: [info@boell.de](mailto:info@boell.de), Internet: [www.boell.de](http://www.boell.de)

# Inhalt

Vorwort . . . . .	5
-------------------	---

## 1 Beiträge zur Zeitgeschichte

Das rot-grüne Projekt – Rückblick auf eine kraftlose Koalition von Saskia Richter, Michael Schlieben, Franz Walter . . . . .	11
---	----

Endphase einer Parlamentarisierung: Die AL und die rot-grüne Koalition in Westberlin, 1989-1990 von Keith Alexander . . . . .	27
---	----

Begegnungen und Zusammenstöße – Malville 1977 von Lars Müller . . . . .	41
--	----

Zur Überlieferung der Anti-Atom-Bewegung im Archiv Grünes Gedächtnis von Christoph Becker-Schaum . . . . .	51
---	----

## 2 Das historische Dokument

Ökosozialisten vs. Undogmatische Linke: Christian Schmidt und Ludger Volmer auf dem Perspektiv-Kongress 1988 kommentiert von Christoph Becker-Schaum . . . . .	59
--	----

## 3 Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis

B.II.2 – Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsgruppe 1990-1994 von Steffi Rönnefarth . . . . .	67
--	----

Zum Verhältnis von Internationaler Solidaritätsbewegung und Parlamentarismus – das Depositum Gabriele Gottwald im Archiv Grünes Gedächtnis von Anne Vechtel . . . . .	71
--	----

## **4 Archivprojekte**

Von der Arbeit des Netzwerks der Bewegungsarchive  
von Anne Vechtel . . . . . 75

Der parlamentarische Arm der Friedens- und Umweltbewegung.  
Die Grünen im Deutschen Bundestag 1983–1987  
von Tim B. Peters . . . . . 77

Aus dem Internet ins Archiv – ein DFG-Projekt  
von Gabriele Giwan . . . . . 83

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte.  
Zur Fotosammlung im Archiv Grünes Gedächtnis  
von Robert Camp . . . . . 86

Von Bändern und Bits.  
Zur Ton- und Filmsammlung im Archiv Grünes Gedächtnis  
von Steffi Rönnefarth . . . . . 89

## **5 Besprechungen**

Josef Boyer: Mitgliedschaft und Sozialstruktur der Grünen  
von Christoph Becker-Schaum . . . . . 93

Paul Berman: Idealisten an der Macht  
von Roland Schaeffer . . . . . 96

Alain Lipietz: Refonder l'espérance  
von Christoph Becker-Schaum . . . . . 102

## **6 Neuerscheinungen**

annotiert von Christoph Becker-Schaum und Anne Vechtel . . . . . 107

## Vorwort

Wenn man Wolfgang Hildesheimer trauen darf, hätten wir in diesen Wochen Anlass, des 150. Todestags von Gottlieb Theodor Pilz zu gedenken.<sup>1</sup> Pilz hat sich in Hildesheimers satirischer Erzählung als Verhinderer überflüssiger Werke einen Namen gemacht. Hildesheimer hat Pilz' negatives Wirken außerordentlich positiv gewürdigt. Deshalb sollten wir, um Pilz zu gedenken, überlegen, warum, um Himmels willen, die Zahl der unverkäuflichen Archivjahrbücher noch um eins vermehrt werden sollte. Welche Beweggründe scheinen uns so überzeugend, dass wir trotzdem künftig in dieser Form aus dem Archiv Grünes Gedächtnis berichten wollen? Es sind vor allem zwei.

Der erste hängt damit zusammen, dass die grüne Partei im Januar 2005 25 Jahre alt geworden ist. Viele junge Forscherinnen und Forscher, die in unser Archiv kommen, sind auch nicht älter. August Haußleiter dagegen, der zur Parteigründergeneration zählte, ist 1905 geboren. Er wäre im vergangenen Jahr 100 Jahre alt geworden. Diese älteste Generation der Grünen ist heute nicht mehr am Leben. Haußleiter kann man nicht mehr befragen. Dabei gäbe es viel zu fragen, etwa zu seiner Rolle als Kriegsberichterstatler im 2. Weltkrieg und seinem späteren Weg von der CSU über die „Deutsche Gemeinschaft“ und die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ zu den Grünen. Verglichen mit der politischen Bandbreite der Gründerjahre sind die Grünen heute geradezu eine homogene Partei. Das ging nicht ohne heftige innerparteiliche Kämpfe ab, von denen die Materialien des Archivs Zeugnis ablegen.

Die Befragung grüner Politikerinnen und Politiker war aber lange Jahre ein vielfach erprobtes Mittel der Forschung. Als Charlene Spretnak 1983 ihre Darstellung der Grünen schrieb, stützte sie sich ebenso wie zehn Jahre später Joachim Raschke auf zahlreiche Interviews, die sie mit einzelnen Politikerinnen und Politikern geführt hatte. Weitere derartige Mittel waren die beobachtende Teilnahme und der zeitnahe Aufbau eigener Quellensammlungen. Viele Autorinnen und Autoren, die über die Grünen geschrieben haben, haben ihr Privatarchiv als Quellenstock angegeben. Sie waren aktive oder beobachtende Teilnehmer an Gremiensitzungen und Parteitag und haben die Anträge, Beschlüsse und Protokolle gleich mitgenommen und gesammelt. Rückwirkend kann das allerdings niemand. Diese Zugänge zu den Grünen werden deshalb zunehmend selbst Geschichte. Gleichzeitig erleben wir, dass die Geschichtswissenschaft neue Zugänge zu den Grünen entwickelt. Das gilt primär für die frühe Entwicklung bis 1990. Das Jahr 1990 ist das jüngste Epochenjahr der Zeitgeschichte. Was bis zu diesem Jahr geschah, erfährt seit ein paar Jahren eine allgemeine Historisierung. Vorher waren es der Amtsantritt der Regierung Brandt und das Ende der sozialliberalen Koalition, die in diesem Sinn Epoche machten. In dieser Perspektive sind die Grünen ein integraler Bestandteil der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geworden. Die historische Einordnung der Grünen basiert nun nicht mehr auf teilnehmender Beobachtung und Privatsammlung. Sie basiert auf in Archiven gesammelten Quellen. Das wirft neue

1 Wolfgang Hildesheimer: 1956 – ein Pilzjahr, in: ders., *Lieblose Legenden*, überarbeitete und erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main 1970, S. 21-34.

Fragen auf. Denn die in den Archiven gebildeten Überlieferungen basieren nicht zuletzt auf Entscheidungen der Archive: Welche Eingriffe in das Datenmaterial nehmen sie vor? Welche Unterlagen sind aus welchen Gründen kassiert, d.h. physisch vernichtet worden? Nach welchen Gesichtspunkten werden die Materialien geordnet und aufbereitet. Fragen, von deren Beantwortung Umfang und Zustand der Überlieferung abhängen. Mit unserem Jahrbuch wollen wir Transparenz über den Quellenwert unserer Sammlungen herstellen und auf diesem Weg den Zugang zu den archivischen Quellen der Grünen erleichtern. Zugleich wollen wir auf diesem Weg unseren Dank abstaten bei all denen, die dem Archiv ihre Unterlagen zur Verfügung stellen, indem wir zeigen, was mit Ihren Dokumenten geschieht.

Der zweite Beweggrund für das Jahrbuch ist, dass die Rolle unseres Archivs sich nach und nach verändert hat. In den Jahren nach seiner Gründung lag der Schwerpunkt der Arbeit in einem so hohen Maße auf den sogenannten archivischen Kernaufgaben – sammeln, bewerten, erschließen, dauerhaft bewahren und bereitstellen –, dass die weitergehenden Bildungsaufgaben eines Archivs fast gar keine Rolle gespielt haben. Das hing auch damit zusammen, dass das Archiv im ersten Jahrzehnt seines Bestehens auf einem ehemaligen Bauernhof in der Nähe von Bonn unter räumlichen Bedingungen untergebracht war, die an eine weitergehende Bildungsarbeit gar nicht denken ließen. Seit nunmehr fünf Jahren ist das Archiv in Berlin. Die Zeiten des Provisoriums sind auch hier vorbei. In demselben Maße, wie die Möglichkeiten gewachsen sind, kamen neue Anforderungen auf das Archiv zu: Ausstellungen, Führungen, Vorträge, Seminare, Vernetzung von Archivinitiativen, Publikationen und so weiter. Das Grüne Gedächtnis ist zu einer Agentur für grüne Geschichte geworden und soll im Rahmen seiner Möglichkeiten Impulse geben für die weitere politische und wissenschaftliche Beschäftigung mit den Bündnisgrünen und den sozialen Bewegungen. Das Archiv hat in den vergangenen fünf Jahren, in denen es in Berlin die ersten Schritte einer archivischen Bildungsarbeit gegangen ist, die Erfahrung gemacht, dass es mit seinen Angeboten auf die Nutzer zugehen muss. In den Diskussionen über die entsprechenden Angebote ist auch die Idee zu diesem Jahrbuch entstanden. Allen, die zu der Diskussion beigetragen haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die Erwartungen an das Archivjahrbuch sind vielfältig. Einschlägige deutsche und internationale Zeitschriften gibt es so viele, dass dies nicht die Perspektive des Jahrbuchs sein kann. Die allermeisten Nutzer des Archivs haben einen wissenschaftlichen Hintergrund, aber der Kreis derer, die sich für die Geschichte der Bündnisgrünen interessieren, ist viel größer. Das ist eine Erfahrung, die wir machen, wenn Besuchergruppen ins Archiv kommen. Deshalb sind es insgesamt drei Gruppen, die wir im Auge haben: zunächst junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, denen wir etwas an die Hand geben und denen wir eine Publikationsplattform bieten wollen; ferner die an den Grünen und grüner Geschichte interessierte Öffentlichkeit, eine zugegebenermaßen schwierig zu fassende Gruppe; und nicht zuletzt die Partei Bündnis 90/Die Grünen, ihre Mandatsträger und anderen Aktiven, mit denen wir das Gespräch suchen und denen wir ein „Feedback“ geben wollen, was mit ihren Unterlagen im Archiv passiert. Auch wenn die Grünen die jüngste politische Grundströmung sind, haben sie doch schon vielfache Wandlungen und Häutungen vollzogen. Wer heute bei den Grünen einsteigt, sollte wissen, auf welchen

Fundamenten er steht. Eine Partei muss wissen, woher sie kommt. Auch dieses Wissen soll das Jahrbuch vermitteln. Als Archiv der grünen Geschichte möchten wir auch regelmäßig Beiträge zu den grünen Landesverbänden, die interessante eigene Geschichten haben, liefern. Wir wollen außerdem nicht vergessen, dass die Grünen ein internationales Projekt sind, welches zudem nicht in der Parteipolitik aufgeht, weshalb auch die internationale grüne Bewegung sowie außerparlamentarische Akteure ein eigenes Interesse auf sich ziehen. Wir haben in diesem ersten Jahrbuch versucht, die unterschiedlichen Perspektiven in einen konsistenten Zusammenhang zu bringen und dabei auch die zeitgeschichtliche Aktualität nicht aus den Augen zu verlieren. Nach der verlorenen Bundestagswahl hat der Rückblick auf die Koalitionserfahrungen im Bund und in den Ländern und die Anti-Atom-Bewegung, mit der in den 70er Jahren alles angefangen hat, dafür den Rahmen geliefert.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs möchten wir allen Autorinnen und Autoren herzlich danken. Ein besondere Dankeschön gilt Anne Vechtel für die Redaktion der Beiträge. Den hoffentlich zahlreichen Leserinnen und Lesern wünschen wir viele Einsichten und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im Dezember 2006

Ralf Fücks  
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Christoph Becker-Schaum  
Leiter Archiv Grünes Gedächtnis

## **1 Beiträge zur Zeitgeschichte**

# Wer Rot-Grün will, muß Rot + Grün wählen

**Stimmzettel**  
Sie haben 2 Stimmen.

**1. Stimme**  
Wahlkreis

**2. Stimme**  
Parteienstimm (Zweitstimme)

**SPD**

<input type="checkbox"/>	CDU	
<input type="checkbox"/>	SPD	
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>B90/GRÜNE</b> Heidrun Heidecke, M.-J. Tschicha	4
<input type="checkbox"/>	FDP	

**Sachsen-Anhalt braucht Stabilität und Innovation.  
Unser Land braucht Reinhard Höppner und Heidrun Heidecke.**

INITIATIVKREIS „ROT-GRÜN FÜR SACHSEN-ANHALT“

Abb. 1: Der Initiativkreis  
„Rot-Grün für Sachsen-Anhalt“  
ruft bei der Landtagswahl 1998  
zum Stimmensplitting auf.

## Das rot-grüne Projekt – Rückblick auf eine kraftlose Koalition

### 1 Einleitung

Sieben Jahre lang ist die Bundesrepublik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen regiert worden. Was einst als avantgardistisches, die Gesellschaft modernisierendes „Projekt“ der deutschen Linken und Neuen Mitte gesehen wurde, büßte nach und nach an Unterstützung durch den Wähler ein. Während 1998 noch in fünf Bundesländern, vielen Großstädten, Landkreisen und Kommunen rot-grün regiert wurde, hatte sich im Jahr der Abwahl, im Jahr 2005, das regionale sowie das bundespolitische Machtfundament erheblich reduziert.

Mittlerweile, da auf Bundesebene eine große Koalition regiert und sich mit der Linkspartei eine ernstzunehmende Konkurrenz im linken politischen Spektrum etabliert hat, hat sich die koalitionspolitische Ausgangslage auf dem bundesdeutschen Parteienmarkt weiter noch „zu ungunsten“ von Rot-Grün verändert. Zwar kommt es auf den verschiedenen parlamentarischen Ebenen durchaus zu erneuerten Annäherungstendenzen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, doch geht es den beiden ehemaligen Koalitionspartnern dabei vornehmlich um die eigene Regierungsbeteiligung, weniger um die Ausformulierung einer gemeinsamen Leitidee oder um die Verwirklichung eines politischen „Projektes“. In seiner ursprünglichen Form, so scheint es, ist das „rot-grüne Projekt“ am Ende. Die dreigeteilte Fragestellung dieser Analyse ist daher folgende: Wie entstand Rot-Grün? Wie regierte Rot-Grün? Und welche Aussichten ergeben sich für Rot-Grün?

### 2 Rot-grüne Genese

Noch vor weniger als zwei Jahrzehnten fand das rot-grüne Koalitionsmodell bei Wählern, insbesondere aber bei den Partei-Aktivisten selbst wenig Akzeptanz (Jun 1994, S. 132). Es galt weithin unerwünscht, ja als tabu-beladen. Die SPD trennte programmatisch und organisatorisch mehr von den frühen Grünen als von ihren beiden ehemaligen Koalitionspartnern FDP und CDU. Die Gründungsgeneration der Grünen und die zeitgenössische Führungsriege der Roten konnten nicht viel miteinander anfangen – schließlich hatte vor der ersten konstruktiven Zusammenarbeit die Abgrenzung gestanden. Zwar gingen die 1979/80 während der Regierungszeit Helmut Schmidts gegründeten Grünen nicht unmittelbar aus der SPD hervor, doch speiste sich die linke Partei zu einem nicht unerheblichen Teil bei Funktionsträgern und Wählern aus enttäuschten SPD-Anhängern oder -Mitgliedern (Markovits/Gorski 1997)<sup>2</sup>. Im ersten Analyseschritt soll nachvollzogen werden, welche parteispezifischen Hemmschwellen abgebaut werden mussten, bis die Grünen, immerhin als Protest-Partei entstanden, Koalitions- und Regierungsfähigkeit erlangten und bis die SPD trotz des Gründungskonflikts die Grünen als bevorzugte Koalitionsoption anerkannte.

2 Die umfassende Studie zeigt, dass sich in der „lose und dezentral“ gegründeten Partei, die bundesweit erstmals bei den Europawahlen 1979 antrat, zu Beginn ein „breites politisches Spektrum“ vereinigte, das neben Ex-SPDlern von Umweltschützern über Wertkonservative bis hin zu Infiltrierungsversuchen NPD-nahestehender Gruppen reichte.

## 2.1 Koalitionsrestriktionen

Vor dem Machtwechsel von 1982 nahm die regierende SPD die Grünen und deren politische Anliegen nicht sonderlich ernst. Zwar empfand man erste regionale Wahlerfolge der „Ökopaxen“ als abtrünnigen Stimmenklau, hoffte aber, dass sie eine vorübergehende Mode-Erscheinung blieben, was angesichts der bis dahin währenden Stabilität des bundesrepublikanischen Parteiensystems nachvollziehbar war: Die vier seit 1949 im Bundestag vertretenen Parteien (SPD, CDU, CSU, FDP) hatten sich in den 70er Jahren rekord-integrationskräftig erwiesen. Sie verfügten über einmalig hohe Mitgliedszahlen und erhielten bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 insgesamt über 99% der Stimmen. Die Anfangserfolge der Grünen, die ab 1982 auch auf überregionaler Ebene regelmäßig die 5%-Hürde überspringen konnten<sup>3</sup>, galten bei der stetig Wählerstimmen verlierenden SPD als „weggeworfene Stimmen“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 28.6.1979). Zwar mahnte der Parteivorsitzende Brandt, grünes Gedankengut zu integrieren, und forderte nach dem Bonner Machtverlust, in Hoffnung auf eine „Mehrheit links von der CDU“, „neue Gruppen nicht in Quarantäne zu stellen“ (*Die Zeit* 8.10.1982). Doch der Mehrheit seiner Mitglieder missfiel dies Werben einer „Samtjacken-SPD“ um neue Wählerschichten und Koalitionspartner (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14.7.1982). Die gewerkschaftliche und sozialbürokratische Traditionsfraktion sah die SPD im Kern als technik- und fortschrittsgläubig, nahm die Bürgerinitiativen gegen Kernkraft und Flughafenerweiterung als unmittelbar beschäftigtenfeindlich wahr, fremdelte mit den grünen Parvenüs, für die gerade der Zweifel an dem Projekt der Moderne konstitutiv zu sein schien. Die 1982 publizierten Thesen des Politologen und SPD-Grundwertekommissionsmitglieds Löwenthal explizierten die partei-spaltende Konfliktlinie zwischen Ökonomie und Ökologie. Die SPD, so das Postulat gegen Brandts Integrationskurs, solle sich „für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger entscheiden“ (Lösche/Walter 1992, S. 122). Der exemplarische „Kumpel in Dortmund“ sollte vor den dubiosen „Naturfreund in Ostfriesland“ gehen (*Die Zeit* 27.8.1982).

Die überwiegend der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung der 70er und 80er Jahre entsprungenen Grünen scheuten sich ebenfalls zu Beginn vor rot-grünen Koalitionen. Zwar unterschieden sie sich und ihre Koalitionsvorlieben beinahe von Kreisverband zu Kreisverband,<sup>4</sup> dennoch einte die Geringschätzung der SPD als rechtsgerückte, strukturkonservative Partei, die regierend für NATO-Doppelbeschluss und den „Marsch in den Plutoniumstaat“ verantwortlich sei, Frauen strukturell benachteilige und die großen Staatssysteme (von Gesundheit bis Rundfunk) protegiere und verfilze. Erschwerend für Koalitionsbildungen kam hinzu, dass die Grünen ihrer anti-parteiischen Tradition zufolge lange nicht en gros nach Exekutivmacht strebten. Auch wenn es bereits in der Frühphase auf lokaler und kommunaler Ebene, bei überschaubarer Zahl an kooperativen Mandatsträgern, zu funktionsfähigen Koalitionen kam<sup>5</sup>, wäre rot-grüne Gestaltungspolitik auf Bundes- oder Lan-

3 Bei der Bundestagswahl 1980 erzielten sie noch 1,5%. Erste Landtagsparlamentseinzüge: 1979: Bremen 5,1%, 1980: Baden-Württemberg 5,3%, 1981: Berlin 7,1%.

4 Nicht einmal akzeptierten alle die vier geltenden Grundprinzipien: gewaltfrei, sozial, ökologisch, basisdemokratisch.

5 So war ab 1981 Kassels Hans Eichel erster rot-grüner Oberbürgermeister einer (traditionell sozialdemokratischen) Großstadt.

desebene zu dieser Zeit schwer zu verwirklichen gewesen, da die Grünen weder über programmatische Klarheit noch über funktionierende Führungsstrukturen verfügten. Exemplarisch für daraus resultierende rot-grüne Anlaufschwierigkeiten seien die gut 150 Tage dauernde und letztlich gescheiterte Koalitionsverhandlung zwischen der SPD und GAL in Hamburg 1982 und das erste rot-grüne Tolerierungsbündnis in Hessen genannt. Der Hamburger GAL-Fraktionsvorsitzende unterstützte radikale Hausbesetzer, zeitgleich dozierte der SPD-OB über die Unverletzbarkeit des exekutiven Gewaltmonopols (*Der Tagesspiegel* 10.8.1982). Das Schlagwort „Hamburger Verhältnisse“ wurde synonym für rot-grünes Chaos. In Hessen verweigerten die intern zerworfenen Grünen der tolerierten SPD-Landesregierung die Haushaltsentwurfzustimmung. Auch hier kam es zu Neuwahlen.

## 2.2 Rot-grüne Annäherung

Rot-Grün enttabuisierte und konkretisierte sich im Trial-and-Error-Prinzip. Die ersten Koalitionsverhandlungen auf Landesebene waren zäh und wenig erfolgreich: grüne Maximalforderungen trafen auf mangelndes sozialdemokratisches Einfühlungsvermögen und aufgeregte Kommentatoren in den Medien. Wie in Hamburg oder später bei den ersten Landesregierungen in Hessen oder Berlin war Rot-Grün von den meisten Akteuren alles andere als geplant oder gewünscht (Lees 2000); keins der ersten rot-grünen „Konfliktbündnisse“ überstand die erste Legislaturperiode. Allerdings blieb der SPD nur die Option, es mit den Grünen koalitions-technisch weiter zu versuchen, da sie seit 1982 einem festen, länderübergreifenden<sup>6</sup> Machtblock von CDU/FDP gegenüber stand und das relativ konstante Wachstum der Grünen eine bipolare Dynamik in das bis dahin währende „Zweieinhalb-Parteiensystem“ (Dittberner 1997, S. 217) brachte. So kristallisierten sich während der Regierungszeit Kohls Lager heraus. 15 Jahre gemeinsame Bundestagsoppositionserfahrung<sup>7</sup> und ein wachsender kommunaler Unterbau schweißten SPD und Grüne zusammen.

Zwischen Rot und Grün fand aber nicht nur eine machtstrategische, sondern auch sukzessiv eine inhaltliche Annäherung statt. Stetig wurden programmatische und organisatorische Differenzen abgebaut. Dabei wirkte der SPD-Generationswechsel zu machtwortversierten und wenig berührungängstlichen Spitzenpolitikern<sup>8</sup> sowie der Alterungsprozess der grünen Gründungskohorte begünstigend. Die SPD kehrte zwischenzeitlich zumindest verbalprogrammatisch vom Wachstumsdenken früherer Jahre ab, setzte statt dessen – man wollte wieder Teil der jungen sozialen Bewegung sein – auf Ökologisierung von Produktion und Konsum (Walter 2001b, S. 217), quotierte die innerorganisatorische Geschlechterstruktur, gründete Umwelt-Arbeitsgruppen. Das 1989 verabschiedete Berliner Programm war sichtlich und zeitgeistgemäß angegrünt. Weil die CDU zur gleichen Zeit eine Führungskrise durchlitt (Bösch 2002, S. 134), die Grünen in fast allen Landesparlamenten an der FDP vorbeizogen, wurde Rot-Grün auf Bundesebene informell schon vorbereitet (*Frankfurter Rundschau* 25.7.1989). Für Westdeutschland, so hat es den Anschein,

6 Erst 1987 kam es wieder zu sporadischen SPD/FDP-Landeskoalitionen.

7 Die Grünen waren 1990 – 1994 durch Bündnis 90 vertreten.

8 Lafontaine war einer der ersten, der 1985 offensiv für ein Bündnis mit Grün warb; 1990 wählte der neue niedersächsische Ministerpräsident Schröder bei freier Auswahl die Grünen zum Koalitionspartner.

wäre Rot-Grün 1990 fällig gewesen. Mehr als ein Zweckbündnis, wurde es als politsoziologisches Projekt der 68er und der Neuen Sozialen Bewegungen der 70er Jahre gesehen (Egle/Ostheim/Zohnhöfer 2003, S. 13).

Der Fall der Mauer machte die Projektträume zunichte. Rot-grüner Postmaterialismus wirkte angesichts der neuen Weltordnung plötzlich gestrig und unwesentlich.<sup>9</sup> Die SPD fiel bei der 90er-Wahl unter 32%, die West-Grünen verpassten den Bundestageinzug. Allerdings beschleunigte die nationale Einheit den Professionalisierungsprozess der Grünen. Sie verließen zusehends ihre alternative Protest-Provenienz. Die Fusion mit dem als „parlamentsorientierte Reformpartei“ definierten, ostdeutschen Bündnis 90 stellte eine realpolitische Wegmarke im grünen Entwicklungspfad dar. Zudem ebte der auf die Auseinandersetzung zwischen Fundis und Realos zugespitzte Gründungskonflikt ab. Die Spitzenvertreter der Fundis verließen die Partei 1991<sup>10</sup>, nachdem sich die grünen Parteistrukturen mit der weiträumigen parlamentarischen Etablierung und der wachsenden Zahl an Regierungsbeteiligungen und Koalitionspartnern (kommunal auch mit CDU, FDP, PDS) denen der Alt-Parteien angepasst hatten. Im Rahmen der institutionalisierten Arenen zu wirken zwang die Grünen, Kompromisse einzugehen, basisdemokratische Ansprüche und Rotationsprinzipien, die sich als leistungshemmend entpuppten, peu à peu fallen zu lassen. Sie schlossen allmählich die Expertise-Lücke zu anderen Parteien, bauten Netzwerke und Ressourcen, lernten Regieren und Opponieren nach parlamentarischen Spielregeln. Während sie bei ihrer ersten Bundestagslegislatur kaum Ausschüsse adäquat besetzen konnten – nur ein gelernter Anwalt war in der Fraktion – verfügten sie bald über ressortübergreifende Fachkompetenz, über Oberbürgermeister und Ex-Justizminister. Wenngleich es bei grüner Koalitionsbeteiligung meist zu standardisierter Ressort-Verteilung (Umwelt, Familie) kam, war die Umweltfrage bald schon nicht mehr das alles andere dominierende Politikfeld der Partei. Man modifizierte den einstigen rechtsstaats- und wachstumskritischen Ansatz und anerkannte den Gestaltungsauftrag von Parteien. Mitte der 90er Jahre kursierten erstmals schwarz-grüne Gedankenspiele.

Die zweite Generation rot-grüner Landeskoalitionen seit Mitte der 90er Jahre trug deutlich diese umgangserfahrenere, „hartgesotten pragmatische“ (Meng 1993, S. 71) Handschrift. Auch wenn meist bei strittigen Projekten (etwa: Braunkohleförderung in Nordrhein-Westfalen oder Ostseeautobahnbau in Schleswig-Holstein) der ökonomische den ökologischen Anspruch überwog, bemühten sich die Koalitionspartner, so wenig Demarkationslinien wie möglich zu offenbaren. Signifikante Bedeutung für den Machtwechsel von 1998 kam dabei der 1995 gebildeten rot-grünen Koalition in NRW zu. Das Regierungsbündnis im bevölkerungsreichsten Bundesland mit hoher Schwerindustrie- und organisierter Arbeiterdichte galt gemeinhin als rot-grüner Lackmestest, als Vorläufer zur Ablösung Kohls. Allerdings gab es neben medialer Euphorie – selten wurde das „Projekt“ so zahlreich besprochen – auch erbitterten Widerstand. Während eine Klientel aus Akademikern und Dienstleistungsbeschäftigten Rot-Grün favorisierte, forderten Traditionsgewerkschaften

<sup>9</sup> Der mit Rot-Grün gescheiterte Berliner OB Momper prägte den Begriff des „Auslaufmodells“.

<sup>10</sup> Im Anschluss an einen mehrere Professionalisierungsstrukturreformen beschließenden Parteitag in Neumünster.

wie IG Bergbau, Chemie und Energie vergebens eine Koalition mit der CDU. Der „Kumpel in Dortmund“ hatte aufgehört, repräsentativer Bezugspunkt sozialdemokratischer Macht- und Identitätsstrategie zu sein.

Auf Bundesebene dagegen hielt sich die SPD durchweg die Option zur großen Koalition offen. Um die allgemeine Koalitionsfähigkeit nicht einzuengen und dem Rot-Grün von Anbeginn begleitenden Negativ-Campaigning nicht Vorschub zu leisten, verzichteten die Kanzlerkandidaten Rau, Lafontaine, Scharping und auch Schröder 1998 vorab auf eine Koalitionsaussage zugunsten der Grünen. Die SPD regierte 1998 mit vier verschiedenen Koalitionspartnern<sup>11</sup>, wollte den „neuen Mittelstand“ (Vester 2001, S. 104) erreichen und keinen Lagerwahlkampf führen. So profilierten sich SPD und Grüne im auf beiden Seiten hoch professionalisierten 98er-Wahlkampf gegeneinander und nicht im Schulterschluss. Schröder warb als künftiger „Autokanzler“ im wirtschaftsliberalen Modernisiererduktus, und die Grünen leisteten sich eine kleine Kernwähler mobilisierende Renaissance, forderten auf ihrem Wahlparteitag 5-DM-Bezinststeuer und Bezugsscheine für Flugreisen. Ausschlaggebend für die Ablösung der CDU-FDP-Koalition 1998 war schließlich der Zuwachs der SPD auf fast 41% der Wählerstimmen. Sie konnte sich bei klassischen Wählerschichten, den (gewerkschaftlich organisierten) Arbeitern, behaupten und legte im Vergleich zur Vorwahl besonders bei den Wechselwählern unter den Angestellten und Ostdeutschen zu. Die Grünen indes verloren knapp, dennoch wies das Ergebnis mit zehn Mandaten Mehrheit deutlich Rot-Grün den koalitionsarithmetischen Weg. Obgleich viele Bundesminister vorher auch rot-grüne Landesminister waren und in der „sozial-ökologischen Reformpolitik“ noch ein für beide Parteien kompatibler Slogan gefunden wurde, existierte für das erste rot-grüne Bundeskabinett kein fertiger Entwurf. Die zum Teil ernüchternden Bilanzen der gemeinsamen Länderregierungen wiesen keinen wirtschafts- und arbeitspolitischen Königsweg; selten hatten sie in Zeiten knapper Kassen (haushälterisch) gegläntzt, sich aber auch nicht, wie oft befürchtet, als standortschädlich und gesellschaftsumstürzlerisch erwiesen. Die prägnanten Auswirkungen rot-grüner Politik vor Ort waren eher soft, dafür eindrücklich. Der Bus fuhr häufiger, die Mülltonnen wurden bunter, die Frauen-Quote im öffentlichen Dienst stieg.

### **3 Die rot-grüne Koalition auf Bundesebene**

Urteile über die rot-grüne Bundeskoalition fielen gemeinhin schlecht aus (u.a. Egle 2005 und *Neue Züricher Zeitung* 3.9.2005). Rot-grüne Politik galt als unbeständig, die regierende Elite bald als erschöpft und ideenlos. Insbesondere bei der SPD zeichnete sich in stetig sinkenden Umfragewerten und Wahlergebnissen ein kontinuierlicher Abwärtstrend ab. So kritisch allerdings waren die Bewertungen der Koalition nicht immer gewesen. Im Gegenteil: In der Hochphase der ersten rot-grünen Legislaturperiode gelang es Gerhard Schröder, die verschiedenen Kräfte der Verhandlungsdemokratie zu gelegentlichen, kompromissbereiten und deshalb funktionsfähigen Bündnissen zusammenzuführen (u.a. *Die Zeit* 6.7.2000). Es folgten der Beschluss zum Atomausstieg, zu Steuer- und Rentenreform. Das Wissenschaftszentrum Berlin verlieh der umweltpolitischen Leistung der Regierung das Etikett

<sup>11</sup> Neben Rot-Grün: Große Koalition in Berlin, mit der FDP in Mainz, mit der PDS in Schwerin.

„bemerkenswert“ (*Die Zeit* 15.9.2005). Die Koalition pflegte einen an die engen Handlungskorridore der Republik angepassten Regierungsstil, der einerseits personalisiert war und transparent wirkte, andererseits aber gleichzeitig ein zunehmend verdecktes Verhandeln ermöglichte (Grande 2000, S. 122-141). Das Verfahren in seiner Ausprägung war neu und sogar zeitweise ohne Mehrheit im Bundesrat erfolgreich. Parteiübergreifende Kritik aber übten die Parlamentarier, die den Verlust der eigenen Bedeutung witterten (*Süddeutsche Zeitung* 28.7.2000). In solchen Situationen offenbarten sich die Konfliktfelder der rot-grünen Koalition.

Im Gegensatz zu ihren lange miteinander harmonisierenden Spitzenvertretern Schröder und Fischer fiel den sozialdemokratischen und grünen Funktionären im Kabinett, in den Parteizentralen und im Bundestag die Zusammenarbeit schwer (*Die Zeit* 12.2.2004).<sup>12</sup> Bei unzureichender politischer Führung wurden koalitionsinterne Kontroversen an die Oberfläche gespült und sichtbar. Dafür exemplarisch war die Debatte über das Zuwanderungsgesetz (u.a. Thränert 2000, S. 24 ff.): In der von Wirtschaftsvertretern angestoßenen Diskussion waren es ihrer Tradition entsprechend die Grünen, die darauf drängten, Offenheit zu schaffen. Letztlich jedoch wurden sie am Kompromiss nicht mehr beteiligt und mussten vor der eigenen Partei ein von Otto Schily ausgehandeltes und von Günter Beckstein gelobtes Gesetz rechtfertigen, das Zuwanderung weniger fördert, sondern eher vor dem Hintergrund terroristischer Anschläge rigide reguliert. Das Ergebnis war ein Kompromiss, den die Parteien unterschiedlich gut verkraften konnten – die SPD besser als Bündnis 90/Die Grünen.

Die verschiedenen programmatischen Schwerpunkte oder gar Gegensätze zwischen Rot und Grün waren in der Genese der Parteien angelegt. Ziele und Schwerpunkte der Parteien differierten. Vorstellungen über die Dimension einer sozialen oder ökologischen Gerechtigkeit gingen auseinander (Markovits 2001, S. 4 f). Folglich verwunderte es kaum, dass sich Teile der sozialdemokratischen Klientel gegen zusätzliche, Industrie und Wirtschaft belastende Umwelt-Auflagen sperrten, ein großzügiges Staatsbürgerschaftsrecht oder ausgeweitete Zuwanderung nicht unterstützen mochten (Seidel 1999, S. 968). Ähnliche Schwierigkeiten bestanden auf umgekehrten Wege, wenn die grünen Regierungspolitiker ihren Mitgliedern und Wählern die Notwendigkeit von Bundeswehreinräumungen ohne UN-Mandat unter dem Stichwort der „außenpolitischen Verlässlichkeit“ erklärten oder für den Atomausstieg und die Ökosteuer große Kompromissbereitschaft abverlangen mussten (Hacke 2002, S. 10 f und Egle 2003, S. 99 ff).

Einige politikwissenschaftliche Koalitionsforscher sahen in dieser Entwicklung allerdings nicht mehr als alltägliche Reibereien; existenzbedrohliche Krisen blieben schließlich aus (Kropp 2003, S. 29). Das mag im Vergleich zu vorangegangenen, gescheiterten Regierungsbündnissen richtig sein – immerhin gab es ja eine kulturelle Verbundenheit zwischen den Parteien. Dennoch diente die strukturelle innerkoalitionäre Uneinigkeit als Beleg für fehlende Ziele, für unbeständiges Regieren sowie für mangelnde Problemlösungskompetenz und wurde damit zur Achillesferse von Rot-Grün.

<sup>12</sup> Die nach außen reibungslose Zusammenarbeit von Kanzler und Vizekanzler war ein Kennzeichen der rot-grünen Regierungskoalition. Diese Koalitionsressource bröckelte jedoch seit den Diskussionen über die Reformagenda 2010 und dem Wechsel an der sozialdemokratischen Parteispitze.

Abb. 2: Die NRW-Grünen starten den großen Weckangriff auf die SPD: Landtagswahl 1995.

# WAS MACHEN WIR MIT DER SPD?



*BÜNDNIS 90*  
**DIE GRÜNEN**

Politik braucht Ideen – Grüner Schwung für NRW

Trotz dieser Konflikte gelang es der Koalition jedoch, gesellschafts- und umweltpolitisch einen Kurswechsel zu gestalten, der vor allem durch grüne Themen geprägt war, welche in ihrer Gestalt von den moderateren Positionen der SPD begrenzt wurden. Mussten die Grünen noch bei der Koalitionsvereinbarung zu Beginn des ersten Kabinetts Schröder/Fischer viele Kompromisse eingehen und sich mit dem Vorwurf der Schwäche auseinandersetzen (Prantl 1999, S. 14, und Gaus 2002, S. 1234-1334), waren dagegen die späteren Reformvorhaben der Bundesregierung – Ökosteuer und Dosenpfand, Staatsbürgerschaftsrecht und Homo-Ehe – niemals Herzensangelegenheiten der Sozialdemokraten gewesen. Zu sehr empörte diese gleichermaßen restriktive Umwelt- und liberale Gesellschaftspolitik Teile der eigenen Klientel (Raschke 2001, S. 422 f). Gleichwohl bekam Rot-Grün durch diese Konzepte ein Gesicht, dem die vor allem sozialdemokratisch und von gesellschaftlichen wie politischen Zwängen geprägte Sozial- und Wirtschaftspolitik nur wenig eigene Konturen gab. Auf die gesellschaftspolitischen Projekte der ersten Legislaturperiode folgten die einschneidenden Reformen der Sozialsysteme, denen sich auch Rot-Grün nicht mehr zu entziehen vermochte. Hierbei hinterließ die Koalition eher den Eindruck des gedrängten Reakteurs als den des innovativen Gestalters.

#### **4 Scheitern der Botschaft?**

Das hatte viel damit zu tun, dass Rot-Grün, früher als andere Regierungsallianzen zuvor, nicht mehr wusste, was es eigentlich wollte. Denn im Kern war Rot-Grün nicht so sehr ein politisches Projekt. Rot-Grün war vorwiegend eine kulturelle Attitüde, ein Generationsausdruck, ein Lebensgefühl. Dies alles aber setzte sich gesellschaftlich schon in den 80er und 90er Jahren weitschichtig durch. Was rechtlich davon noch in einzelnen Fällen sanktioniert werden musste, geschah im ersten Kabinett, wie zu sehen, durchaus früh und zügig. Aber in den zweieinhalb Jahren danach blieb Rot-Grün ohne genuine politische Plattform und Perspektive. Und im ganzen langen Wahljahr 2002 konnten weder Rote noch Grüne in irgendeiner Weise deutlich machen, was sie diesseits eines gemeinsamen Lebensgefühls und stilistischer Distinktionen politisch noch antrieb und weshalb ausgerechnet ihre sozial verengte Allianz aus hauptsächlich öffentlich Bediensteten zur großen Reform der Gesellschaft taugen sollte. Aus dieser tiefen politischen Leere resultierte das sprach- und begründungslose Wirrwarr der Bundesregierung nach 2002.

Es war wohl der Fluch dieser Generation: In den 70er Jahren kokettierte sie mit einigen dogmatischen Ideologien. In den 80er Jahren setzte sie sich davon flott und ironisch ab. Und in den 90er Jahren glaubte sie an kaum noch etwas. Ihr ursprünglich geistiges Gebäude lag in Trümmern (Walter 2002b, S. 72 ff). Derart normativ unbehaust stolperten sie an die Macht – und das noch dazu mit acht Jahren Verspätung gewissermaßen, da ihnen die deutsche Einheit den schönen Zeit- und Karriereplan durchkreuzt hatte. Die rot-grüne Regierungsgeneration also kam zu spät, daher schon ermattet, ausgelaugt, mittlerweile ohne feste Prinzipien, ohne den kristallinharten Überzeugungskern, den man wohl braucht, um Politik – die viel beschworene Reform der Gesellschaft – kraftvoll und trotz aller taktisch raffinierten Umwege auch zielorientiert zu betreiben. In Schröder kulminierte diese Grundsatzindifferenz der Politik, bündelte sich das Unvermögen, all die oft ja durchaus imponierenden Winkel- und Schachzüge einer beinharten Machtpolitik auf eine elaborierte Grundphilosophie zurückzuführen, auf eine Wertepremisse und einen

strategischen Fluchtpunkt. Rot-Grün, die Formation der früheren Diskursgeneration, verfügte darüber nicht. Rot-Grün war in gewisser Weise im Herbst 2002 eines der sinn- und begründungslosesten Regierungsbündnisse seit Bestehen der Bundesrepublik.

Dabei war der rot-grüne Anspruch in der Euphorie des unerwarteten Wahlsieges im September 2002 noch ganz anders. Ganz unverständlich war das nicht: Schließlich nahm der zweite Wahlsieg von Roten und Grünen den Machtwechsel von 1998 den Anstrich der Zufälligkeit, des historischen Ausnahmefalles. Und so kündigten einige Sozialdemokraten und Grüne im September/Oktober 2002 dann auch eine rot-grüne Epoche an, die sie begründen wollten, ein sozialökologisches Jahrzehnt, das die beiden Regierungsparteien zu prägen beanspruchten (*Die Zeit* 28.5.2003). Selbst der prosaische Bundeskanzler, der von historischer Übersteigerung nicht sehr viel hielt und der sich auf langfristige Versprechungen ungern einließ, schwadronierte in diesen Wochen von einer strukturellen Mehrheitsfähigkeit der „demokratischen Linken“ in Deutschland.

Tatsächlich erlebte die Republik in diesen Herbstmonaten 2002 eine vielleicht letzte Renaissance des linken Versprechens in der rot-grünen Allianz. Das hatte gewiss auch mit den Prägungen und Auswirkungen des Wahlkampfes zu tun, als sich im Land die alten Lager noch einmal für einige Wochen polarisiert gegenüberstanden: Gewerkschaften gegen Unternehmensverbände, die Reste der 68er-Kultur gegen die Traditionsderivate des alten Konservatismus. Insofern hatte sich der rot-grüne Wahlsieg 2002 auch mehr aus den alten Depots linkslibertärer und sozialetatistischer Fortschrittlichkeit als aus einer neu angelegten Identifikationsbasis der Ära Schröder selbst gespeist. Jedenfalls wurden die Wahlkampfverfahren des Sommers 2002 zur Voraussetzung für die kurze Abendröte eines linken Etatismus in den ersten Wochen der zweiten Regierung Schröder. Der Staat stand im Zentrum des gouvernementalen Kalküls. Er sollte für mehr Bildung, größere Sicherheit, bessere Umwelt und modernere Infrastrukturen sorgen. Dazu brauchte er Geld. Dafür erhöhte Rot-Grün die Steuern, weitete die Abgaben aus (*Die Welt* 3.12.2002 und *Süddeutsche Zeitung* 2.12.2002).

Aber dann waren Sozialdemokraten und Grüne abermals ganz unfähig, ihr Tun auf den Begriff zu bringen, einsichtige Ziele damit zu verbinden, jeden einzelnen Schritt in einen plausiblen Begründungsbogen zu spannen. Sie konnten nicht das, was sie eigentlich wollten: eine Epoche schreiben, prägen, formen. Das rot-grüne Kabinett hatte am Ende zwar einen dicken Koalitionsvertrag, der aber ohne politische Phantasie und Kreativität, gleichsam administrativ zusammenkompiliert war. Ihm fehlte es an Charme, an Aura, an Zauber, vor allem: an politischer Perspektive (*Der Spiegel* 28.10.2002). Und die spirituelle Dürre des zweiten Anfangs von Rot-Grün übertrug sich auch auf einen ersichtlich ermüdeten, entkräfteten Bundeskanzler, der die Regierungserklärung zu Beginn der zweiten rot-grünen Legislaturperiode lust- und inspirationslos ablas.

In dieses geistige Loch fiel dann die geballte Wut des wegen der überraschenden Wahlniederlage zutiefst frustrierten deutschen Bürgertums. Auch die Deutungseliten der Republik nahmen die Steuererhöhungspolitik der Regierung mit furioser Polemik unter Feuer. Und so sanken die kraft- und ziellosen rot-grünen Helden der kaum vergangenen Bundestagswahl widerstandslos darnieder. Aus der soeben noch optimistisch in Aussicht gestellten Epoche wurde eine klägliche Episode. Indes läu-

teten die rot-grünen Regenten rasch die nächste historische Reformperiode ein: das Zeitalter der Agenda 2010. Die Botschaft der neuen Agendapolitik stand im krassen Gegensatz zum Etatismus der Herbstmonate 2002, erst recht zu den Wahlversprechen des vorangegangenen Sommers, auch und vor allem zu allen wahlkämpferischen Losungen rot-grüner Aktivisten während all der langen Jahre in der Opposition unter Helmut Kohl. Reflexiv begründet wurde die jähe Kehrtwende nicht (*Rheinischer Merkur* 28.11.2002). Sie galt herrisch vom ersten Tag an kurz und knapp als „alternativlos“. Doch fehlte auch dem neuen Agendareformismus wie zuvor dem linken Etatismus der kohärente Rahmen, der sinnstiftende Wertekontext, gewissermaßen: die Vorstellung vom „gelobten Land“ nach einer offenkundig notwendigen Strecke der Dürre, des Entbehrens, der Einschränkung. Das alles zusammen jedenfalls – die jähe Revision früherer, über Jahrzehnte gewachsener Basisidentitäten, das geistige Vakuum im Neuen, das autoritäre Dekret von oben – löste unter den sozialdemokratischen Multiplikatoren und der Kernklientel in der Wählerschaft eine historisch einzigartige Erosion aus, die das Machtfundament von Rot-Grün weiter dezimierte und im Bund chronisch gefährdete.

Das alte rot-grüne Projekt hatte sich erledigt. Teils war es realisiert; teils hatte es sich diskreditiert; teils war ganz einfach die Zeit darüber hinweggegangen. Das neue Projekt der Agenda 2010 war geborgt, war im Grunde genommen von den langjährigen Gegnern geliehen, ja schlicht und schlecht kopiert. Dadurch hatten sich zumindest die Sozialdemokraten gleichsam von sich selbst entfremdet, hatten Aktivisten und frühere Anhänger ganz auf Distanz gebracht oder zumindest in eine passiv-reservierte Haltung abstandnehmender Zugehörigkeit versetzt. Und auch die Regierungspolitik litt an den Richtungswechseln seit 1998. Es waren nicht nur triviale handwerkliche Mängel, die zu Koordinationsspannen in der Regierungspolitik führten. Es waren die Unsicherheiten in der normativen Begründung und der Zielorientierung, die die gouvernementalen Handlungen sprunghaft, widersprüchlich, inkonsistent aussehen ließen (Walter 2004, S. 11 ff).

## **5 Eine neue koalitionspolitische Struktur?**

Schwarz-Grün war schon lange ein Thema, das die Großkommentatoren und Edelfedern der Republik überaus liebten und pflegten. Und mit der Bundestagswahl 2005 ist deutlich geworden, dass auch die Meisterstrategen im Lager der Union und der grünen Partei ein Faible für schwarz-grüne Winkelzüge haben. Das artistische Spiel mit den vielen koalitionspolitischen Bällen ist unzweifelhaft das Salz in der Suppe eines lebendigen Parlamentarismus, gehört zu den unabdingbaren Fähigkeiten eines beweglichen, raffinierten Politikers, der eben von Fall zu Fall Freund und Feind zugleich durch überraschende Rochaden verblüffen muss.

Indes dürfen Politiker die koalitionspolitischen Wendigkeiten nie zu weit treiben. Das Publikum schätzt es mehrheitlich nicht, wenn allein taktische Motive die politischen Allianzen schmieden. Und deshalb müssen auch die harten und kühlen Strategen des Partnerwechsels hin und wieder, dabei ganz *contre coeur*, mit „Werten“, „gemeinsamen Grundüberzeugungen“, „programmatischen Annäherungen“ operieren (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* 22.1.2003 und Hoffmann 1997, S. 628 f). Eben so lief das von Anfang an auch in der schwarz-grünen Debatte. Immer wieder und seit nunmehr 16 Jahren war bei den Protagonisten einer Kooperation von christlicher Union und ökologischer Partei von den wertekonservativen Schnittstellen zwi-

schen den beiden Lagern die Rede. Grünen gehe es ebenso gut wie Christdemokraten um die Bewahrung der Schöpfung, um Subsidiarität, um Dezentralität, um die Selbstverantwortung des Individuums, um solide Finanzen, eine intakte Heimat, gesunde Umwelt. Den Sozialdemokraten dagegen sei es vielmehr um das Kollektiv zu tun, um Staat und Bürokratie, um hybride Eingriffe in die Autonomie und Eigenverantwortlichkeit des einzelnen Menschen. Diese Refrains singen seit Jahren die intellektuellen Stichwortgeber des Schwarz-Grünen in der *Zeit* und zuweilen auch in der *FAZ*. Ein paar Takte stammen ebenfalls von Oswald Metzger und Heiner Geißler. Und wenn es ihnen in das machtpolitische Kalkül passte, trällerten auch einige Landesfürsten der Politik zwischen Saarbrücken und Düsseldorf, Weimar und Hamburg das Liedchen nach.

Und schließlich sind die hochemotionalen innerbürgerlichen Auseinandersetzungen, die die Generationen innerhalb der bundesdeutschen Elite seit den Dutsche-Jahren gespalten hatten, weitgehend beigelegt. Aus den Rebellen der Republik sind mittlerweile Repräsentanten geworden. Soziologisch sind die Grünen zu ihrer Herkunft zurückgekehrt. Keine Partei ist bürgerlicher als sie. Ihre Anhänger verdienen in Deutschland das meiste Geld; ihre Wähler verfügen über die höchsten Bildungsabschlüsse; ihre Sympathisanten urlauben häufiger und reisen weiter als alle anderen. Die Grünen sind die Partei der Beamten und Angestellten im höheren öffentlichen Dienst, der Empfänger von A15- und C3-Gehältern. Zugleich ist der Anteil von Unternehmern in ihrer Wählerschaft im Laufe der letzten Jahre signifikant angewachsen.

Doch eine veritable Schubkraft für reale schwarz-grüne Bündnisse löst der Kanon von gemeinsamen Grundwerten und Philosophien noch nicht aus. Der Ausgangsort für schwarz-grüne Annäherungen lag in den letzten Jahren woanders. Auf der einen Seite traten Grüne und Christdemokraten überall dort miteinander in Kontakt, wo der Generationenkampf und Ideologiekonflikt der 60er und 70er Jahre nicht ganz so rigide ausgetragen wurde, wo also ein schneidiges deutschnationales Bürgertum ebenso fehlte wie eine militant neomarxistische Jugendsubkultur. Man kann auch sagen: Grüne und Christdemokraten hatten es dort sehr viel leichter miteinander, wo die gemeinsame bürgerliche Lebenswelt nicht kulturkämpferisch rigoros zerschnitten war. Offenkundig traf das auf den deutschen Südwesten zu; in Baden-Württemberg jedenfalls begegneten sich Christdemokraten und Grüne früher, häufiger und unverkrampfter als in anderen Regionen der Republik (*Financial Times Deutschland* 27.9.2002).

Ein starker Motor für eine schwarz-grüne Zusammenkunft war auf der anderen Seite besonders in den 90er Jahren eine über die Jahrzehnte verfestigte Dominanz der Sozialdemokraten in den traditionellen Kernlandschaften der altindustriellen Arbeitswelt (Stürmann 1995, S. 23 ff). In Zechengebieten mit einer starken IG Bergbau und einer monopolartigen kommunalen Hegemonie sozialdemokratischer Stadtregenten wurden Grüne und Christdemokraten durch eine gemeinsame Leidens- und Demutszeit vielfach zusammengeschweißt. Als die vielerorts verfilzte und in Arroganz erstarrte SPD bei den Kommunalwahlen 1994 in einigen nordrhein-westfälischen Kommunen ihre Mehrheit verlor, traten schwarz-grüne Bündnisse ziemlich problemlos an ihre Stelle.

Nun ist diese Quelle schwarz-grüner Zusammenführung gewiss versiegt. Die altindustrielle Montangesellschaft ist endgültig untergegangen. Absolute Mehrheiten

und die Arroganz der Macht – das ist es derzeit nicht, was den Sozialdemokraten Kummer bereitet, was die Grünen abschrecken und in die Arme der Christdemokratie treiben wird. Wichtiger geworden ist dagegen die Gemeinsamkeit der bürgerlichen Lebenswelt (Herzinger 2003, S. 48 ff, und Eisel 2001, S. 33 ff). Die schweren innerbürgerlichen Auseinandersetzungen der 70er Jahre, welche die Generationen gespalten hatten, sind weitgehend beigelegt. Die unversöhnlich antisozialistischen Frontmänner der alten CDU sind nicht mehr da. Und die Grünen sind einfach älter, gemäßiger, arrivierter, gesetzter, mittlerer geworden. Aus Studenten der Soziologie, Latzhosenträgern, Bauplatzbesetzern und Häuserkämpfern sind mittelalte Studiendirektoren geworden, die nun selber Eltern von pubertierenden Kindern sind, überdies Liebhaber edler Weine und teurer Urlaubsreisen, die während der abendlichen Entspannungsstunden Dylan und Doors ebenso hören wie Mozart und Schubert. Insofern aber unterscheiden sie sich alltagskulturell von gleichaltrigen Christdemokraten kaum noch. Im bürgerlichen Habitus und Stil-Empfinden sind sie sich einander vielleicht sogar ähnlicher als Grüne und Sozialdemokraten, da letztere die Unsicherheiten der sozialen Aufsteiger vielfach nicht ablegen können, oft zu dröhnend, zu nassforsch, zu parvenühaft auftreten. So jedenfalls wird es gerne ein wenig süffisant unter jüngeren Abgeordneten der Grünen kolportiert.

Daher muss dann bei den in das bürgerliche Herkunftsmilieu zurückgekehrten Grünen, zumindest der Nach-Fischer-Trittin-Generation, wohl nur noch der Handlungsdruck der Arithmetik und der schwer zu widerstehende Lockruf einer zweiten machtpolitischen Option hinzukommen, damit bald irgendwo in einem Bundesland und in mittlerer Frist vielleicht gar auf der Bundesebene eine schwarz-grüne Koalition gebildet wird. Denn natürlich gehen von der Arithmetik des Wahlausganges und der Chance der Machterweiterung der größte koalitionsbildende Antrieb aus. Die Union war auch in den 90er Jahren immer dann offen für schwarz-grüne Planspiele, wenn die FDP aus den Landtagen flog und als damals einzige Koalitionspartei ausfiel. Und die Grünen empfanden es 1998 als machtpolitische Beschränkung, allein mit den Sozialdemokraten gouvernemental verknüpft zu sein. Denn das schnürte ihren Spielraum gegenüber dem Kanzler der vielen Optionen zumindest in den ersten vier Jahren der gemeinsamen Regierungszeit bedeutend ein. Nun, da es für eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten schon arithmetisch nicht mehr reicht, treibt es die Grünen zu neuen Ufern. Die Grünen wählen nicht aus altruistischer Solidarität mit den dahinkümmernenden Sozialdemokraten die Ohnmacht. Sie suchen, ganz ähnlich wie die FDP in den frühen 80er Jahren, ihr Heil und ihren Einfluss in einer neuen politischen Partnerschaft.

Andererseits: Das historische Beispiel der Freien Demokraten mahnt die Grünen auch zur Behutsamkeit. Allzu hurtig, wendig und begründungslos dürfen kleine Parteien Koalitionswechsel nicht vollziehen. Sie gelten dann als prinzipienlos, opportunistisch, machtversessen, was sie nach wie vor in der Wählerschaft stigmatisiert. Den Freien Demokraten hatten die Regierungswechsel infolgedessen schwer zu schaffen gemacht (Walter 1994, S. 1091 ff). Sie hatten dabei jedes Mal große Teile ihrer Wählerschaft verloren, auch ihrer Mitglieder, Funktionäre und Parlamentarier, 1982 zudem noch den Kern ihrer Nachwuchsgeneration. In einer gewissen Weise hat sich die FDP vom Koalitionsaustausch 1982 bis heute noch nicht recht erholt, da ihr parteiorganisatorisch wichtige Fundamente verloren gingen und die zukünftige liberale Elite von den Fahnen lief.

Nun mag man einwenden, dass die Jahre 1969 und 1982 noch ideologisch geprägt waren, dass die Parteien noch stärker in zementierten politischen Lagern hockten. Schwarz-Grün aber könnte von der Auflösung der klassischen Weltanschauungen und Milieus profitieren, da ein Koalitionswechsel nicht mehr als unverzeihlich politischer Verrat gilt. Doch ganz so sicher ist das nicht. Nach wie vor definiert sich der größere Teil auch der soziologisch verbürgerlichten Grünen-Anhängerschaft als links; das Gros davon siedelt sich im Grenzbereich zwischen Sozialdemokratie und Bündnisgrünen an. Ein Viertel der Grünen-Wähler würde, so die Expertise der Forschungsgruppe Wahlen Anfang Juli 2004, gar zu einer neuen Partei links von der SPD konvertieren (*Süddeutsche Zeitung* 10.7.2004). Und auch die christdemokratischen Strategen haben Sorge, dass eine Allianz mit den Grünen die Kampagnenfähigkeit ihres Aktivistenkerns gleichsam entwaffnet. Und die Deaktivierung der früheren Multiplikatoren gilt seit dem Niedergang der SPD, der mit dieser Sprachlosigkeit der früheren innerparteilichen Agitatoren zu tun hat, als Menektek in der Union. Parteien brauchen für die politische Kampagne zumindest Reste von historisch gewachsenen und dadurch konstanten Identitäten. Identitäten aber leben vom Gegenüber, vom Anderen, von dem man sich abgrenzt. Nehmen die Christdemokraten ihrer Kernklientel das Gegenüber, dann schwächen sie die eigene Mobilisierungskraft in den Wahlkampfmonaten. Überdies: In keiner sozialen Schicht sind die Grünen so unbeliebt wie bei den Arbeitern. Eben daher hat Rot-Grün die Sozialdemokraten auch entproletarisiert, die Union zugleich flächendeckend zur Partei der Arbeiterklasse in Deutschland gemacht. Schwarz-Grün würde den Christdemokraten die neu zugelaufenen Wählergruppen aus den unteren Schichten rasch wieder entziehen.

Kurzum und zusammen: Ein rot-grünes Projekt gibt es in Deutschland nicht mehr; ein schwarz-grünes Projekt hingegen gehörte bisher nicht zum Ehrgeiz derjenigen, die eine Allianz von Christdemokraten und Grünen anstrebten und anstreben. Deren Credo ist vielmehr: Eine solche Regierung macht man, aber man spricht zuvor nicht laut darüber (*Die Zeit* 6.2.2003). Nun scheiterte Rot-Grün gewiss nicht an einem Überfluss von Entwurf und Konzeption. Rot-Grün geriet in die Krise, als ihr Generation- und Kulturprojekt abgeschlossen war und ihr danach jede Idee von sich selbst fehlte. Es ist nicht ganz einsichtig, warum schwarz-grüner Pragmatismus zu mehr Richtung, Zielstrebigkeit und Konsistenz führen sollte, als der beinharte, oft instinktsichere, machtpolitische Situationismus von Schröder/Fischer. Doch müssen die Grünen wohl zielungenaue sein, wenn sie sowohl rote wie schwarze Koalitionen anstreben. Darin liegt die Chance der doppelten Option, der künftigen Machterweiterung; darin lauert aber auch die keineswegs geringe Gefahr, an Kontur, Substanz und erkennbarem Profil zu verlieren. Daher wird hinter den Kulissen gearbeitet. Union und Grüne nähern sich an, nur sprechen werden sie nicht allzu viel darüber.

## Literatur

- Bösch, Frank (2002): *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, Stuttgart; München.  
*Der Spiegel* (28.10. 2002): Kanzler im Grauschleier.  
*Der Tagesspiegel* (10.8.1982): Plog, Karsten: Hausbesetzung wird zum Stolperstein.  
*Die Welt* (3.12.2002): Gillies, Peter: Wenn der Staat auf Beute lauert.  
*Die Zeit* (27.8.1982): Huber, Josef: Warum die SPD mit den Grünen sich so schwer tut.  
*Die Zeit* (8.10.1982): SPD und Grüne.  
*Die Zeit* (6.7.2000): Hofmann, Gunther: Das System Schröder.  
*Die Zeit* (6.2.2003): Herzinger, Richard: Was für ein Zufall.  
*Die Zeit* (28.5.2003): Geis, Matthias/Ulrich, Bernd: Die verspätete Generation.  
*Die Zeit* (12.2.2004): Geis, Matthias: Ein Ehrenvorsitzender.  
*Die Zeit* (15.9.2005): Vorholz, Fritz: Die historische Chance.  
Dittberner, Jürgen (1997): *Neuer Staat mit alten Parteien. Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung*, Wiesbaden.  
Egle, Christoph (2003): Lernen unter Stress. Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, in: Christoph Egle/Tobias Ostheim/Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden.  
Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (2003): Einführung. Eine Topographie des rot-grünen Projekts, in: dies: *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*, Wiesbaden.  
Egle, Christoph (2005): *Politik unter Rot-Grün. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005*, Wiesbaden.  
Eisel, Stephan (2001): Über den Tag hinaus: Schwarz-Grün, in: *Die politische Meinung, Heft 383*.  
*Financial Times Deutschland* (27.9.2002): Notz, Anton: Gefangen im schwarzen Turm.  
*Financial Times Deutschland* (23.12.2002): Schütte, Christian: Die Entdeckung der Ähnlichkeit.  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (28.6.1979): Die SPD im Gespräch mit den „Grünen“.  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (14.7.1982): Flack, Ulrich: Liebeswerben um die Grünen.  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (22.1.2003): Schwägerl, Christian: Auszug aus Hobbitland.  
*Frankfurter Rundschau* (25.7.1989): Winter, Martin: Rot-grün heißt die Parole, vorerst noch im Flüster-ton.  
Gaus, Bettina (2002) im Gespräch in: *Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 11*.  
Grande, Edgar (2000): Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten, in: *Leviathan, Heft 1*.  
Hacke, Christian (2002): Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, B48*.  
Herzinger, Richard (2003): Schwarz-Grün ist die Haselmaus, in: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4*.  
Hoffmann, Jürgen (1997): Schwarz-grüne Bündnisse in den Kommunen: Modell für Bund und Länder?, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4*.  
Jun, Uwe (1994): *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. Theoretische Betrachtungen, Dokumentation und Analyse der Koalitionsbildungen auf Länderebene seit 1949*, Opladen.  
Kropp, Sabine (2003): Regieren als informeller Prozess. Das Koalitionsmanagement der rot-grünen Bundesregierung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, B43*.  
Lees, Charles (2000): *The Red-Green coalition in Germany. Politics, personalities and power*, Manchester.  
Lösche, Peter/Walter, Franz (1992): *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei*, Darmstadt.  
Markovits, Andrei S. (2001): Überlegungen zu „Grün 2020“, Rede auf der 1. Grünen Sommerakademie.  
Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S. (1997): *Grün schlägt rot. Die deutsche Linke nach 1945*, Hamburg.  
Meng, Richard (1993): *Links der Mitte. Welche Chancen hat Rot-Grün?* Marburg.  
*Neue Züricher Zeitung* (3.9.2005): Gujer, Eric: Zwischen Ideologie und Pragmatismus.  
Prantl, Heribert (1999): *Rot-Grün. Eine erste Bilanz*, Hamburg.  
Raschke, Joachim (2001): *Die Zukunft der Grünen*, Frankfurt/Main.  
*Rheinischer Merkur* (28.11.2002): Glotz, Peter: Vernachlässigtes Volk.  
Seidel, Eberhard (1999): Die Jahrhundertreform. Von der doppelten Staatsbürgerschaft zum Einwanderungsgesetz, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8*.

- Stürmann, Werner (1995): Kulturschock Schwarz-Grün, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 1.
- Süddeutsche Zeitung* (10.7.2004): Politbarometer: Die Stimmung im Juni. Für die SPD so wenig Zuspruch wie noch nie.
- Süddeutsche Zeitung* (28.7.2000): Kornelius, Stephan: Das gezähmte Parlament.
- Süddeutsche Zeitung* (2.12.2002): Pieper, Nikolaus: Mut zur Wahrheit.
- Thränert, Oliver (2000): Die Reform der Bundeswehr. Die Debatte bei den Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B43.
- Vester, Michael (2001): Gibt es eine „neue Mitte“? Die SPD und die Modernisierung der sozialen Milieus, in: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler: *Rot-Grün noch ein Projekt? Versuch einer ersten Bilanz*, Hannover.
- Walter, Franz (1994): Partei der Bessergekleideten. Die FDP auf dem Weg zurück in die Zukunft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 9.
- Walter, Franz (2002a): *Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte*, Berlin.
- Walter, Franz (2002b): *Politik in Zeiten der neuen Mitte*, Frankfurt/Main.
- Walter, Franz (2004): Zielloses Missvergnügen. Über das Elend deutscher Politik, in: *Internationale Politik*, Heft 5.

NEULICH IM BERUFSVERKEHR

RÖCHEL  
RÖÖCHEL!

DAS IST DIE  
BERLINER LUFT?!

**DIE GRÜNEN / Alternative Liste**   
AUFSTAND DER BEZIRKE - GEGEN DIE NIETEN DER GROSSEN KOALITION

Abb. 3: In der Koalitionsvereinbarung von 1989 setzt die AL durch, dass Fußgänger, Radfahrer und der öffentliche Verkehr Priorität vor dem Autoverkehr bekommen.

## **Endphase einer Parlamentarisierung: Die AL und die rot-grüne Koalition in Westberlin, 1989-1990\***

Die Alternative Liste Westberlin (AL) wurde am 8. Oktober 1978 gegründet. Diese breite Koalition aus Hausbesetzern, Mitgliedern kommunistischer Parteien, bürgerlichen Umweltschützern und Feministinnen hatte relativ schnell Erfolg in der politischen Landschaft Westberlins. 1979 kam die AL in einige Bezirksverordnetenversammlungen, 1981 schaffte sie den Sprung ins Abgeordnetenhaus. Im Laufe der 80er Jahre nahm die Unterstützung für die AL zu, bis sie Anfang 1989 eine Koalition mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) einging und zusammen mit den Sozialdemokraten Westberlin regierte.

Der folgende Artikel beschreibt diese Koalition. Er analysiert sie als Teil einer Parlamentarisierung und Entradikalisierung der deutschen Linken in der Nachkriegszeit. Insgesamt zeigt die Geschichte der AL, wie durch das Zusammenspiel von Erfahrungen innerhalb der Partei und wichtigen Ereignissen in der Geschichte der Bundesrepublik, die ihren Brennpunkt in Berlin hatten, ein bedeutender Teil der radikalen deutschen Linken, die ihre Wurzeln in der Studentenbewegung hatte, ins westliche parlamentarische System integriert wurde. Dieser Prozess war Teil des Phänomens, das Heinrich August Winkler als Deutschlands „langen Weg nach Westen“ bezeichnete.<sup>1</sup> Die zwanzig Monate der Koalition mit der SPD sind als letzte Phase einer Parlamentarisierung der AL zu verstehen.

Der Wahlkampf der AL in Westberlin 1989 spiegelte diese Veränderung bereits wider. Einige Faktoren beeinflussten diesen Wahlkampf. Auf Bundesebene verlor die CDU aufgrund ihrer Gesundheitspolitik und der steigenden Kosten im Gesundheitswesen Wähler. In Westberlin war der Korruptionsskandal um den Charlottenburger Stadtrat und CDU-Abgeordneten Wolfgang Antes, dem Bestechung und Vorteilsannahme vorgeworfen wurde, in aller Munde. Auch die Kontroverse um die Arbeit des Westberliner Verfassungsschutzamtes, das unter Verdacht stand, Politiker der Opposition sowie Journalisten beobachtet zu haben, spielte beim Wahlkampf eine Rolle. Weitere Themen waren die Aufhebung der Mietpreisbindung und die steigenden Mietkosten. Die rechtsradikalen Republikaner, die zum ersten Mal auf der politischen Bühne Westberlins Wahlkampf führten, provozierten Debatten und Gegendemonstrationen. Trotzdem verlief der Wahlkampf relativ ruhig, was einen Beobachter dazu veranlasste, ihn als „Wahlkampf ohne Themen“ zu bezeichnen.<sup>2</sup>

Schon im Wahlkampfprogramm der AL wurde eine Koalition zwischen AL und SPD angedeutet. Das Programm betonte die Notwendigkeit, den CDU/FDP-Senat abzulösen, wobei sich die AL natürlich darüber im Klaren war, dass sie das nicht allein schaffen konnte, sondern auf die SPD angewiesen sein würde. Bedenken

\* Diese Arbeit ist ein Auszug aus meiner Dissertation: *From Red to Green in the Island City: The Alternative Liste Westberlin and the Evolution of the West German Left, 1945-1990*, Ph.D. diss., University of Maryland, College Park 2003.

1 Heinrich August Winkler: *Der lange Weg nach Westen*, München 2000.

2 Horst Schmollinger: Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20 (1989), S. 312.

innerhalb ihrer eigenen Reihen gegen parlamentarische Macht versuchte sie zu überwinden, indem sie die Frage der Zusammenarbeit mit der SPD herunterspielte und sich pragmatisch gab. Im Wahlprogramm hieß es: „Dabei kommt es uns nicht auf die Teilhabe am Regierungsgeschäft an, sondern auf praktische Erfolge einer Politik, die der Ökologie konsequent Vorrang einräumt, die zu einer Demokratisierung der Gesellschaft führt, zu mehr Rechten der BürgerInnen gegenüber dem Staat, zu gleichen Rechten für ImmigrantInnen und Flüchtlinge, zu sozialen Verhältnissen, die ein menschenwürdiges Leben überhaupt erst ermöglichen.“<sup>3</sup>

Mit ihrem neuen Programm hatte die AL anscheinend den richtigen Ton bei den Wählern getroffen. Die AL bekam 11,8% der Wählerstimmen, ihr bestes Ergebnis bis dato. Sie übertraf ihr ausgezeichnetes Resultat von 1985 um 1%. Die Westberliner Wahl von 1989 war aber auch aus anderen Gründen bemerkenswert. Erstens war es dank des Wahlergebnisses nun möglich, entweder eine rot-grüne Koalitionsregierung zwischen AL und SPD oder eine große Koalition zwischen SPD und CDU zu bilden. Dementsprechend begann die SPD, Gespräche mit der AL sowie der CDU zu führen. Zweitens wurde der Aufstieg der Republikaner mit Sorge beobachtet, die 1989 zum ersten Mal auf die politische Bühne traten und 7,5% der Wählerstimmen errangen. Damit war es ihnen gelungen, die wachsende Ausländerfeindlichkeit auszunutzen und den Sprung ins Parlament zu schaffen. Drittens gelang es der SPD, zum ersten Mal seit zehn Jahren an Wählerstimmen zu gewinnen. Die SPD bekam 37,3% der Stimmen. Damit unterlag sie nur knapp der CDU, die mit 37,7% den langsamen Rückgang ihres Stimmenanteils erleben musste. Viertens verschwand die FDP von der politischen Bühne. Über Jahrzehnte hinweg mit rund 6 % der Stimmen eine zuverlässige Größe auf der politischen Bühne Westberlins, gelang es der FDP 1989 plötzlich nicht mehr, die 5%-Hürde zu nehmen. Die Wahl von 1989 war „ein überraschender Wandel im Parteiensystem“.<sup>4</sup>

Die unmittelbar nach der Wahl geführten politischen Diskussionen wurden von zwei Themen dominiert: nämlich dem plötzlichen Erstarken der rechtsradikalen Partei und der Frage nach der neuen Koalitionskonstellation. Nur zwei Tage nach der Wahl kommentierte *Bild*, dass die AL an einer möglichen Koalition mit der SPD interessiert sei. Sie zitierte führende Kräfte innerhalb der AL, z.B. Christian Ströbele und Renate Künast, die die Unterschiede zwischen AL und SPD herunterspielten.<sup>5</sup> Die SPD und die AL hatten jedoch nicht vor, eine Koalition miteinander zu bilden. Der SPD-Vorsitzende Walter Momper hatte bis zum Wahlvorabend erklärt, nicht mit der AL zusammenarbeiten zu wollen. In einem Telefongespräch mit *BILD*-Lesern lehnte er eine Koalition zwischen AL und SPD vehement ab und sagte voraus, dass eine solche Koalition „schon nach einer Woche zu Ende“ wäre.<sup>6</sup> Als Gründe nannte er die Unzuverlässigkeit der AL, die das nächste kontroverse Bundesgesetz sicherlich ablehnen und damit eine mögliche Koalition sofort beenden würde. Darüber hinaus käme eine Zusammenarbeit mit der AL für die SPD nicht in Frage, solange die AL Gewalt als Mittel der Politik keine klare Absage erteilt habe. Aus der Sicht des

3 Alternative Liste: Das Wahlprogramm der Alternativen Liste, Berlin 1989, S. 5.

4 Horst Schmollinger, a.a.O., S. 309.

5 *BILD*, 31. Januar 1989.

6 *BILD*, 25 Januar 1989. Damit erwähnte Momper in diesem Gespräch zwei der drei Haupteinwände gegen eine Zusammenarbeit mit der AL. Der dritte Einwand war die Stellungnahme der AL zur Gegenwart der Westalliierten.

Westberliner Politikestablishments hatte die AL das immer noch nicht getan, weil sie mit Gruppen zusammenarbeitete, die Gewalt als Protestmittel einsetzten.

Nichtsdestotrotz nahm die SPD Koalitionsverhandlungen mit den Optionen Rot-Grün oder Große Koalition auf. Die Art und Weise des Zustandekommens dieser Verhandlungen weist auf einen gewissen Abstand zu basisdemokratischen Verfahren bei der AL hin. Vertreter aus der SPD setzten sich mit Bernd Köppl, Mitglied der koalitionsfreundlichen Grünen Panther innerhalb der AL, in Verbindung und baten ihn, die Voraussetzungen für mögliche Koalitionsverhandlungen zu schaffen. Daraufhin brachte Köppl eine kleine Gruppe führender Kräfte aus der AL zusammen. In dieser Gruppe waren die verschiedenen Strömungen der AL mit Harald Wolf aus dem koalitionsfeindlichen Linken Forum und Renate Künast, einer moderaten integrativen Politikerin, vertreten.<sup>7</sup> Im Gegensatz zum üblichen Verfahren, zunächst eine Mitgliedervollversammlung einzuberufen und hier die politische Entscheidung zu treffen, traf sich diese Gruppe informell und privat mit den Vertretern der SPD. Dann informierten diese AL-Mitglieder den Delegiertenrat über die Gespräche.<sup>8</sup>

Es ist im Nachhinein schwer vorstellbar, wie kontrovers diese Verhandlungen um eine mögliche rot-grüne Koalition damals waren. Als die Verhandlungen aufgenommen wurden, glaubten sogar einige Mitglieder der AL, dass die Alliierten mit ihren Interventionsmöglichkeiten in die Westberliner Politik eine rot-grüne Koalition nicht gestatten würden.<sup>9</sup> Berichte über eine mögliche AL/SPD-Koalition führten zu harter Kritik seitens der Springer Presse, die Mompers Kurswechsel betonte. In *BILD* hieß es z.B., dass Momper bis vor 10 Tagen noch gegen eine Zusammenarbeit mit der AL gewesen sei, aber „heute treffen sich Momper und seine demokratischen Genossen mit den radikalen Linken, jener politischen Gruppierung, die sich u.a. von Gewaltaktionen und Psycho-Terror gegen einzelne Personen nicht eindeutig distanziert“.<sup>10</sup>

Die SPD zog eine Zusammenarbeit mit der AL einer großen Koalition mit der CDU eindeutig vor.<sup>11</sup> Deshalb ergriff sie die Initiative. Dabei war sie sich der kontroversen Natur ihres möglichen Partners durchaus bewusst. Sie stellte der AL eine *Conditio sine qua non* in Form einer Drei-Punkte-Liste, die die AL als Basis einer möglichen Zusammenarbeit vorab akzeptieren musste. Diese sogenannten drei „Essentials“ zielten genau auf den Kern der radikalen Politik der AL. Erstens forderten sie die Anerkennung der besonderen Lage Westberlins mit der Anwesenheit der Alliierten in der Stadt. Zweitens verlangten sie die Anerkennung der Einheit Westberlins mit der Bundesrepublik und die automatische Zustimmung zu Bundesgesetzen. Drittens musste die AL das staatliche Gewaltmonopol anerkennen und akzeptieren. Dies bedeutete nichts weniger als die endgültige und klare Absage an Gewalt als Mittel der Politik.<sup>12</sup>

7 Gudrun Heinrich: *Rot-Grün in Berlin: die Alternative Liste in der Regierungsverantwortung*, Marburg 1993, S. 29.

8 Ebd., S. 29. Ob dieses Treffen vor oder nach dem Treffen mit dem Delegiertenrat stattgefunden hat, ist ein wichtiger, aber umstrittener Punkt.

9 Ebd., S. 19.

10 *BILD*, 2. Februar 1989.

11 Horst Schmollinger, a.a.O., S. 320.

12 Gudrun Heinrich, a.a.O., S. 31.

Die Reaktion der AL auf die drei Essentials ist bezeichnend für die Parlamentarisierung und Entradikalisierung der Partei. In der frühen Phase der Verhandlungen mit der AL wurde deutlich, dass die drei Essentials keine Hürde für eine Koalition darstellten. Am 2. Februar 1989 stimmte der normalerweise eher radikale Delegiertenrat einer Weiterführung der Verhandlungen mit der SPD einstimmig zu.<sup>13</sup> Diese Verhandlungen dauerten bis März an. Einige Wochen vor der Zusammenkunft der Mitgliedervollversammlung, die der Koalition entweder zustimmen oder sie ablehnen musste, bezeichnete der ehemalige RAF-Anwalt und AL-Parlamentarier Christian Ströbele die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD als „die Jahrhundertchance“.<sup>14</sup> Anscheinend stimmte die Mehrheit der AL dieser Einschätzung zu. Auf der Mitgliedervollversammlung vom 11.–12. März 1989 unterstützten 80% der Anwesenden die drei Essentials und damit eine rot-grüne Koalition.

Wahrscheinlich gab es so viele unterschiedliche Gründe für diese Unterstützung wie es AL-Mitglieder gab. Manche sahen in der Zusammenarbeit mit der SPD eine weitere Chance, die AL von innen zu reformieren und sie zum Gewaltverzicht zu bewegen. Andere hofften, durch eine Machtbeteiligung die Chance zu bekommen, gewisse CDU/FDP-Projekte zu beenden. Darüber hinaus hofften fast alle, dass eine parlamentarische Teilnahme wenigstens einige AL-Projekte ermöglichen könnte.<sup>15</sup> Auf der andern Seite fürchteten anscheinend viele, dass, wenn die AL diesmal eine Regierungsbeteiligung ablehnen und weiter in der Opposition verharren würde, sie „politischen Selbstmord“ beginge.<sup>16</sup>

Die Koalitionsvereinbarung selbst war ein ambitioniertes, umfassendes und fortschrittliches Programm, das eine neue Richtung für Westberlin vorgab.<sup>17</sup> An erster Stelle standen Punkte zur Berlin- und Deutschlandpolitik. Die Vereinbarung betonte die kritische Anwesenheit der Westalliierten, die Verankerung Westberlins in der Bundesrepublik und die Mitgliedschaft der Stadt in der Europäischen Gemeinschaft. Dies sollte als sichere Basis für die weitere Entwicklung engerer Kontakte zur DDR und zum Ostblock dienen. Darüber hinaus hing Westberlins Zukunft von der Überwindung der Teilung Europas ab. Die Unterzeichnenden stimmten zu, die Zusammenarbeit zwischen den zwei deutschen Staaten zu intensivieren. Die Grenzen sollten nicht verändert werden, aber „ihren trennenden Charakter“ verlieren.<sup>18</sup>

Beide Parteien vereinbarten, Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung zu bekämpfen.<sup>19</sup> Die Vereinbarung betonte, dass der Umweltpolitik zukünftig eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in Westberlin zukomme.<sup>20</sup> Die Parteien verabredeten, eine effiziente und umweltverträgliche Energiepolitik einzuführen und Abfall zu reduzieren. Sie verpflichteten sich, mit der DDR zusammenzuarbeiten, um die Umweltverschmutzung einzudämmen.<sup>21</sup> In der Verkehrspolitik sollten Fußgänger, Radfahrer und der öffentliche Verkehr Priorität vor dem Autoverkehr bekommen, und die Parteien versprachen, die städtische Unter-

13 Horst Schmollinger, a.a.O., S. 320.

14 „Der Graue Panther der Alternativen“, in: *Der Spiegel* 43, Nr. 11 (13 März 1989), S. 14.

15 Gudrun Heinrich, a.a.O., S. 33f.

16 Ebd., S. 37.

17 SPD Berlin: *Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und AL vom 13. März*, Berlin 1989.

18 Berliner Koalitionsvereinbarung, S. 13.

19 Ebd., S. 16. 20 Ebd., S. 20. 21 Ebd., S. 20-23.

stützung für die S- und U-Bahn zu verdoppeln.<sup>22</sup> Im politisch brisanten Bereich der Wohnungspolitik verabredeten die Parteien, der Wohnungsnot durch den Neubau von siebentausend neuen Wohnungen entgegenzuwirken, den Mieterschutz wieder einzuführen und Grünflächen und Umwelt zu schützen.<sup>23</sup>

Die Koalitionsvereinbarung enthielt auch die Verpflichtung, die Regierung Westberlins zu reformieren. Sie sollte kleiner, freundlicher, basisorientierter, offener und weniger bürokratisch werden.<sup>24</sup> Die Unterzeichnenden verpflichteten sich, einen Kurswechsel in der Stadtpolitik einzuleiten, der auf die Bekämpfung von Gewaltursachen und die Suche nach politischen Lösungen für soziale Probleme setzte.<sup>25</sup> Sie versprachen die Reformierung des Westberliner Amtes für Verfassungsschutz, nicht jedoch seine Abschaffung. Sie verpflichteten sich, Mißstände zu bekämpfen, die Sammlung persönlicher Daten zu beschränken und Bürgern Akten-einsicht zu ermöglichen.<sup>26</sup> SPD und AL verabredeten, eine multikulturelle Gesellschaft ohne Assimilationsdruck anzustreben. Sie wollten Fremdenfeindlichkeit bekämpfen und das Ausländerwahlrecht bei Kommunalwahlen einführen.<sup>27</sup> Die Vereinbarung forderte auch den Senat dazu auf, Verhandlungen mit den Westalliierten aufzunehmen, um die Alliiertenrechte zu reformieren und veraltete Teile, hier war besonders die Todesstrafe gemeint, daraus zu entfernen. Eine allgemeine Strafrechtsreform wurde auch gefordert.<sup>28</sup>

Als wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft bewertete die Vereinbarung die Gleichheit zwischen Männern und Frauen. Die Unterzeichner versprachen, sexueller Diskriminierung entgegenzuwirken.<sup>29</sup> Sie verpflichteten sich, die Unabhängigkeit der Universitäten zu vergrößern und mithin deren Abhängigkeit vom Staat zu reduzieren. Sie versprachen, die universitären Entscheidungsstrukturen zu demokratisieren, interdisziplinäre Arbeit zu fördern und die Unterstützung für Forschungsprojekte zu sozialen und ökologischen Themen zu erhöhen.<sup>30</sup> Darüber hinaus sollte die Aufklärungsarbeit über Rechtsradikale und Rechtsradikalismus besonders in Schulen verstärkt werden.<sup>31</sup> Debatte und Diskussion als Mittel der politischen Auseinandersetzung gewannen für die AL mehr und mehr an Bedeutung, ein weiterer Beweis ihrer Parlamentarisierung.

In der Vereinbarung wurde der Kultur besondere Aufmerksamkeit gewidmet und eine wichtige Rolle bei der Förderung von Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch in einer zunehmend multikulturellen Stadt zugeschrieben. So sollten Kunst und Kultur es den Menschen ermöglichen, „Selbstbestimmung und Aktivität gegen kritiklosen Konsum und Passivität zu setzen“, und die Kulturförderung sollte „eine Zukunftsinvestition“ darstellen.<sup>32</sup> Kulturpolitik sollte so unabhängig wie möglich von staatlicher Einflussnahme sein. Gleichzeitig sollte die Auseinandersetzung mit deutscher Zeitgeschichte besonders gefördert und unterstützt werden.

Die Vereinbarung sah vor, die Chancen für Ältere, Behinderte und wirtschaftlich Benachteiligte zu verbessern.<sup>33</sup> Sie strebte die Reform der Gesundheitspolitik an, wobei die Gesundheitsförderung ein wichtiger Bestandteil sein sollte. Die Koalitionspartner verabredeten einen Wechsel weg von hochtechnisierten Gesundheitszentren zur basisnäheren Versorgung mit dezentralisierten Kliniken.<sup>34</sup> Sie verpflichteten sich,

22 Ebd., S. 24. 23 Ebd., S. 26-29. 24 Ebd., S. 36. 25 Ebd., S. 37. 26 Ebd., S. 38.  
27 Ebd., S. 39. 28 Ebd., S. 41-43. 29 Ebd., S. 44. 30 Ebd., S. 48-52. 31 Ebd., S. 53-54.  
32 Ebd., S. 12. 33 Ebd., S. 67-68. 34 Ebd., S. 71f.

teten sich auch, behinderte Kinder zusammen mit nichtbehinderten Kindern zu unterrichten und kulturelle Arbeit mit Jugendlichen zu fördern.<sup>35</sup>

Schließlich verpflichteten sich die Unterzeichner, eine Parlamentsreform in die Wege zu leiten. Sie befürchteten, dass der demokratische Rechtsstaat durch ein schwaches Parlament und eine zu starke Bürokratie gefährdet sei. So vereinbarten sie, der parlamentarischen Opposition mehr Personal, Redezeit und Räumlichkeiten zuzubilligen. Und dies zu einer Zeit, als die Rechtsradikalen in Berlin zu einem wichtigen Bestandteil der Opposition geworden waren. Sie verpflichteten sich, die Einkommen der Parlamentarier und alle Spendenzahlungen zu veröffentlichen und Bestechung und Vetternwirtschaft entgegenzuwirken.<sup>36</sup>

Zusammenfassend betrachtet war die Koalitionsvereinbarung in Übereinstimmung mit der grün-alternativen Ideologie und spiegelte die vier Grundwerte der grünen Partei wider: Umweltschutz, soziale Verantwortung, Gewaltfreiheit und Basisdemokratie hatten einen hohen Stellenwert. In ihr fand sich auch eine alte Forderung der Linken nach Änderung der Alliiertenrechte wieder. Mit dem Versprechen, der Opposition durch erweiterte Ressourcen zu helfen, zeigte die AL ihr Engagement für den parlamentarischen Prozess und ihre Überzeugung, dass das Parlament der beste Ort für die Lösung von Problemen ist. Hier sprach die Linke ihre Überzeugung aus, dass das parlamentarische System der Bundesrepublik reformbedürftig, aber gleichzeitig auch reformfähig sei.

Offiziell begann die rot-grüne Regierung am 15. März 1989. Die AL bekam drei Sitze im Senat, die sie allesamt mit Frauen besetzte, die zwar keine AL-Mitglieder waren, aber laut Parteisatzung trotzdem Ämter bekleiden durften. In der Tat war Mompers rot-grüner Senat der erste in der deutschen Geschichte, in dem Frauen die Mehrheit stellten. Die SPD schickte fünf Männer und fünf Frauen in den Senat, die AL drei Frauen. Insgesamt ergab sich somit ein Verhältnis von acht Senatorinnen zu fünf Senatoren.<sup>37</sup>

Die Reaktionen auf die Bildung einer rot-grünen Koalition waren überraschend ruhig. Das wird durch folgende Faktoren erklärlich. Die AL war seit zehn Jahren auf der politischen Bühne aktiv und schien, nicht nur aus diesem Grunde, im politischen System gut verankert zu sein.<sup>38</sup> Besonders die umweltpolitischen Themen der AL waren mittlerweile in Westberlin fest etabliert. Zudem steht zu vermuten, dass die Konservativen sich mit ihren Reaktionen zurückhielten, weil sie davon ausgingen, dass die rot-grüne Koalition katastrophale Folgen zeigen und die Wähler in Scharen zur CDU zurückbringen würde.

Gudrun Heinrich, die die Koalition der AL aus politikwissenschaftlicher Sicht gründlich analysiert hat, hat drei Phasen in der Zusammenarbeit zwischen AL und SPD ausgemacht. Heinrich zufolge war die erste Phase durch eine gewisse Euphorie seitens der AL gekennzeichnet, eine Euphorie, die allerdings schnell verschwand, als die Grenzen der Koalition deutlich wurden.<sup>39</sup> Vom Beginn dieser Phase an wurde die AL mit Problemen konfrontiert, die mit ihrem vormaligen politischen Standbein

35 Ebd., S. 73f. 36 Ebd., S. 75.

37 „Revolutionäre Geduld“, *Der Spiegel* 43, Nr. 17 (20. März 1989), S. 27.

38 Das Springer-Blatt *BILD* fing erst 1989 an, die AL in ihrer Reportage zu den Vorbereitungen der Westberliner Parteien einzubeziehen.

39 Gudrun Heinrich, a.a.O., S. 39.

GILT NICHT NUR FÜR AMERIKANER

ICH BIN EIN BERLINER!

WIR WOLL'N OCH WÄHL'N!

BURDA YAŞIYORUZ; SEÇMEK İSTİYORUZ.

**DIE GRÜNEN / Alternative Liste** 

AUFSTAND DER BEZIRKE - GEGEN DIE NIETEN DER GROSSEN KOALITION

Abb. 4: Die AL setzt sich für politische Rechte der Migrantinnen und Migranten ein.

zu tun hatten, dem außerparlamentarischen Bereich. Sofort, nachdem sie in die Koalition eingetreten war, musste die AL eine Krise entschärfen, die ihre linksorientierte Identität unmittelbar betraf: Die Autonomen, unabhängige Gruppen, für die die AL eine gewisse Verantwortung empfand, begrüßten die rot-grüne Regierung mit der Besetzung von Wohnhäusern in Kreuzberg. Die AL-Senatorinnen gaben sofort den Räumungsbefehl. Dank einer Doppelstrategie der Alternativen Liste hatte diese Entscheidung nicht die erwarteten katastrophalen Folgen. Die Hausbesetzer hatten Häuser bezogen, die nur vorläufig leer standen. Sie sollten danach legal renoviert werden, waren also keine Spekulantenobjekte. Dementsprechend verordneten die Senatorinnen die Räumung der Häuser, betonten aber gleichzeitig, dass der Zustand der Häuser die Tatsache rechtfertige, dass sie bis zur Renovierung leer stünden. Darüber hinaus erklärten die Senatorinnen, dass die Berliner Regierung verstärkt Maßnahmen gegen Häuserspekulation und Leerstand ergreifen würde.<sup>40</sup>

Die AL benutzte eine ähnliche Doppelstrategie angesichts der jährlichen Proteste zum 1. Mai. Trotz der Versuche der AL, durch eine geringe Polizeipräsenz und Verhandlungen mit den Demonstrationsveranstaltern Gewalt zu reduzieren, kam es am 1. Mai 1989 wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die AL kritisierte die Gewalttätigen, betonte aber gleichzeitig, dass sie die Verhältnisse, die sie als Gewaltursache betrachtete, bekämpfen würde.<sup>41</sup> Die AL konnte auch die unerwartete Aufhebung der Todesstrafe durch die Alliierten in Westberlin als wichtigen Erfolg für sich verbuchen. Die AL-Vorsitzende Renate Künast begrüßte dies als einen ersten Erfolg für Rot-Grün.<sup>42</sup>

Die Entscheidung, die rot-grüne Koalition einzugehen, zahlte sich auch in anderer Hinsicht aus. Die Zahl der AL-Mitglieder stieg stark an. Im April 1989 berichtete der Delegiertenrat in seinem Rundschreiben vom „höchsten Mitgliederstand in der Geschichte der AL“. Dem Bericht zufolge stieg die Mitgliederzahl auf 3.200. Damit lag die Mitgliederzahl um 10% über der vom November 1988. Die drei Bezirke mit dem höchsten Mitgliederstand waren Kreuzberg, Schöneberg und Charlottenburg mit 563, 517 und 401 Mitgliedern.<sup>43</sup>

Die erste Phase der Koalitionsregierung war dennoch durch eine gewisse Enttäuschung charakterisiert. Die AL konnte ihre gesetzgeberischen Initiativen nicht durchsetzen. Sie war auch nicht in der Lage, bestimmte CDU/FDP-Projekte zu stoppen, gegen die sie schon lange Zeit protestierte. Sie hatte gehofft, ihre parlamentarische Macht zur Beendigung dieser Projekte nutzen zu können. Die AL musste zum Beispiel die Renovierung des Neubaus der Rudolf-Virchow-Klinik akzeptieren. Auch wurde der Grenzübergang am Schichauer Weg trotz Umweltbedenken vergrößert und renoviert. Und die Initiative, eine Geschwindigkeitsbegrenzung für die durch Westberlin führende Autobahn durchzusetzen, scheiterte angesichts finanziellen Drucks von Seiten der Bundesregierung. Das Resultat waren erhöhte Spannungen und wachsende Frustrationen zwischen Basis und Partei.<sup>44</sup> Auch die SPD zeigte Ungeduld mit ihrem Partner, und der Regierende Bürgermeister Momper for-

<sup>40</sup> Ebd., S. 40.

<sup>41</sup> Ebd., S. 40.

<sup>42</sup> *tageszeitung*, 16. März 1989.

<sup>43</sup> DR-Info, 5. April 1989. Archiv Grünes Gedächtnis (AGG): B.I.I. Nr. 751.

<sup>44</sup> Gudrun Heinrich, a.a.O., S. 40f.

derte die AL auf, ihre Strukturen zu reformieren und damit Entscheidungsprozesse zu erleichtern.<sup>44</sup>

Die ersten hundert Tage in der Regierungsverantwortung gelten als Schonzeit. Heinrich bezeichnet die zweite Phase der Regierungszeit dagegen als eine der Enttäuschung und Frustration angesichts der Schwierigkeiten, die Prioritäten der AL durchzusetzen.<sup>45</sup> In dieser Phase war der von Joachim Raschke identifizierte klassische Konflikt bei den Grünen zwischen Legitimität und Effizienz am deutlichsten zu sehen.<sup>46</sup> Dazu kamen mitten in dieser Frustrationsphase Entwicklungen, die die politische Lage in Westberlin buchstäblich über Nacht veränderten.

Der erste Konflikt der zweiten Phase der Regierungsverantwortung resultierte unmittelbar aus der basisorientierten Struktur der AL. Diese Struktur funktionierte solange gut, wie die AL sich in der Opposition befand, da sie Widerstand schnell und effizient mobilisieren konnte. Die Lage war allerdings anders bei einer AL in der Regierungsverantwortung, die auf die Mitgliedervollversammlung angewiesen war, weil diese Gesetzesinitiativen entwickeln oder schwierige Entscheidungen vorbereiten musste. Als die AL in die Koalition einstieg und Regierungsverantwortung mit übernahm, musste sie die von der vorherigen Regierung getroffenen Verträge für verbindlich erklären und akzeptieren. Die Mitgliedervollversammlung stimmte jedoch dafür, den Vertrag über den Bau einer stark umweltbelastenden Stromleitung zu stornieren. Sie forderte die AL-Senatorinnen durch Beschluss auf, den Vertrag zu stornieren und den Weiterbau der Stromleitungen zu stoppen. Der Wortlaut des Beschlusses ließ keinen Kompromiss zu. Die AL-Senatorinnen wussten, dass eine Ablehnung des Bauprojekts das Ende der Koalition bedeutet hätte. Sie weigerten sich, das Projekt zu beenden und verstießen gegen das Prinzip des imperativen Mandats. Diese Entscheidung blieb jedoch ohne Folgen.<sup>47</sup>

Der zweite Konflikt zwischen den zwei Koalitionspartnern betraf die Einführung des kommunalen Wahlrechts für nichtdeutsche Einwohner in Westberlin. Die AL hoffte, dass ihre Regierungsbeteiligung die Durchsetzung dieses seit langem verfolgten Ziels ermöglichen würde, nicht zuletzt weil die SPD in der Vergangenheit die AL bei dieser Angelegenheit unterstützt hatte. Zum Konflikt kam es, weil die AL der Meinung war, dass die SPD eine Abstimmung auf Druck des rechten Flügels in der SPD hinauszögerte und somit die Koalitionsvereinbarung ignorierte. Die AL brachte die Kommunalwahlrechtsfrage im Alleingang vors Parlament, was gegen die vereinbarte gemeinsame Einbringung von Gesetzesvorlagen verstieß.<sup>48</sup>

Die wichtigste Frage während der zweiten Koalitionsphase war die Frage der deutschen Einheit. Schon bevor die Protestwelle im Osten im Sommer 1989 einsetzte, wurde die Frage der deutschen Einheit zu einem heiklen Thema in Westberlin und zwar sowohl zwischen den Koalitionspartnern als auch innerhalb der AL selbst.

Wie kontrovers die deutsche Einheit im Westberliner Abgeordnetenhaus eigentlich war, macht ein Ereignis aus der Zeit kurz vor dem Sommer 1989 deutlich. Vor Eröffnung jeder Abgeordnetenhaussitzung sprach der stellvertretende Präsident die sogenannten Mahnworte zur Wiedervereinigung. Dieser Brauch stammte aus dem

44 Ebd., S. 42.

45 Ebd., S. 46.

46 Vgl. Joachim Raschke: *Die Grünen: Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 33-36.

47 Gudrun Heinrich, a.a.O., S. 43.

48 Ebd., S. 43f.

Jahre 1955, als der damalige Regierende Bürgermeister Willy Brandt der Bitte der Gruppe „Komitee für ein unteilbares Deutschland“ nachkam und die Mahnworte in die Eröffnungsfeier integrierte.<sup>49</sup> Die Formel hatte seit dem Mauerbau 1961 verschiedene Variationen. 1989 lautete sie: „Wir bekunden unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.“<sup>50</sup> Über die Jahre hinweg erschien diese Formel vielen anachronistisch geworden zu sein. Seit 1982 gab es immer wieder Bestrebungen, den Wortlaut durch eine für breitere Kreise politisch akzeptable Formel zu ersetzen, die auch die aktuelle geopolitische Lage reflektierte. Die Versuche scheiterten.<sup>51</sup>

Die Frage wurde im späten Mai 1989 erneut zum Thema, als die AL-Parlamentarierin und Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses Hilde Schramm sich weigerte, die Mahnworte zur Wiedervereinigung zu sprechen und stattdessen den Präsidenten des Abgeordnetenhauses aufforderte, die Worte zu sagen. Die Reaktion auf diese Aufforderung war unerwartet chaotisch und stark polarisiert. Laut Protokoll reagierten CDU und Republikaner „mit Bestürzung“, während SPD und AL Schramms Weigerung mit spontanem Beifall begrüßten.<sup>52</sup> Schramm erklärte dem Parlament, dass die Tradition ihrer Meinung nach die politische Lage verkenne, die von der Koexistenz zweier deutscher Staaten geprägt sei. Sie könne die Mahnworte nicht guten Gewissens sprechen, die sie als Überbleibsel des Kalten Krieges ansähe, und dabei gleichzeitig auf den Erfolg von Entspannungspolitik hoffen.<sup>53</sup>

Die unterschiedlichen Reaktionen der Parteien belegten die kontroverse Natur dieser Frage. Eberhard Diepgen von der CDU verurteilte Schramms Handeln als „eine Brüskierung des gesamten Abgeordnetenhauses von Berlin“.<sup>54</sup> Bernhard Andres von den Republikanern behauptete, Schramms Tat sei ein Schlag ins Gesicht aller Berliner und zeige, dass die AL eines demokratischen Verhandeln unfähig sei. Er forderte Schramms Rücktritt, um Platz zu machen „für jemanden, der auf dem Boden dieser Demokratie steht“.<sup>55</sup> Gerd Löffler von der SPD reagierte verständnisvoller. Er wies auf vergangene und gegenwärtige Versuche der SPD hin, eine zeitgemäße Formulierung zu finden. Eine solche Formulierung müsse „Selbstbestimmung“ betonen und Begriffe wie „Wiedervereinigung“ durch Formulierungen ersetzen, die die „Einigung in einem europäischen Rahmen“ befürworteten.<sup>56</sup> Dem AL-Vertreter Albert Statz zufolge hatte Schramm richtig gehandelt, als sie mit einer hohlen Konvention brach, für die es keine Mehrheit mehr gab. Statz stellte eine direkte Verbindung zur deutschen Frage und zur deutschen Geschichte her. Es ginge hier nicht um ein Ja oder Nein zur Wiedervereinigung, sondern laut Statz darum, die deutsche Frage anders zu stellen: „Die deutsche Frage, das ist die Frage der Nachbarn an uns, das sind unsere Fragen an unsere eigene Geschichte und ihre Verarbeitung.“<sup>57</sup>

Damit beschrieb Statz die Motive der Deutschlandpolitik der AL. Die Wiedervereinigung war problematisch, nicht etwa weil die AL diese Utopie ausschloss,

49 Plenarprotokolle des Abgeordnetenhauses von Berlin (PAB 2/22), 21. Oktober 1955, S. 506.

50 Vgl. Horst Naubert: *Das Berliner Parlament: Struktur und Arbeitsweise des Abgeordnetenhauses von Berlin*, Berlin 1986, S. 140.

51 Ebd., S. 140.

52 PAB 11/7 (25. Mai 1989), S. 210.

53 Ebd., S. 210. 54 Ebd., S. 210. 55 Ebd., S. 213. 56 Ebd., S. 211. 57 Ebd., S. 212.

auch nicht wegen der möglichen Bedenken, die Deutschlands Nachbarn angesichts eines starken, vereinigten und nach Hegemonie strebenden Deutschlands in Europa haben könnten. Die Wiedervereinigung war für die AL problematisch, weil die Deutschen selbst Vergangenheitsbewältigung nur vorsichtig und zögerlich betrieben. Die Anwesenheit der Republikaner im Abgeordnetenhaus war Beleg dafür.

Große Bedeutung wird dem sogenannten Generationenkonflikt in der deutschen Nachkriegsgeschichte beigemessen, dem Konflikt zwischen der Tätergeneration und ihren Kindern.<sup>58</sup> In mancher Hinsicht scheint der Streit um die Mahnworte diesen Konflikt zu verkörpern. Schramms spontane Weigerung, die Mahnworte zu sprechen, war von der Angst vor den Folgen eines vereinigten Deutschlands motiviert. Dieses Misstrauen kann besser verstanden werden, wenn Schramms Familiengeschichte zur Erklärung herangezogen wird. Als Tochter Albert Speers, Hitlers Hauptarchitekt und Rüstungsminister, hatte Schramm ganz persönliche Gründe, ein vereintes Deutschland zu fürchten und ihm zu misstrauen.

Die Frage der deutschen Einheit und der Fall der Mauer betrafen die rot-grüne Koalition direkt. Schon seit Anfang Dezember 1989 wurde die Spaltung zwischen den zwei Koalitionspartnern immer deutlicher. Während die SPD auf Kohls sogenanntes Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der deutschen Teilung positiv reagierte, lehnte die AL Kohls Vorschläge kategorisch ab, weil diese Vorschläge die DDR nicht bedingungslos anerkannten. Darüber hinaus glich die Wiedervereinigung Deutschlands aus der Sicht der AL einem Anschluss und einer Osterweiterung der NATO und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Angesichts der substantiellen Uneinigkeit zwischen AL und SPD zum Zehn-Punkte-Programm bat die AL um eine Sitzung des Koalitionskomitees, um die Meinungsverschiedenheiten zur Wiedervereinigung zu besprechen.<sup>59</sup> Die Tatsache, dass trotz Uneinigkeit die AL den in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Weg nahm, um die Meinungsverschiedenheiten abzuarbeiten, zeigt deutlich, wie sehr die AL die Arbeitsweisen einer parlamentarischen Demokratie verinnerlicht hatte: Nicht Antiparlamentarismus, sondern eine Verpflichtung zur parlamentarischen Arbeit als Koalitionsmitglied charakterisierte die Reaktion der AL. Deutlich wird zudem, wie stark die AL als Koalitionspartner den Druck verspürte, in der Koalition zu bleiben und so lang wie möglich „voice“ auszuüben, bevor sie sich endlich mit „exit“ zufriedengab.<sup>60</sup>

Die Uneinigheiten in der Frage der deutschen Vereinigung gingen nicht spurlos an der Koalition vorbei. Die Verhältnisse zwischen den Koalitionspartnern wurden zudem durch Streitigkeiten in der Innenpolitik auf die Probe gestellt. Die AL widersetzte sich ihrem Koalitionspartner zum Beispiel, als sie einen Streik der Beschäftigten in Berlins Kindertagesstätten unterstützte. Die Mitgliedervollversammlung bestand auf neuen Verträgen für die Beschäftigten und stellte damit ein Ultimatum, das keinen Spielraum für Kompromisse bot.<sup>61</sup> Im späten März 1990 trat daraufhin Heidi Bischoff-Pflanz als AL-Abgeordnete zurück. Sie war eine wichtige Politikerin,

58 Vgl. Jillian Becker: *Hitler's Children: The Story of the Baader-Meinhof Terrorist Gang*, Philadelphia; New York 1977, für die extremste Stellungnahme dazu.

59 „Eine Klärung der Deutschlandpolitik zwischen SPD und AL ist nötig“, AL-Presseerklärung, 5. Dezember 1989. AGG B.II.1. Nr. 2330.

60 Zu „exit“ und „voice“ vgl. Albert Hirschman: *Exit, Voice and Loyalty*, Cambridge, Ma. 1970.

61 Gudrun Heinrich, a.a.O., S. 45.

die besonders für den linken Flügel der Partei eine integrierende Rolle spielte.<sup>62</sup> Ihr Rücktritt markiert das Ende der von Heinrich bezeichneten zweiten Phase des AL-Experiments in der Regierungsverantwortung.

Die letzte Phase der Koalition zwischen AL und SPD war von gegenseitigem Misstrauen und ständigen Debatten um die Beendigung der Koalition gekennzeichnet. Es ist geradezu bezeichnend, dass der Potsdamer Platz, der ehemalige Kern der Stadt, der aufgrund der Teilung der Stadt zum Niemandsland geworden war, in der Endphase der Koalition eine wichtige Rolle spielen sollte. Dieses Grundstück wurde vom Regierenden Bürgermeister Momper zu einem sehr niedrigen Preis in einer Art Hinterzimmerhandel an Daimler-Benz verkauft, ohne dass die AL oder auch Mompers eigene Partei konsultiert worden waren. Der niedrige Preis und die neue Rolle des Potsdamer Platzes wurde nun hoch kontrovers. Im Zuge des Mauerfalls und der Vorbereitungen auf die Einigung der geteilten Stadt wurde der Potsdamer Platz von einem unattraktiven Grundstück am Stadtrand und nur Meter entfernt von der hässlichen Mauer zu einer hochbegehrten Immobilie. Die AL-Senatorin Michaela Schreyer weigerte sich, dem Verkauf zuzustimmen, und auch die AL-Fraktion im Abgeordnetenhaus verweigerte ihre Unterstützung. Das Grundstück wurde mit Unterstützung von SPD und CDU verkauft, was ausdrücklich gegen die Koalitionsvereinbarung verstieß. Das AL-Ressort „Stadtentwicklung und Umwelt“ war nicht beteiligt.<sup>63</sup>

Trotz dieser Entwicklungen entschied sich die Mitgliedervollversammlung dafür, die rot-grüne Koalition fortzusetzen, weil sie „keine politische Alternative“ zum weiteren Verbleib in der Koalition sah.<sup>64</sup> Im Juli 1990 kam es zu einer weiteren Kontroverse. Die für die Reaktorsicherheit zuständige AL-Senatorin weigerte sich, den weiteren Betrieb des Forschungsreaktors am Hahn-Meitner-Institut zu genehmigen. Die SPD drohte ihr daraufhin an, die Reaktorsicherheit aus ihrem Zuständigkeitsbereich zu entfernen.<sup>65</sup>

Es ist deutlich, dass sich zu dieser Zeit innerhalb der AL die Geduld mit der Koalition ihrem Ende näherte. Im August 1990 unterschrieben wichtige linksorientierte AL-Mitglieder eine Deklaration, in der sie schlicht erklärten: „Wir gehen in Opposition zur Mehrheit der AL.“<sup>66</sup> Diese AL-Mitglieder artikulierten ihre Frustration über die Koalition und warnten, dass die Weiterarbeit der AL gegen die Wünsche der Mehrheit der aktiven Mitglieder der AL zur Selbstvernichtung der Partei führen würde. Viele dieser Linken verließen damals die AL, um bei der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) aktiv zu werden. Dort suchten sie eine politische Heimat, die sie ihrer Meinung nach verloren hatten, als die AL sich an der Regierung beteiligte und sich kompromissbereit zeigte.<sup>67</sup>

Am 15. November 1990, ein Jahr nach dem Fall der Mauer und nach zwanzig Monaten Regierungsbeteiligung in Berlin, verließ die AL die Koalition. Dies hatte unmittelbar mit einem wichtigen Teil des Selbstverständnisses der AL zu tun. Im östlichen Teil der nun vereinten Stadt führte die Polizei Razzien in besetzten Häu-

62 Ebd., S. 46. 63 Ebd., S. 47. 64 Ebd., S. 48. 65 Ebd., S. 49f. 66 Ebd., S. 49.

67 Ebd., S. 50. Die PDS war damals dabei, sich in Westberlin und Westdeutschland zu etablieren, und zog viele Grüne an.

sern in Lichtenberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg durch, was zu gewaltsamen Protesten führte. Brennende Barrikaden, verhüllte Randalierer mit Stahlkugeln und Molotow-Cocktails, brennende Autos und Straßenbahnen waren wieder auf den Straßen Berlins zu sehen, diesmal allerdings im östlichen Teil der Stadt. Laut einem Bericht in *Der Spiegel* war die Polizei mit „einer in unserer Stadt noch nie erkennbaren menschenverachtenden Brutalität gegenüber Polizisten“ konfrontiert.<sup>68</sup> Allein in der ersten Nacht der Krawalle wurden 137 Polizisten verwundet. Die meisten Randalierer schienen aus dem westlichen Teil der Stadt zu stammen. Angesichts von Aufrüstung, Organisation, Taktik und Waffen urteilte die Polizei, dass Hausbesetzer, die sich im Häuserkampf gut auskannten, nun im Osten aktiv wären.<sup>69</sup> Als die SPD entschied, die Hausbesetzer zu vertreiben, hatte sie die AL wieder umgangen und zwar in einem Bereich, der eindeutig in der Zuständigkeit der AL lag. Das war „der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte“, wie Beobachter sich ausdrückten, und diente als willkommener Vorwand, die nun verhasste Koalition zu verlassen.<sup>70</sup>

Interessanterweise wurde die Entscheidung, die Koalition zu verlassen, vom Delegiertenrat der AL und von den AL-Abgeordneten getroffen. Sie wurde nicht vor die Mitgliederversammlung gebracht. Die Entscheidung wurde von den AL-Senatorinnen kritisiert, die aus Parteiloyalität aber dennoch zurücktraten.<sup>71</sup>

Es ist jedoch klar, dass mehr als die Häuserräumung das Ende der Koalition verursacht hat. Die AL war Produkt ganz eigenartiger Westberliner Verhältnisse. Als die Mauer fiel, fand sich die Koalition mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Der Symbolcharakter und das Wesen der Stadt hatten sich völlig verändert. Dieses hatte eine viel stärkere Wirkung auf die AL als auf die SPD, die älter war als die geteilte Stadt Berlin. Mit dem Fall der Mauer verschwand buchstäblich über Nacht die eigenartige Umwelt, die die AL hervorgebracht hatte und nährte. Wäre die AL noch in der Opposition gewesen, wäre sie sowieso gezwungen worden, einen langen schwierigen Prozess der Anpassung zu durchlaufen. Die Tatsache, dass sie gleichzeitig mit der Herausforderung, die die Beteiligung an einer Koalition ohnehin mit sich brachte, in der Koalition auch noch mit jener Partei, der SPD, konfrontiert war, zu der die AL sich als Gegen gründung verstand, wog zu schwer. Der Verlust an Mitgliedern, die sich der PDS anschlossen, war nur Symptom eines größeren Problems. Im Gefolge der Wiedervereinigung und des Verlusts der besonderen Westberliner Verhältnisse, denen die Partei ihre Existenz verdankte, wandte sich die AL den Bundesgrünen und der ostdeutschen Opposition zu. Die Tatsache, dass die rot-grüne Koalition den Mauerfall um ein Jahr überdauerte, macht deutlich, dass sich die AL verpflichtet fühlte, den parlamentarischen Weg zu gehen. Die AL war sich der Tatsache bewusst, dass Wandel nur als engagierter Koalitionspartner möglich war, der Politik aktiv mitgestaltet.

Erstaunlich bleibt, dass nach dem Scheitern der Koalition, trotz Frustration und gegenseitigem Misstrauen zwischen AL und SPD, trotz der Enttäuschung über die Koalitionsarbeit, die AL sich weiter koalitionsbereit zeigte. Im Wahlkampf 1990 wiederholte sie ihre Bereitschaft.<sup>72</sup> Die AL hatte den Kreis geschlossen. Sie war den

68 „Der mittellenglische Umgang“, *Der Spiegel* 44, Nr. 47 (19. November 1990), S. 131.

69 Ebd., S. 131.

70 Gudrun Heinrich, a.a.O., S. 51.

71 Ebd., S. 52. 72 Ebd., S. 52.

Weg von einer Kraft, die versuchte, die Parlamentsdemokratie von außen zu verändern, hin zu einer Partnerin innerhalb der Demokratie gegangen. Sie hatte ihre Hoffnungen wiederholt zerschellt gesehen. Aber die Kraft der Parlamentarisierung war so stark, dass die AL nun nicht nur fest vor hatte, im Parlament anwesend zu sein, sondern ihre Bereitschaft zur Koalition erklärte.

## Literatur

- Alternative Liste: *Das Wahlprogramm der Alternativen Liste*, Berlin 1989.
- Becker, Jillian: *Hitler's Children: The Story of the Baader-Meinhof Terrorist Gang*, Philadelphia: New York 1977.
- Der Spiegel* 43, Nr. 11 (13 März 1989), S. 14 „Der Graue Panther der Alternativen“.
- Der Spiegel* 43, Nr. 17 (20 März 1989), S. 27 „Revolutionäre Geduld“.
- Der Spiegel* 44, Nr. 47 (19. November 1990), S. 131 „Der mittelenglische Umgang“.
- Heinrich, Gudrun: *Rot-Grün in Berlin: die Alternative Liste in der Regierungsverantwortung*, Marburg 1993.
- Hirschman, Albert: *Exit, Voice and Loyalty*, Cambridge 1970.
- Naubert, Horst: *Das Berliner Parlament: Struktur und Arbeitsweise des Abgeordnetenhauses von Berlin*, Berlin 1986.
- Raschke, Joachim, *Die Grünen: Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993.
- Schmollinger, Horst: Die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20 (1989).
- SPD Berlin: *Berliner Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und AL vom 13. März*, Berlin 1989.
- Winkler, Heinrich August: *Der lange Weg nach Westen*, München 2000.

## Begegnungen und Zusammenstöße – Malville 1977

In der Region um Malville regte sich schon in der Planungsphase Widerstand gegen den Bau des Schnellen Brütters Super-Phénix. Die französische Regierung beschloss unter Giscard d'Estaing im April 1976, dort an der Rhone, zwischen Lyon und Genf, den damals größten Brutreaktor der Welt zu bauen. Drei Monate später schlossen sich etwa 20.000 Teilnehmer einer Anti-AKW-Demonstration in Malville an. Anschließend errichteten die Demonstranten neben dem Baugelände ein Widerstandscamp. Im Rahmen dieses Protests wurde eine vorab geplante Bauplatzbesetzung durchgeführt. Für zwei Tage mussten die Arbeiten auf der gut gesicherten Baustelle unterbrochen werden.<sup>1</sup> Harte Polizeieinsätze gegen die Demonstranten schweißten die Gruppen des regional getragenen Widerstands zusammen. Die Aktionen am Bauplatz Anfang Juli 1976 waren ein Erfolg und führten zur Mobilisierung weit über die Region Rhône-Alpes hinaus. Überall in Frankreich bildeten sich Malville-Komitees. „Malville wird nicht nur zum Symbol des Anti-AKW-Kampfes, sondern auch des Angriffs auf einen Staat, dem die Verantwortung für das Atomstromprogramm zugeschrieben wird.“<sup>2</sup> Mit einer Internationalen Mobilisierung sollte ein Jahr später an den Erfolg angeknüpft werden. Was als neuer Höhepunkt der Anti-AKW-Bewegung geplant war, endete als Fiasko. Die Erinnerung an die versuchte Bauplatzbesetzung am 31. Juli 1977 ist auch die Erinnerung an Vital Michalon. Durch eine Polizeigranate wurde er bei der Demonstration getötet. Zahlreiche weitere Demonstranten wurden an diesem Tag zum Teil schwer verletzt. Der Spiegel schrieb eine Woche später noch, es „formiert sich eine Internationale der Atomgegner“.<sup>3</sup> Eine vergleichbare überregionale oder gar internationale Mobilisierung fand in Frankreich aber nie wieder statt.<sup>4</sup>

### Auf nach Malville am 31. Juli 1977!

Die internationale Mobilisierung zur Platzbesetzung begann im Februar 1977 in Morestel, einem Ort in der Nähe von Malville. Dort versammelten sich 3.000 Aktivisten aus den Bereichen Umweltschutz, linke Parteien und Gruppen sowie Gewerkschaften zum Tribunal gegen den Schnellen Brüter. Sie kamen aus allen Teilen Frankreichs und mehreren europäischen Ländern. Protestformen der „Direkten Aktion“ und des zivilen Ungehorsams wurden unter der Parole „Notwehr gegen Super-Phénix“ kontrovers diskutiert.<sup>5</sup> Im Aufruf vom 30. April 1977 finden sich dann überwiegend technische Hinweise zu den Gefahren der Atomenergie, und es wird das Ziel genannt, 100.000 Menschen zum „Friedlichen Marsch auf das

1 Vgl. Bruno Krümpelmann/Jürgen Wasmann/Jens Scheer u.a.: *Atomenergie international. Atomprogramme und Widerstand in 28 Ländern*. Bochum, ca. 1978, S. 38ff.

2 Alain Touraine u.a.: *Die Antinukleare Prophetie. Zukunftsentwürfe einer sozialen Bewegung*. Frankfurt, New York 1982, S. 48.

3 *Der Spiegel*, 1977, Nr. 33, S. 54.

4 Vgl. Sabine von Oppeln: Gefährlicher Atomnachbar Frankreich? In: *Frankreich, Europa, Weltpolitik* (hrsg. von Hartmut Elsenhans u.a.), Opladen 1989, S. 125-137, hier: S. 127.

5 Alain Touraine u.a., a.a.O., S. 50.

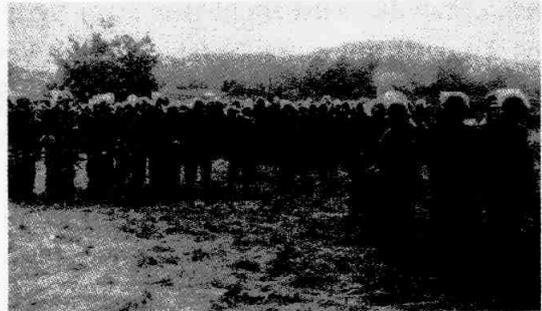
# Malville : Atomindustrie geht über Leichen



**Unser Widerstand geht trotzdem weiter!**



Vital Michalon, Opfer der Atomindustrie und der Polizeirepression



**Spendet für die Opfer  
der polizeilichen  
Repression !**

**Spendenkonto:**

des Ermittlungsausschusses der BUU Hamburg  
c/o Carl-Jürgen-Pöschel  
Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, Osterstraße  
Konto-Nr. 2 240 791 5

**Stichwort »Malville«**

Abb. 5: Nach der Malville-Demonstration sammelt die BUU für die angeklagten Demonstranten, 1977.

Baugelände“ zu mobilisieren.<sup>6</sup> Der Verweis auf die militärische Bedeutung des Schnellen Brüters („Die Schnellen Brüter produzieren Tonnen von Plutonium; nur 8 kg reichen, um eine Atombombe zu bauen.“<sup>7</sup>) bleibt bei Friedensgruppen offenbar ohne große Resonanz. Zumindest ist anhand des Materials der für diese Arbeit benutzten Archivbestände in Freiburg und Berlin<sup>8</sup> keine aktive Beteiligung friedenspolitischer Gruppen erkenntlich.

Viele deutsche Anti-AKW-Gruppen schlossen sich dagegen dem Aufruf an und mobilisierten für die Demonstration in Malville. Dafür verbreiteten sie eigene Flugblätter mit differenzierterer Argumentation und praktischen Hinweisen zu Anreise und Ablauf.<sup>9</sup> Die Argumentationslinie für die internationale Mobilisierung kommt in einem Freiburger Flugblatt gut zum Ausdruck: „Mit dem Bau des SB [Schnellen Brüters, L.M.] in Malville würde das europäische Atomenergieprogramm einen Riesenschritt vorankommen. (...) Deshalb ist der SB ‚Super Phönix‘ in Malville ein europäisches Gemeinschaftsprojekt. Auch die BRD ist wesentlich daran beteiligt. Deshalb ist es auch für uns wichtig, den SB in Malville zu verhindern, denn mit dem Super Phönix steht oder fällt das zukünftige europäische Atomenergieprogramm.“<sup>10</sup>

Viel Hoffnung auf Erfolg konnte nicht mehr bestehen, denn „alle rechtlichen Möglichkeiten, den SB zu verhindern, sind nun ausgeschöpft. Uns bleibt nur die Notbremse, die wir auch in Wyhl gezogen haben.“<sup>11</sup> D.h. es wurde offen zu einer Platzbesetzung aufgefordert. Dabei sollte keine „militärische Taktik“ zum Zuge kommen. Gemeinsame Linie der vorbereitenden Gruppen war, „die Finanzierung des Projekts mehr und mehr schwierig zu machen, (...) so daß unsere Aktionen (Diebstahl und Sabotage) ihren Sinn bekommen“.<sup>12</sup>

Die Gewaltfrage nahm in der Vorbereitung breiten Raum ein und drohte die Bewegung vorab zu spalten. Das Beispiel eines Veranstaltungsberichts im Arbeiterkampf zeigt, dass die internationale Vorbereitungsarbeit gut funktionierte. Trennend waren die verschiedenen politischen Überzeugungen über die Grenzen hinweg. Das zeigt der Bericht von einer Vorbereitungsveranstaltung, die der Kommunistische Bund (KB) aus Frankfurt in Belfort mit einer befreundeten Gruppe am 1.7.1977 durchführte: „Nachdem wir die Erfahrungen von Brokdorf und Grohnde zusammengefaßt (...) hatten, diskutierten wir gemeinsam über die Vorbereitung der Malville-Demonstration, bei der die Organisierung bislang in den Händen der sogenannten ‚Gewaltlosen‘ liegt. Allerdings ist das gemeinsame Ziel aller aufrufenden Komitees, Organisationen usw., das Baugelände zu besetzen. Von vornherein ist also mit einem sehr massiven militärischen Aufmarsch des Staatsapparats (CRS) zu rechnen, um die AKW-Gegner an einer friedlichen Besetzung zu hindern.“<sup>13</sup>

6 AGG E.04 139; Kein Superphenix in Malville – und auch nicht anderswo. 30./31. Juli 77; o.O., Mai 1977.

7 Ebd.

8 Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin, und Archiv Soziale Bewegungen, Freiburg.

9 Vgl. u.a.: AGG E.04 139, a.a.O. AGG E.04 139; Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie: Was war wirklich los in Malville? ASBF 12.1.9.1.II: Arbeitsgruppe Super-Phönix, Freiburg: Sommer 1977 nach Malville! AK v. 11.7.1977 u. 25.7.1977.

10 AGG E.04 139; Bürgerinitiative gegen kerntechnische Anlagen, Freiburg.

11 Ebd.

12 Kaim, Sprecher der gemeinsamen Koordination, nach *Arbeiterkampf* v. 11.7.1977. Der *Arbeiterkampf* zitiert hier höchstwahrscheinlich den später umstrittenen Schweizer Grünenpolitiker Chaïm Nissim.

Eine andere Gruppe differenzierte: „[G]ewaltfrei gegen Personen, aber das Ziel bleibt unverändert: der Bauplatz soll bese[tzt] und zerst[ört] werden!“<sup>14</sup> Verschiedene Aufrufe gaben Ausrüstungsempfehlungen: Im Gepäck sollten sich z.B. dicke, feste Handschuhe, Helme und wasserdichte Brillen befinden.<sup>15</sup> Das zeigt die breite Entschlossenheit, den Bauplatz erobern zu wollen.

### **Ankunft in Morestel**

In der Woche vor der Demonstration wurden rund um den Bauplatz in vier verschiedenen Orten Widerstandscamps eingerichtet. Die deutschen Demonstranten wurden zusammen mit den anderen Ausländern im Camp von Morestel untergebracht. „Bis jetzt ist geplant, daß sich die einzelnen Gruppen ab dem 20. Juli in der Region einfinden, daß am 30. Juli dann ein Fest und die Delegiertenkonferenz und am 31. Juli dann ein sternförmiger Marsch auf das Baugelände stattfinden soll.“<sup>16</sup> Allerdings war auf Weisung aus Paris das Gebiet im Umkreis von 5 km des Baugeländes für Demonstrationen gesperrt worden.<sup>17</sup>

Die meisten Demonstranten trafen ab Freitag, den 29.7.1977 in den Camps ein. Am Abend erschien auf der Campwiese in Morestel der Bürgermeister des Ortes in Begleitung der Polizei und erklärte es für illegal. Gerade noch rechtzeitig kamen die Grundstücksbesitzer und gaben ihre offiziellen Einwilligungen.<sup>18</sup> Am nächsten Morgen gegen 5 Uhr wurde das Gelände in Morestel von mehreren Hundertschaften der Polizei nach Waffen durchsucht. Die Polizei präsentierte später die Fundstücke: Messer, Gasmasken, Handschuhe, eine schwarze Fahne, zwei Eispickel, Zeltplöcke und sechs Bratpfannen.<sup>19</sup> Gegen die anderen drei Camps richteten sich keine staatlichen Repressionen.

An der Anwesenheit der Deutschen in Morestel nahm René Jannin, Präfekt des Departements Isère, in öffentlichen Stellungnahmen besonderen Anstoß. Zuständig für den Schutz des AKW-Bauplatzes, machte er vorab seine Entschlossenheit deutlich, eine Besetzung zu verhindern. Der Staat wehre sich gegen einen Angriff auf „Güter der Nation“.<sup>20</sup> Vor allem warnte er vor den deutschen Demonstranten, denen der Ruf besonderer Militanz vorauselte. Die französische Bereitschaftspolizei (Compagnies républicaines de sécurité, CRS)<sup>21</sup> hatte sich mit deutschen Polizeifilmern aus Brokdorf auf den Einsatz in Malville vorbereitet.<sup>22</sup> Jannin sprach von „einer zweiten Besetzung Morestels durch die Deutschen.“<sup>23</sup> Dieser Vorwurf wurde von französischen wie deutschen Umweltschützern empört zurückgewiesen.<sup>24</sup> Die deutschen Atomkraftgegner antworteten auf diese Vorwürfe mit einer eigenen

13 *Arbeiterkampf* v. 11.7.1977: Der Anti-AKW-Sommer hat begonnen!

14 ASBF 12.1.9.1.II: Arbeitsgruppe Super-Phönix, Freiburg: Sommer 1977 nach Malville!

15 AGG E.04 139, Kein Superphenix in Malville – und auch nicht anderswo, a.a.O.

16 ASBF 12.1.9.1.II, a.a.O.

17 *Badische Zeitung* v. 29.7.1977.

18 Vgl. AGG 139; Brief aus Malville, Die Deutschen in Malville.

19 *Der Spiegel*, Nr. 33/1977. S. 55.

20 Vgl. *Süddeutsche Zeitung* 1.8.1977; 2.8.1977.

21 Die CRS ist eine Abteilung der französischen Nationalpolizei, die u.a. bei Demonstrationen und Aufständen eingesetzt wird.

22 *Der Spiegel*, Nr. 33/1977. S. 55.

23 *Süddeutsche Zeitung*, 1.8.1977.

24 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 1.8.1977.

Presseerklärung, die allerdings ohne nennenswerte Resonanz in den Tageszeitungen blieb. „Nous sommes ici pour soutenir la population de l'Isère nos amis Français dans la lutte contre le programme nucléaire et plus précisément le surgénérateur Superphenix. (...) L'atome n'a pas de frontière. (...) Nous ne sommes pas des commandos paramilitaires mais des gens déterminés par le refus des centrales nucléaires, venus ici par solidarité.“<sup>25</sup>

Die praktizierte internationale Zusammenarbeit und Solidarität im Kampf gegen Atomkraft lässt die Vorwürfe des Präfekten absurd erscheinen. In zahlreichen Berichten deutscher Demonstranten ist später zu lesen, dass sie viel freundschaftliche Unterstützung von den Franzosen in der Umgebung Malvilles erfahren haben. „Franzosen haben Ausländer vor der CRS in ihren Häusern versteckt, bei sich aufgenommen und geholfen, wo es nur ging.“<sup>26</sup>

Allerdings stand den rhetorischen Angriffen Jannins eine unbedarfte Wortwahl deutscher AKW-Gegner gegenüber. So heißt es im Demonstrationsaufruf des „Tübinger Bund für Umweltschutz“: „Es ist durchaus nicht gesagt, dass ein militärischer Sieg [der AKW-Gegner, L.M.] auf dem Bauplatz den Endsieg sichert. Es muss mehr geschehen.“<sup>27</sup> Dass diese Drohung deutscher Demonstranten angesichts historischer Erfahrungen bei den Franzosen schlimmste Erinnerungen und Befürchtungen wecken könnte, wurde nicht reflektiert. Die deutschen Demonstern stilisierten sich später als Opfer. „Bei Ankunft in der Region wurden wir von einer pogromartigen Hetze durch den Rundfunk, die Presse und den Präfekten von Isère überrascht. In infamen Angriffen wurden hier Parallelen zwischen der NS-Besatzung und deutschen Marschteilnehmern gezogen.“<sup>28</sup> In Augenzeugenberichten über die Vorgänge von Malville wurde die französische Staatsmacht auch im nachhinein mit dem deutschen Nationalsozialismus gleichgesetzt. „Wir sind hier in einem faschistischen Land!“, hieß es in einem veröffentlichten Brief und „So muß es im 3. Reich gewesen sein, völlig ausgeliefert einer Horde bis an die Zähne bewaffneter SS. (...) Die CRS wütete furchtbar.“<sup>29</sup>

Die deutschen Demonstrationsteilnehmer waren von der starken Überzeugung getragen, moralisch im Recht zu sein, und bewerteten ihr Handeln als ungebrochen legitim. Mit den AKW-Gegnern aus Frankreich, der Schweiz, Italien und einigen anderen europäischen Ländern reklamierten sie für sich eine Notwehrsituation gegen die Atomtechnik. Der französische Staat verteidigte dagegen in Malville seine Souveränität. „Giscard hatte gesagt, daß Frankreich die Kernkraft für seine Unabhängigkeit bei der Verteidigung wie bei der Energieversorgung brauche.“<sup>30</sup> Diese ohnehin konträren Positionen gerieten durch die Anwesenheit deutscher Demonstranten in noch schärferen Kontrast.

## **Marsch auf Malville**

In einer gespannten Situation fand am Vorabend der geplanten Besetzung das letzte Delegiertenplenum statt. Die Demonstration am Baugelände war verboten wor-

25 AGG E.04 189; Presseerklärung deutscher AKW-Gegner aus dem Camp in Morestel.

26 AGG E.04 139; Die Deutschen in Malville.

27 AGG E.04 139; Bund für Umweltschutz: Extrablatt, Tübingen, o.D.

28 Ebd.

29 AGG E.04 139; Brief aus Malville, Gela.

30 FAZ v. 1.8.1977.

den, die Polizei hatte versucht, eines der Camps zu räumen, und einige tausend CRSler waren im Gebiet um Malville aufgefahren. Der gut organisierte KB warb mit befreundeten Organisationen aus der Schweiz und Frankreich für seine Strategie in einem zweisprachigen Flugblatt. „Die Malville Komitees haben beschlossen,“ so wurde gelobt, „sich nicht vom Verbot beeindruckt zu lassen und halten am ursprünglichen Beschluß fest, möglichst auf den Bauplatz vorzudringen.“<sup>31</sup> Der KB warnte jedoch vor einer Spaltung der Demonstration an der Gewaltfrage, sollte es bei getrennten Märschen bleiben. „In letzter Konsequenz würde dies bedeuten, dass ‚Gewaltfreie‘, ‚Militante‘ etc. jeweils für sich demonstrieren. Dies würde es zweifellos unserem (...) Gegner erlauben, die Demonstration gezielt zu zerschlagen und ihr eine Niederlage zu bereiten.“<sup>32</sup>

Anstatt mit den erhofften 100.000 rechnete man jetzt mit weit weniger Demonstranten. Viele waren vermutlich auch wegen dem anhaltend schlechten Wetter der Demonstration fern geblieben. Angesichts der Zahl anwesender Demonstranten wurde beschlossen, die vier Demonstrationzüge am nächsten Tag zusammenzuführen. Der KB reklamierte diese Entscheidung später als eigenen Erfolg. Ob die konsequent gewaltfrei arbeitenden Gruppen damit einer Minderheit von Gruppen mit offensiver Strategie in die Falle gingen, lässt sich hier nicht bestimmen. Die militanten Gruppen wurden von den anderen jedenfalls später für das Scheitern der Demonstration verantwortlich gemacht.<sup>33</sup>

Am Sonntagmorgen, dem 31. Juli 1977, brachen Tausende bei Dauerregen in Richtung Malville auf, darunter auch 1000 bis 2000 deutsche AKW-Gegner. Wie geplant, vereinigten sich die drei Demonstrationzüge bei Poleyrieu, dem nordwestlichen Camp und Sammelpunkt. Gemeinsam drangen sie von dort aus in die 5 km breite Sperrzone um das AKW-Baugelände ein. Von der Polizei wurden sie daran nicht gehindert. Was im KB-Heft *Die Internationale* später als schlechte Vorbereitung kritisiert wurde, macht doch deutlich, mit welchen Absichten die meisten Demonstranten nach Malville gekommen waren. „Die Masse der Demonstranten war überhaupt nicht ausgerüstet: Sie trugen Rock und Bluse oder Sonntagsanzug. Nur jeder vierte trug festes Schuhzeug, Anorak oder Ölzeug. Helme waren ebenso selten zu sehen wie griffige Knüppel.“<sup>34</sup> Die meisten waren also in keiner Weise auf eine physische Konfrontation mit der Polizei eingestellt.

Etwa zwei Kilometer vom Bauplatz entfernt, bei der kleinen Ortschaft Faverges, traf der Demonstrationzug auf eine Straßensperre der Polizei. Der größte Teil der Demonstranten (die Zahlen schwanken zwischen 25.000 bis 60.000) blieb hier in sicherem Abstand und hielt eine Kundgebung ab. Bis unmittelbar vor die Polizeisperre zogen „nur“ wenige Tausend. Einige Demonstranten waren auf eine militante Auseinandersetzung eingestellt. Sie verfügten über Schutzkleidung wie Helme und Gasmasken. Den Angriffen der Polizei hatten sie aber fast nichts entgegenzusetzen. Sie wurden auf einen Abstand von mindestens dreißig Metern gehalten. Dazu setzte die Polizei Rauchbomben und Tränengasgranaten ein, die sie in die

31 AGG E.04 189; Gemeinsames deutsch- und französischsprachiges Flugblatt von KB, CLP, OCT.

32 Ebd.

33 Vgl. Touraine, S. 147.

34 AGG E.04 139; *Die Internationale*, Nr. 28/1977, Augenzeugenberichte von zwei Hamburger AKW-Gegner.

Reihen der Demonstranten warf bzw. schoss. Großes Entsetzen löste der Einsatz sogenannter Offensivgranaten aus. Diese Polizeiwaffen sind Sprengkörper ohne Splitterwirkung, die einen lauten Knall und starken Luftdruck erzeugen und damit zur Massenpanik führen sollen. Die Auseinandersetzungen hielten insgesamt etwa vier Stunden an. Es flogen Steine und Molotowcocktails gegen die Polizei. Kleine Gruppen, die versuchten, die Polizeisperre seitlich zu umgehen, wurden auf den Feldern mit Schlagstöcken am Weiterkommen gehindert. Die Masse der Demonstranten wurde mit Tränengas und Granaten zurückgetrieben. Eine Chance, bis zum Bauplatz vorzudringen, hatten die AKW-Gegner nicht.<sup>35</sup> Manche haben von alledem kaum etwas mitbekommen: „Wir sind morgens losgegangen, wir sind den ganzen Tag marschiert und sind übrigens nur langsam marschiert. Es regnete, und wir haben Dreiviertel des Tages gebraucht, um dann als letzte einzutreffen. Wir sind da geblieben und haben Krankenwagen vorbeirasen sehen.“<sup>36</sup>

„Das schrecklichste,“ so berichtete später eine Demonstrantin, „sind Granaten, die von der Polizei in die Demonstranten geworfen werden. Wir sehen Leute vom Luftdruck der Explosion umfallen. (...) Einem Deutschen, der eine solche Granate mit einer Tränengasbombe verwechselt und sie zurückwerfen will, wird die Hand abgerissen.“<sup>37</sup> Es gab vier weitere Schwerverletzte, die durch die Granaten eine Hand bzw. einen Fuß verloren, darunter auch zwei Polizisten. Eine dieser Offensivgranaten tötete den 31 Jahre alten Lehrer Vital Michalon. Er erlitt durch die Explosion in seiner unmittelbaren Nähe einen Lungenriss.

## Repressionen

Die Demonstranten gelangten am Abend zurück zu ihren Autos bei den Camps. Durchnässt und entmutigt wollten sie schnellstmöglich abreisen. In Morestel führte die Polizei Kontrollen durch, die die angereisten Demonstranten dazu veranlassten, von einer „Jagd auf Ausländer“ zu sprechen.<sup>38</sup> Vor allem Autos mit deutschem Kennzeichen sollen von der Polizei kontrolliert worden sein. Nachdem tagsüber keine Festnahmen durchgeführt worden waren, wurden jetzt 19 Demonstranten inhaftiert. Davon kamen 11 aus Deutschland, sechs aus Frankreich und zwei aus der Schweiz. Viele Deutsche blieben noch in Morestel, um sich den auch am Montag noch anhaltenden Kontrollen zu entziehen. Sie kamen bei Einheimischen unter und versteckten ihre Autos in Scheunen.

Hilfe vom deutschen Konsulat bekamen sie nicht. Als sie dort Unterstützung verlangten, erklärte ihnen „der deutsche Generalkonsul in Lyon: die deutsch-französische Freundschaft umfasse die Zusammenarbeit bei der ‚friedlichen Nutzung der Kernenergie‘, bei der Terroristenbekämpfung (...). Wir sollten daher diese Freundschaft nicht gefährden.“<sup>39</sup> Französische Kernkraftgegner solidarisierten sich dagegen mit allen Gefangenen. In diesem Fall scheint sich die Parole, dass die Grenzen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen „oben“ und „unten“ verlaufen, bestätigt zu haben.

35 Vgl. die zahlreichen Berichte aus Tagespresse und Flugblättern: AGG E.04 138; AGG E.04 139; ASBF 12.1.9.1.II.

36 Bericht eines französischen Demonstranten nach: Touraine u.a., a.a.O., S. 145.

37 AGG E.04 139; Brief aus Malville, Gela.

38 AGG E.04 139; Die Deutschen in Malville.

39 Ebd.

Zwölf der Gefangenen wurden eine Woche später in Schnellverfahren vor Gericht gestellt. Ihnen wurden Gewalttätigkeiten bei einer verbotenen Demonstration vorgeworfen. Acht Angeklagte wurden in dem Verfahren zu bis zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, vier wurden freigesprochen.

## Einschätzungen

Im Nachhinein wurden zahlreiche Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge zur tragisch gescheiterten Aktion von Malville veröffentlicht. Drei sehr verschiedene Positionen deutscher Malville-Fahrer werden deutlich:

Der KB bemühte sich, die Demonstration als Erfolg zu bewerten. „Das Eindringen aller Demonstranten [der KB spricht von 80.000, L.M.] in den Sperrbezirk (...) war sicherlich der herausragende politische Erfolg der Malville-Aktion.“<sup>40</sup> Eine Spaltung sei verhindert worden. Zudem erfolgte in einer Erklärung der Malville-Komitees vom 2. August 1977 „keinerlei Distanzierung von den militanten Demonstranten, was angesichts der Auseinandersetzungen vor der Aktion um (...) die Frage der Gewaltfreiheit als Schritt nach vorn gewertet werden muß“.<sup>41</sup> Der KB setzte offenbar trotz der erlittenen Niederlage optimistisch auf Militanz als Zukunftskonzept.

Anderen ging es eher darum, das deutsche Demonstrantenherz zu verteidigen, als zu einer kritischen Einschätzung der Ereignisse zu kommen. Um den Widerstand zu spalten, heißt es in einer Erklärung, „braucht man auch in Frankreich einen Sündenbock. Dazu boten sich die Deutschen an, weil die Ereignisse aus der Nazi-Zeit noch lange nicht vergessen sind. (...) Wären keine Deutschen in Frankreich gewesen, hätte der Sündenbock genauso gut jemand anderes sein können!“<sup>42</sup> So endet die zufriedene Einschätzung. Die Frage, ob es deutsche Demonstranten versäumt haben, sich mit ihrer besonderen Rolle bei einer Demonstration in Frankreich zu befassen – eben weil die „Nazi-Zeit noch lange nicht vergessen“ ist – wurde nicht gestellt.

Eine Freiburger Initiative nannte als zentralen Grund für das Scheitern in Malville das Versagen der Demonstrationsleitung. Zudem hätte die Bewegung vor Ort nicht die nötige Stärke gehabt. Aus der Zerrissenheit der französischen Bewegung wurde aber der falsche Schluss gezogen, dass sie der deutschen Entwicklung im Anti-AKW-Kampf hinterherhinkte: „Wir waren nicht genügend informiert über den Stand der Bewegung gegen AKWs in Frankreich. Man hätte wissen müssen, daß die Bewegung dort nicht so viele Erfahrungen hat wie in Deutschland, wie die Ziele sind und in welchem Maße welche Mittel der Auseinandersetzung schon probiert wurden. Wäre der Stand der Bewegung vergleichbar mit dem in Deutschland, hätten nicht so viele Leute innerhalb der Bewegung auf die Deutschen-Hetze [sic!] hereinfließen dürfen und wären auch die deutschen Demonstrationsteilnehmer schon rein äußerlich in ihrer Vorbereitung nicht so aus dem allgemeinen Bild herausgefallen.“<sup>43</sup>

<sup>40</sup> AGG E.04 139; *Die Internationale*, Nr. 28/1977.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> AGG E.04 139; *Die Deutschen in Malville*.

<sup>43</sup> ASBF 12.1.9.1.II; Diskussionspapier zu Malville von Teilnehmern der Demonstration aus der Freiburger BI.

In ihren Arbeiten hat Sabine von Oppeln gezeigt, dass die französische Umweltschutzbewegung früher formiert und politisiert war als die deutsche. So begann die Mobilisierung gegen das AKW in Fessenheim bereits 1971. Auch das Mittel der Bauplatzbesetzung wurde zuerst im elsässischen Marckolsheim gegen ein Bleiwerk erprobt und danach im benachbarten badischen Wyhl eingesetzt. Dass die französische Anti-AKW-Bewegung dennoch weniger erfolgreich war als die deutsche, schreibt Oppeln den Bedingungen der zentralstaatlichen Atompolitik zu, die wirk-same Einfluss- und Klagemöglichkeiten von Umweltschützern verhindere.<sup>44</sup>

In Deutschland stand die Anti-AKW-Bewegung im Sommer 1977 zwar nicht vor ihrem endgültigen Niedergang, hatte aber den Höhepunkt der Mobilisierung überschritten. Sie stand – nach Rucht – am Übergang zu einer neuen Phase, in der sie große Massenmobilisierung und verzweifelte Anstürme auf AKW-Bauplätze hinter sich ließ. Nach dem Entsetzen über die Ereignisse von Malville setzte diese Wende ein.<sup>45</sup>

Für die überregionale Anti-AKW-Bewegung in Frankreich besiegelte der tragi-sche Tag in Malville die Niederlage. „Auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierungskraft in Frankreich lässt sich die Bewegung auf einen Kampf mit dem Staat ein und zerbricht.“<sup>46</sup> In dem bewegungsnahen französischen Forschungsbericht zur Anti-Atom-Bewegung wird dieses Scheitern vor allem den Widersprüchen zwischen dem Kampf gegen die Atomenergie und dem gegen die Atommacht zugeschrieben.<sup>47</sup> „Nach dem Erfolg vom Vorjahr waren in die allenthalben gebildeten Malville-Komitees diverse Gruppierungen geströmt, und die unversöhnlichsten und organi-siertesten Tendenzen hatten die Überhand gewonnen. Nach dem Erfolg von 1976 waren die Gewaltbefürworter gekommen, die die Auseinandersetzung mit dem Staat suchten (...). Die Ökologiebewegung, die eine Basis, aber keinerlei Organisa-tion hat, sieht sich überrumpelt und ihres Kampfes beraubt.“<sup>48</sup>

So lautet die negative Zwischenbilanz im oben erwähnten Bericht. Dennoch liege eine besondere Kraft in der Begegnung beider Kämpfe, dieser „doppelten Bewegung eines kulturellen Wandels und einer Verwandlung der sozialen Kämpfe“<sup>49</sup>.

44 Vgl. Sabine von Oppeln: Energiepolitik und soziale Bewegung in Frankreich. In: *Gegenwarts-kunde* 32 (1983), Heft 4, S. 465-472. Sabine von Oppeln: Gefährlicher Atomnachbar Frank-reich? In: *Frankreich – Europa – Weltpolitik: Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag*. Hrsg. von Hartmut Elsenhans; Gerd Junne; Gerhard Kiersch; Birgit Pollmann, Opladen 1989, S. 125-137.

45 Vgl. Dieter Rucht: *Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsor-gung*, München 1980, S. 89ff.

46 Touraine, a.a.O., S. 144f.

47 Ebd., S. 307f.

48 Ebd., S. 145.

49 Ebd., S. 314.

## Quellen

- Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin (AGG)  
E.04 138, Malville, Bd. 1  
E.04 139, Malville, Bd. 2  
E.04 189, Internationaler Widerstand  
Archiv Soziale Bewegungen, Freiburg (ASBF)  
12.1.9.1.11, Malville

## Presseveröffentlichungen

- Arbeiterkampf*, 11.7.1977  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 1.8.1977  
*Der Spiegel*, Nr. 33/1977.  
*Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 1.8.1977 und 2.8.1977

## Literatur

- Krümpelmann, Bruno/Jürgen Wasmann/Jens Scheer u.a. (ca. 1978): *Atomenergie international. Atomprogramme und Widerstand in 28 Ländern*, Bochum.
- Oppeln, Sabine von (1983): Energiepolitik und soziale Bewegung in Frankreich. In: *Gegenwartskunde: Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung* Jg. 32, H. 4, S. 465-472.
- Oppeln, Sabine von (1989): Gefährlicher Atomnachbar Frankreich? In: *Frankreich – Europa – Weltpolitik: Festschrift für Gilbert Ziebura zum 65. Geburtstag*, Hrsg. von Hartmut Elsenhans, Gerd Junne, Gerhard Kiersch und Birgit Pollmann, Opladen, S. 125-137.
- Rucht, Dieter (1980): *Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*, München.
- Touraine, Alain u.a. (1982): *Die antinukleare Prophetie: Zukunftsentwürfe einer sozialen Bewegung*, Frankfurt am Main, New York.

## **Zur Überlieferung der Anti-Atom-Bewegung im Archiv Grünes Gedächtnis**

Lars Müller, der Autor des vorstehenden Beitrags über die legendäre Malville-Demonstration, hat das Findbuch zum Bestand „Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld“ im Archiv Grünes Gedächtnis erarbeitet. Aus seinem inhaltlichen Interesse an den von ihm archivisch bearbeiteten Unterlagen ist sein Beitrag entstanden. Bei der Bearbeitung des Bestandes hatten Lars Müller und ich in mehreren Diskussionen den Aufbau des Atomarchivs insgesamt und den Zusammenhang einzelner Teile des Bestandes diskutiert. Wir wollten mit dem bei der Bearbeitung erworbenen Wissen über den Bestand die Geschichte der Bielefelder Archivgruppe und des Dokumentenbestandes rekonstruieren. Die Rekonstruktion hat Folgendes ergeben: Erstens, bevor das Archiv in das Umweltzentrum einzog, war die Archivgruppe in den 70er Jahren ein Teil der Evangelischen Studentengemeinde. Zweitens, die Archivgruppe verstand sich nicht nur als beobachtende, sondern auch als teilnehmende Archivgruppe. Über den Bestand verstreut finden sich die Spuren des eigenen Engagements innerhalb der Anti-AKW-Bewegung. Drittens, bevor der Archivbestand an das Grüne Gedächtnis übergeben wurde, sind noch Unterlagen von anderen Bielefelder Anti-Atom-Gruppen hinzugekommen. Die Bestandsgeschichte hat Lars Müller in der Einleitung zu seinem Findbuch in der nötigen Ausführlichkeit dargestellt. Das sind wichtige Informationen, weil der Entstehungszusammenhang der Archivalien von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung des Aussagewertes ist.

Aber bevor es überhaupt dazu kommt, dass Forscherinnen und Forscher nach dem Quellenwert der Archivalien fragen können, bedarf es des Wissens darüber, welche Überlieferungen in welchem Archiv aufbewahrt werden. Für empirisch angelegte Untersuchungen über die Anti-AKW-Bewegung ist das manchmal eine kaum zu meisternde Herausforderung, selbst wenn gute, ins Internet gestellte Archivkataloge vorhanden sind. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, dass die Forscherinnen und Forscher bei der Benutzung des Archivs einen Perspektivenwechsel vornehmen müssen. Sie müssen eine thematische Frage in eine Rollenfrage übersetzen. Welche Rollen schneiden sich in einem Themenkomplex und wer hat die Rollen wahrgenommen? Archivalien kommen nämlich nicht aus einem thematischen Zusammenhang ins Archiv, sondern aus einem Entstehungszusammenhang. Sie bleiben auch im Entstehungszusammenhang, weil der Aussagewert der Archivalien anders nicht beurteilt werden kann. Es bleibt natürlich unbenommen, im Archiv thematisch zu recherchieren, und für die Forschung bleibt die thematische Suche der beste Einstieg. Die Archivalien werden deshalb bei der Verzeichnung thematisch verschlagwortet.

Ich möchte im Folgenden den Artikel von Lars Müller zum Anlass nehmen, den Zusammenhang des Archiv Grünes Gedächtnis mit der Anti-AKW-Bewegung zu illustrieren, in der Hoffnung, dadurch den Zugang zu den Archivalien der Anti-AKW-Bewegung im Archiv Grünes Gedächtnis zu erleichtern.

Vor 16 Jahren, als nach der verlorenen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 die Auflösung der Bundestagsfraktion unabweislich auf der Tagesordnung stand, musste auch eine Entscheidung getroffen werden, was mit den unendlich vielen Papieren in den Fraktions- und Abgeordnetenbüros geschehen sollte. In ihnen steckte die Essenz von acht Jahren politischer Arbeit im Deutschen Bundestag und die sollte weiterhin der politischen Arbeit zugute kommen. Und so geschah es: Hunderte Umzugskartons mit Akten aus der Bundestagsfraktion wurden an Landtagsfraktionen und Initiativen zur Unterstützung von deren politischer Arbeit ausgeliehen. Beispielsweise erhielten die Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen die sie betreffenden Akten zur Verkehrsplanung und das „Gen-ethische Netzwerk“ Akten zur Gentechnik und Humangenetik. Die übrigen Akten, soweit sie nicht von Abgeordneten und Mitarbeitern nach Hause mitgenommen wurden, fanden eine erste Bleibe in einer Bonner Lagerhalle, von wo aus sie 1991 nach Bornheim-Widdig in ein von der Bundesgeschäftsstelle der Partei eingerichtetes Archiv gebracht wurden. Sie sollten möglichst inhaltlich erschlossen sein, wenn vier Jahre später eine neue Fraktion in den Bundestag einziehen würde. Das war die Gründung des Archiv Grünes Gedächtnis. Aus der Situation geboren, hatte diese Art von Archivgründung etwas Überfallartiges an sich. Sie war nicht wirklich „politisch korrekt“. Im Selbstverständnis der Grünen der 80er Jahre war das Verhältnis der sozialen Bewegungen zur Partei in der Denkfigur „Standbein-Spielbein“ artikuliert. Partei und Fraktion waren ausführende Organe. Die Gründung eines Parteiarchivs oder gar Fraktionsarchivs anstelle eines Bewegungsarchivs wäre ein Akt der Verselbständigung der Exekutive gegenüber der Basis gewesen. Der Stiftungsverband Regenbogen, der die Trägerschaft des Archivs übernommen hatte, richtete eine Arbeitsgruppe ein, die über ein Rahmenkonzept beraten sollte. Da ein „reines“ Parteiarchiv ohnehin nie zur Debatte stand, andererseits die Herstellung von Transparenz bezüglich der mit Steuergeldern ausgestatteten Parteiorganisationen und Fraktionen unabweisbar war, entstand ein sogenanntes „3-Schalen-Modell“: Schale 1 für die Partei, ihre Gliederungen und Fraktionen, Schale 2 für die neuen sozialen Bewegungen und Schale 3 für die individuellen politischen Akteure. Später wurde die Formulierung gebräuchlich, dass das Archiv Grünes Gedächtnis die mit der Partei Bündnis 90/Die Grünen verbundene gesellschaftliche Grundströmung archivieren sollte. Beide Formulierungen drücken aus, dass das neue Archiv als Archiv der Bündnisgrünen *und* der sozialen Bewegungen gedacht war, auf die die Partei sich politisch stützte.

Tatsache war aber, dass das so entstandene Archiv vor allem ein „Parteiarchiv“ war, denn es umfasste anfangs in erster Linie den Aktenbestand der beiden Bundestagsfraktionen von 1983 bis 1990 und den der Bundesgeschäftsstelle der Grünen, den Nachlass von Petra Kelly sowie die Plakat- und Fotosammlungen von Partei und Fraktion. Tatsache war auch, dass allein Partei, Fraktion und Stiftungsverband das Archiv gegründet hatten und allein der damalige Stiftungsverband beschlossen hatte, dass es ein Partei- *und* Bewegungsarchiv sein sollte. Die sozialen Bewegungen waren an diesem Beschluss nicht beteiligt. Es war nicht einsichtig, warum sie Unterlagen aus ihrer politischen Arbeit dem Grünen-Archiv zur dauerhaften Aufbewahrung übergeben sollten. Initiativen und Akteure aus sozialen Bewegungen übergeben ihre Altakten und Materialsammlungen nur dann einem Archiv, wenn zu ihm ein eingespieltes Vertrauensverhältnis besteht. Der Brückenschlag zwischen Bewegungen und Partei kam zuallererst da zustande, wo grüne Politiker als Protago-

# GORLEBEN



## ★ STERNFAHRT ★ AKTIONSTAGE

Do. 1.10. - 20 Uhr  
Treffen i.d. Trebeler  
Bauernstuben  
Sa. 4.10.  
Abschlusskundgebung

# 1.-4.10.

Abb. 6: Die Gorlebener Bürgerinnen und Bürger setzen sich gemeinsam gegen das geplante Endlager zur Wehr, 1980.

Abb. 7: Am 24.9.1983 demonstrieren die Grünen und Umweltverbände gegen das AKW Neckarwestheim II.

Um die Betriebsgenehmigung des Atomkraftwerks Neckarwestheim II zu garantieren, soll zu dessen Kühlung Wasser aus dem Trinkwasserspeicher "Kleine Krutzig" in den Neckar übergeleitet werden.

# Kein Trinkwasser für Atomstrom!

## Neckarwestheim II nicht ans Netz!

Sa. **24.9.** **STUTTGART**  
Schloßplatz  
10 – 14 Uhr

Info-, Kulturprogramm,  
Trinkwasser-Faßentisch,  
12 Uhr Kundgebung:  
H.J. Breilinger, BUND  
U. Brinkmann, MdL SPD  
A. Kalmbach, Die Grünen  
C. Reetz, BBU

SCHÖNHEITSSCHWART  
Bund für Umwelt und Naturschutz  
Deutscher Bund der NABU  
Landesverband Baden-Würt. e.V.  
VERBAND DER  
BUND-Gruppen auf dem Schwarz-  
wald und Oberrhein-Raum.

**AKTION STROM OHNE ATOM**  
Bürgerinitiativen für eine neue Energiepolitik  
Bürgerinitiativen und Demonstrationen gegen Atomkraft  
aus dem Mittelren Neckarraum

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
**BBU**  
V. S. d. F. Angela Kalmbach  
Frank-Otto-Str. 50, 7052 Wolfach

nisten der sozialen Bewegungen zu Mandatsträgern in der Partei aufgestiegen waren.

Grundsätzlich scheinen Parteiakten keine Bewegungsakten sein zu können, aber Parteien können an sozialen Bewegungen teilnehmen, und die Grünen waren in den 80er Jahren Teil der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Dritte-Welt-Bewegung. Abgeordnete und Vorstände sind aufgrund ihrer Rollen in den sozialen Bewegungen gewählt worden, Rollen, die ihren Niederschlag in den persönlichen Deposita finden, wenn die Gewählten sich dazu entschließen, außer ihren Büroakten auch die aus ihrem persönlichen Engagement entstandenen Unterlagen archivieren zu lassen. Die Anti-AKW-Bewegung hat von vornherein auch ihre eigenen Archive entwickelt, z.B. das Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld, gleichzeitig wurde sie von Dritten archiviert, z.B. vom Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Ein Spezialfall sind einzelne Aktive, die zugleich intensiv gesammelt haben. Diese drei Varianten beinhalten das Problem, dass sie wahrscheinlich keine dauerhaften Archivierungen sind und ihre Urheber sich irgendwann entscheiden müssen, ob sie ihre Sammlungen einem Archiv zur dauerhaften Aufbewahrung übergeben wollen. Alle drei Varianten haben

inzwischen zu Übergaben von Archivalien der Anti-Atom-Bewegung an das Archiv Grünes Gedächtnis geführt.

Aus diesen Vorbemerkungen lässt sich ermessen, inwiefern das Archiv Grünes Gedächtnis als Archiv der Anti-Atom-Bewegung anzusehen ist:

- Entweder verhielten sich die Partei und ihre Fraktionen als Spielbein der Anti-Atom-Initiativen, dann findet die Arbeit der Initiativen einen dementsprechenden Niederschlag in den Partei- und Fraktionsakten;
- oder in den Depositarbeständen der Aktiven ist ihr Engagement in der Anti-Atom-Bewegung dokumentiert;
- oder einzelne Initiativen haben ihre Unterlagen dem Archiv zur Aufbewahrung übergeben;
- oder private Sammler bzw. institutionelle Dokumentationsstellen haben ihre Sammlungen dem Archiv übergeben.

Das sind die vier Kanäle, über die originäre Unterlagen der Anti-AKW-Bewegung ihren Weg in das Archiv Grünes Gedächtnis gefunden haben. Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, im Folgenden ein Inventar der Anti-Atom-Bewegung im Archiv Grünes Gedächtnis vorzulegen. Ich beschränke mich deshalb auf einige Beispiele, die das Obige illustrieren sollen:

- Im dem oben erwähnten Bestand Atomarchiv des Umweltzentrums Bielefeld befinden sich die überlieferten Dokumente der Bielefelder Gruppe „AKW-Neel!“ mit ihren eigenen Notizen, Protokollen und Flugblättern sowie den Flugblättern und diversen Materialien anderer Gruppen, mit denen sie zusammengearbeitet haben, insbesondere mit den Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU). Die Unterlagen stammen aus den Jahren von 1974 bis 1979 mit einem Schwerpunkt 1977. Außerdem befinden sich im Atomarchiv die sorgfältig gesammelten Unterlagen des Bielefelder „Aktionskreis Leben“ aus der Zeit von 1978 bis 1981/82. Sie enthalten die eigenen Unterlagen zur innergewerkschaftlichen Arbeit dieser „Gewerkschafter gegen Atom“ mit Protokollen, Erklärungen und ihrer eigenen Mitgliederzeitschrift sowie die bundesweite Korrespondenz und organisatorische Vernetzung des „Aktionskreis Leben“.
- Wolfgang Müller-Breuer war als Student in Berliner Gorleben-Initiativen engagiert. In seinem Depositum finden sich Papiere dieser Initiative und Plenumsprotokolle der Berliner Initiativen. Ein Hauptpunkt der Berliner Aktivitäten war die Blockade des Hahn-Meitner-Instituts 1979, weil es an den Probebohrungen in Gorleben beteiligt war. Danach war er in Gorleben selbst. Seine Papiere umspannen den Zeitraum von der Bauplatzbesetzung beim Bohrloch 1004 im Jahr 1980 bis zur Wendlandblockade von 1984. Hauptpunkte hier sind seine Notizen und Manuskripte für die Gorleben-Chronologie und sein Engagement für die Begegnungsstätte „Kurve Wustrow“. Insgesamt spiegelt das Depositum nicht, was andere gemacht haben, sondern es enthält, was er von seinem eigenen Mitmachen in der Bewegung gegen den „Entsorgungspark“ in Gorleben aufbewahrt hat.
- Beim Nachlass von Petra Kelly fällt als erstes ihre internationale Rolle in der Anti-Atom-Bewegung auf. Wenn ich drei Phasen ihres Engagements unterscheide, be-

ginnt sie 1974, Materialien aus deutschen, englischen und amerikanischen Quellen zu Risiken der Atomkraft, zu Störfällen in Atomkraftwerken und überhaupt zu einzelnen AKWs und zur Anti-AKW-Bewegung zu sammeln. Das Material ist da besonders dicht, wo sie als Rednerin eingeladen war, wie bei der Großkundgebung gegen den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar, oder wo sie mit der irischen Anti-Atom-Bewegung zusammenarbeitet und 1979 mit dem irischen Gewerkschafter John Carroll das Buch *Nuclear Ireland* herausbringt. Zu diesem Zeitpunkt war sie die bekannteste Grüne in Deutschland und Spitzenkandidatin für die Europawahl 1979. Sie wird deshalb häufig als Rednerin eingeladen, zum Beispiel zur bundesweiten Großdemonstration gegen den Bau von Atomkraftwerken im Herbst 1979 in Bonn. In der Bundestagsfraktion 1983 liegt der Schwerpunkt ihres Engagements auf der Außenpolitik. Ein Thema, an dem sie weiterhin international in der Anti-AKW-Bewegung arbeitet, ist der Uranabbau. Sie unterstützt die erste Weltkonferenz der Strahlenopfer und die erste internationale Konferenz des „Indigenous Uranium Forum“.

- Gina Düllmann stammt aus einer jüdischen Familie, die 1939 nach Brasilien geflüchtet ist. Gina Düllmann ist Mitte der 1970er Jahre zum Studium nach Deutschland gekommen. Aus ihrem Depositum, um nur einen Punkt herauszuheben, lernt man die Kampagnen gegen das Deutsch-Brasilianische Atomabkommen von 1975 im Kontext ihrer Tätigkeit als Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Christa Nickels, Christian Sterzing und Eckhard Stratmann in den 80er Jahren kennen. Als 1989 die Grünen in das Parlament des Bundesstaats Rio de Janeiro einzogen, übernahm sie das deutsch-brasilianische Koordinationsbüro, das bei dem brasilianischen Abgeordneten Alfredo Sirkis angesiedelt war. Das Depositum lehrt, wie mit den Mitteln einer Fraktion der Protest der Anti-AKW-Bewegung in beiden Erdteilen unterstützt werden kann.
- Nach der Katastrophe von Tschernobyl war ein Arbeitsschwerpunkt des umweltpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion die Sammlung und Verbreitung von gesicherten Informationen über die atomare Strahlung. Dies spiegelt sich in den Sachakten des Arbeitskreises wider. Außerdem galt es, Stellungnahmen zu erarbeiten und Veranstaltungen durchzuführen. Die anschließenden politischen Initiativen bezogen sich auf die Strahlenschutzgesetzgebung und den Ausstieg aus der Atomenergie.

Die Beispiele zeigen das breite Spektrum der Überlieferung der Anti-AKW-Bewegung und die Vielfältigkeit der Anti-AKW-Bewegung selbst. Die Anti-AKW-Bewegung als Netzwerk des Protests und Widerstands gegen den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken umfasst ein Kontinuum von Organisationen und Aktionen, dessen eine Seite der militante Kampf lokaler Basisgruppen ist und das auf der anderen Seite in die institutionalisierten Formen der Politik reicht.

## **2 Das historische Dokument**

## **Ökosozialisten vs. Undogmatische Linke: Christian Schmidt und Ludger Volmer auf dem Perspektiv- Kongress 1988 der GRÜNEN**

**Christian Schmidt:** [...] Zweitens will ich sagen: Wir haben auch hier immer noch den Fehler gemacht, in allererster Linie die interne Krise der GRÜNEN zu diskutieren, das ist ein notwendiger Prozess, weil es um inhaltlichen Streit geht, der ausgeglichen werden muss. Wir sollten nur bei diesen Diskussionen uns einen Moment der Fiktion unterziehen, es gäbe gar keinen innergrünen Streit, es gäbe keinen Flügel und keine Strömung. Es gäbe also nur noch die eine ideelle Gesamt-Grüne. Auch dann müssten wir über die Krise der GRÜNEN reden. Und dieser Aspekt ist zu kurz gekommen, und dieser Aspekt ist zu konkretisieren, dahingehend, dass unser Problem ist, dass wir vor 8 Jahren etwa angetreten sind als Wahlbewegung, um über die Parlamente ein Stück Realität zu verändern. Und dass dieses so jämmerlich wenige Ergebnisse gezeitigt hat in all dieser Zeit. Und das ist nicht das Problem nur auf Bundesebene, sondern wenn wir ehrlich sind, führen wir diese Debatte in jedem Gemeindeparlament und in jedem Ortsverband, weil das da genauso ist. Wir haben auf Bundesebene es nicht geschafft, weder in Hamburg noch in Hessen, die AKWs abzuschalten, wir haben die Mittelstreckenraketen weder wegverhandelt noch sonst weggebracht; und wir haben es auf kommunaler Ebene auch oft nicht durchsetzen können, dass die Umgehungsstraße doch gebaut wird, die Müllverbrennungsanlage, oder was immer an Sauereien dort passiert ist. Und wir teilen dieses Misserfolgserlebnis im übrigen mit unserer WählerInnenschaft, die auch mit einer ganz anderen Euphorie an die Wahlbewegung rangegangen sind als StimmengabeInnen, als das heute der Fall ist. Viele sind wieder zurückgekehrt zur kleinen sozialdemokratischen Münze oder schleppen sich mit Mühe zur Wahl oder bleiben zuhause. Weil die Veränderungsmöglichkeiten offensichtlich viel kleiner sind, als bei Wahlen immer gehofft und als DIE GRÜNEN bei ihrer Gründung auch gehofft haben.

**Ludger Volmer:** [...] Sechs Punkte möchte ich zur Diskussion stellen. Erstens: Ich habe den Eindruck, dass die Partei keine Lust hat, sich in die Differenz hineintreiben zu lassen, in die Dichotomie hineintreiben zu lassen von Reform und Revolution. Die allermeisten hier sind der Ansicht, dass Reformschritte, Reförmchen erheblich zu kurz greifen, und dass Revolutionen in Westeuropa nicht mehr stattfinden werden. Rebellion, der Ersatzbegriff, der manchmal genutzt wird, wird auch nicht glücklich machen. Im Begriff der Rebellion, wie Peter Brückner schon sagte, ist ihr Scheitern inbegriffen. Ich schlage einen anderen Begriff vor, den Begriff der Transformation, d.h. die gesellschaftlichen Umwandlungs- und Umwälzungsprozesse auf allen Ebenen vorzunehmen, auf der Straße, in den Betrieben, aber auch durch sämtliche Institutionen hindurch, wobei die Institutionen ihre Form verändern bis hin zu ihrer Auflösung. Ich glaube, an diesem Begriff der Transformation sollten wir weiterarbeiten. Zweitens: Politische Macht – und wir wollen politische Macht – beruht immer auf Interessen, unsere Interessenträger sind in erster Linie die sozialen Bewegungen, die Bürgerinitiativen, die Projektgruppen, aus denen heraus wir auch geboren wurden. Aber wir können uns nicht abhängig

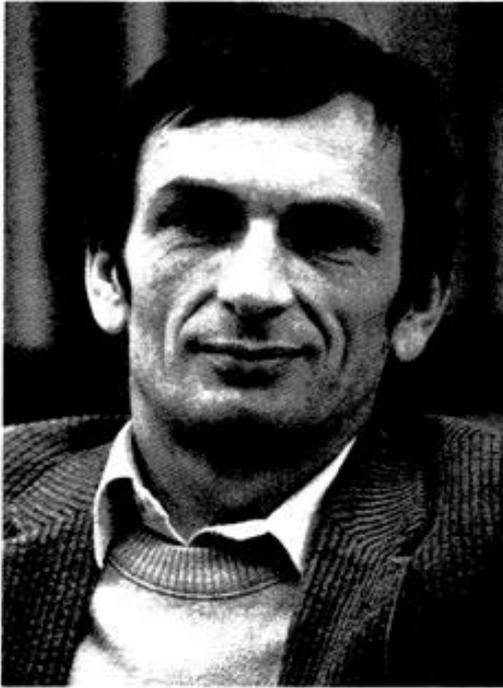


Abb. 8: Bundesvorstandssprecher  
Christian Schmidt, ca. 1985.



Abb. 9: MdB Ludger Volmer, ca. 1987.

machen von der Konjunktur der sozialen Bewegung. Wir dürfen es nicht zulassen, in dem Moment, wo die sozialen Bewegungen eine Flaute haben, dass wir da in Resignation verfallen; und dass wir in einer Art Konjunkturrittertum dann wieder neu entstehen, wenn auch bei den Bewegungen neuer Aufschwung kommt. Wenn wir nicht getrieben werden von sozialen Bewegungen, dann müssen wir selber treiben, und wir müssen schauen, wo wir treibend eingreifen können. Es gibt andere außerparlamentarische Zusammenhänge noch, etwa die ganzen klassischen Verbände, Gewerkschaften, Kirchen, Sozial-, Frauen-, Umweltverbände. Wenn wir dort intensiver mitarbeiten, können wir unsere Ideen auch durch diese Institutionen hindurch vermitteln, solange nicht von unten ein neuer Schwung da ist, der uns selber auch weitertreibt.

Quelle: Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): *Perspektiv-Kongress vom 17.-19. Juni 1988 in Bonn-Bad Godesberg. Teil 1: Auftakt-, Zwischen- und Abschlussplenum*, Bonn 1988, S. 54 und S. 58f; kleinere Korrekturen anhand des Veranstaltungsmitschnitts (Archiv Grünes Gedächtnis, TK-354/1 und 2). Die Passagen von Christian Schmidt und Ludger Volmer sind dem Abschlussplenum entnommen.

## Kommentar

von Christoph Becker-Schaum

Der Perspektiv-Kongress der Grünen im Bonner Stadtteil Bad Godesberg vom 17. bis 19. Juni 1988 war ein offener Debatten-Kongress – d.h. keine Delegierten und keine Abstimmungen – mit ca. 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Zu diesem Kongress war in einer Situation geladen worden, in der der schon seit Jahren ausgefochtene Richtungsstreit zwischen gemäßigten und radikalen Grünen, meist als „Realos“ und „Fundis“ apostrophiert, seit der Bundestagswahl und der Wahl zum Bundesvorstand der Partei im Vorjahr eskaliert war. Dem radikalen Parteivorstand stand eine überwiegend gemäßigte Bundestagsfraktion gegenüber. Ein Viertel der 44-köpfigen zweiten Bundestagsfraktion war bereits Mitglied der ersten Fraktion gewesen. Unter denen, die zum zweiten Mal in den Bundestag gewählt waren, befand sich auch Ludger Volmer. 1986 war er einer der drei Fraktionssprecher/innen. Zwar gab es diese gemäßigte Mehrheit in der neuen Bundestagsfraktion, aber sie konnte sich nicht überall durchsetzen. So unterlag gleich zu Beginn der Wahlperiode der Realo Otto Schily bei der Wahl der Fraktionssprecher/innen gegen den Ökosozialisten Thomas Ebermann knapp mit 20:21. Als bei der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) im Mai 1987 in Duisburg die Wahl des Bundesvorstands anstand, konnte sich der radikale Flügel bei der Besetzung der Sprecherpositionen auf der ganzen Linie durchsetzen. Als Sprecher des Bundesvorstands wurden Jutta Ditzfurth, Regina Michalik und Christian Schmidt gewählt. Christian Schmidt war wie Ludger Volmer Nachrücker in der ersten Bundestagsfraktion gewesen und 1985 einer der Fraktionssprecher.

Seitdem sich Bundesvorstand und Fraktion mit entgegengesetzten Positionen im innerparteilichen Richtungsstreit gegenüberstanden, kam es zu heftigen Fehden zwischen den beiden. Dadurch stand die Handlungsfähigkeit der Partei wiederholt auf dem Spiel, und die Drohung der Parteispaltung lag in der Luft. Bereits einen Monat nach der Wahl zum Bundesvorstand beschloss der Bundeshauptausschuss, 1988 einen Strategie-Kongress ohne Beschlusskompetenz durchzuführen. Das ist der Perspektiv-Kongress, um den es hier geht. Im Mai, als der Beschluss gefasst worden war, war der Streit um das „Müttermanifest“ noch der Hauptkonfliktpunkt. Im Herbst 1987 kam der Streit um die RAF hinzu. Christa Nickels und Antje Vollmer hatten eine Initiative zur Aufarbeitung des „Deutschen Herbstes“ gestartet. Der Bundesvorstand hatte ihre Initiative als ein „Übersoll an deutscher Staatstreue“ kritisiert und stattdessen eine Amnestie der „politischen Gefangenen“ gefordert. Der nächste Konflikt entstand um die Israel-Reise der Bundestagsabgeordneten Otto Schily, Waltraud Schoppe und Dietrich Wetzel. Einen Höhepunkt erreichte der Streit in der Auseinandersetzung um die Höhe der Mindeststrafe bei Vergewaltigung in der Ehe. Drei Wochen vor dem Perspektiv-Kongress publizierte der Bundesvorstand eine Anzeige in der *Frankfurter Rundschau* mit der Überschrift „Die grüne Bundestagsfraktion vertritt die Parteibasis nicht mehr!“

Während des Kongresses äußerte der überwiegende Teil der Parteibasis seinen Unmut über das Gehabe der „Promis“ in der Bundestagsfraktion und über die Flügelkämpfe der Parteiströmungsmatadore in Parteivorstand und Fraktion. Die Strömungen ihrerseits nutzten den Perspektiv-Kongress zu einem Forum der Selbstdarstellung. Das Neue in Bad Godesberg war, dass sich innerhalb der Strö-

mungen Unterströmungen manifestierten. Bad Godesberg war der Ort, wo sich der „Aufbruch 88“ und die „Undogmatischen Linken“, die später „Linkes Forum“ hießen, zum ersten Mal in der Öffentlichkeit präsentierten. Außerdem setzte sich eine Gruppe „Kritische Realos“ von der realpolitischen Mehrheit ab.<sup>1</sup> Der Kongress erschien deshalb vielen als eine weitere Steigerung des innerparteilichen Richtungsstreits. Inhaltliche Schwerpunkte des Kongresses waren die aktuelle Auseinandersetzung um das Strafmaß bei der Verfolgung der Vergewaltigung in der Ehe<sup>2</sup> und die seit langem geführte Diskussion um das Für und Wider einer möglichen Regierungsbeteiligung.

Der damalige Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Hubert Kleinert, analysierte den Kongress aus dem Blickwinkel der verlorenen Bundestagswahl von 1990 als Teil der Selbstblockade der Partei. „In den großen steuer- und gesundheitspolitischen Bundestagsdebatten des Jahres 1988, wo es um weitreichende Strukturreformen in zwei zentralen Politikfeldern ging, vermochten es die Grünen kaum, wahrnehmbare eigene Akzente zu setzen.“ Auch die umweltpolitische Leistungsbilanz der Fraktion sei enttäuschend gewesen.<sup>3</sup> Gegenüber dem Erfordernis, auf der politischen Agenda der Republik mit guten Beiträgen zu glänzen, war der Perspektiv-Kongress in seinen Augen relativ unwichtig. Immerhin, seine Realos, die den Kongress nicht gewollt hatten, hätten sich nicht schlecht verkauft. Zufrieden äußerte sich Jutta Ditfurth in der *Süddeutschen Zeitung*. Der Kongress habe gezeigt, dass die Partei viel radikaler sei, als man glauben könnte, wenn man sich nur an die Medienresonanz der Realos halte.<sup>4</sup>

Die Ausdifferenzierung der Parteiströmungen ist der Gesichtspunkt, aus dem die politikwissenschaftliche Forschung den Perspektiv-Kongress überwiegend analysiert hat. E. Gene Frankland und Donald Schoonmaker haben wie Hubert Kleinert die strömungsbedingte Selbstblockade der Grünen im Auge, wenn sie die Perspektive der neuen Unterströmungen übernehmen. Sie schreiben über das Selbstverständnis der „Undogmatischen Linken“: „From their viewpoint, the Realos and Fundis shared equal blame for the Greens' inability after the mid-1980s to regain the political initiative on major policy issues.“<sup>5</sup> Antje Vollmer, Christa Nickels und Ralf Fücks, die bekanntesten Vertreter des „Aufbruchs 88“, betonten den strömungsüberwindenden Anspruch des Aufbruchs noch entschiedener. Der „Aufbruch 88“ sollte explizit keine neue Strömung sein. Das verhinderte allerdings nicht, dass die strömungspolitisch gelagerte Partei die neuen Manifest-Initiativen<sup>6</sup> sofort als neue Strömungen absorbierte.

1 Vgl. Joachim Raschke: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 910-915 (Chronologie).

2 Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): *Perspektiv-Kongress vom 17.-19. Juni 1988 in Bonn-Bad Godesberg. Teil 2: Diskussion über § 177/178 StGB*, Bonn 1988.

3 Hubert Kleinert: *Aufstieg und Fall der Grünen. Analyse einer alternativen Partei*, Bonn 1992, S. 94.

4 Vgl. ebd., S. 93.

5 E. Gene Frankland und Donald Schoonmaker: *Between Protest and Power. The Green Party in Germany*, Boulder u.a. 1992, S. 140.

6 Im Vorfeld des Kongresses waren die einzelnen Parteiströmungen aufgefordert worden, ihre Positionen als Manifest einzureichen. Daran haben sich aber nicht alle gehalten. Die eingereichten Manifeste wurden in der Wochenzeitung *Die Grünen* veröffentlicht.

Thomas Poguntke bezeichnete die Gewaltfrage und das staatliche Gewaltmonopol einerseits und die Koalitionsfrage andererseits als die beiden Hauptpunkte des Strömungsstreits.<sup>7</sup> Sie sind Fortpflanzungen der Ursprungssituation der Grünen, als die SPD regierende Partei war und Helmut Schmidt als Bundeskanzler für die forcierte Atomenergiepolitik und den NATO-Doppelbeschluss verantwortlich zeichnete. Während der maximalen Eskalation des Terrorismus 1976/77 hielt Schmidt an einer kompromisslosen Politik gegen RAF und RAF-Sympathisanten – und wen er dafür hielt – fest. Ein zweiter Grund für die fortdauernde Gewaltfrage war, dass die Strategie der Bauplatzbesetzung, die an sich 1977 in Brokdorf und Grohnde und danach beim Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens sichtbar gescheitert war, bei den Auseinandersetzungen um die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf wiederaufgelebt war. Ferner waren die Solidaritätsgruppen mit Mittelamerika und Südafrika mit der permanenten Gewalt der Bürgerkriege und der Unterstützung der Diktaturen durch die amerikanische und durch europäische Regierungen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund konnten die prinzipiellen Einwände gegen jede Regierungszusammenarbeit mit der SPD nicht verstummen.

In der Frage des Gewaltmonopols des Staates vertraten die Realos, insbesondere Otto Schily, eine unmissverständliche Position. Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols war für sie eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem wurde in der Bundestagsfraktion eine heiße Diskussion darüber geführt, bei der nicht weniger als der Fortbestand der Fraktion auf dem Spiel stand. Deshalb war Otto Schily über die Initiative von Antje Vollmer und Christa Nickels, dass Staat und Gesellschaft den Deutschen Herbst 1977, d.h. den Terrorismus der RAF einschließlich seiner Ursachen und der staatlichen Bekämpfung des Terrorismus, historisch aufarbeiten müssten, mehr als irritiert. Otto Schily sah hierin eine Relativierung des staatlichen Gewaltmonopols. Der „Aufbruch 88“ betonte außerdem deutlich stärker als die Realos die Ökologie als den Leitbegriff grüner Politik.

Die beiden oben abgedruckten Redeauszüge von Christian Schmidt und Ludger Volmer dokumentieren die Unterschiede innerhalb des radikalen Lagers. Die Parteilinke bestand seit dem Perspektiv-Kongress aus drei Formationen: der vergleichsweise kleinen Gruppe der „Radikalökologen“ um Jutta Ditzfurth, den „Ökosozialisten“ um die Hamburger Thomas Ebermann, Christian Schmidt und Rainer Trampert und den „Undogmatischen Linken“ um Eckhard Stratmann, Jürgen Reents, Ludger Volmer und Frieder Otto Wolf. Die sachlichen Unterschiede zwischen Schmidt und Volmer waren eklatant. Der Bundesvorstandssprecher Christian Schmidt stellte nicht weniger als die Partei als solche zur Disposition. Die Kernaussage seines Redebeitrags lautete, dass der parlamentarische Weg der Grünen sich als Illusion erwiesen habe. Als Wahlbewegung anzutreten und über die Parlamente Veränderungen zu erreichen, habe zu wenige Ergebnisse gezeitigt. Es lag in der Logik seiner Ausführungen, dass, wenn der bisher auf die Regierung ausgeübte Druck nicht ausreichend gewesen war, eben noch stärkerer Druck ausgeübt werden müsse und dass dieser stärkere Druck von außerhalb des Parlaments kommen müsste. Der Weg, den Schmidt wies, führte in die Zeit vor der Parteigründung in Karlsruhe zurück, gewissermaßen zurück auf die Straße.

7 Thomas Poguntke: *Alternative Politics. The German Green Party*, Edinburgh 1993, S. 102-106.

Ludger Volmer brachte den Begriff der „Transformation“ neu ins Spiel und füllte ihn, ohne das auch nur irgendwie zu begründen, mit Inhalten, die Transformation in die Nähe von Rudi Dutschkes „langem Marsch“ brachten. Der Verweis auf Peter Brückner tat ein Übriges, und die Auflösung der Institutionen erinnerte fast schon an die Auflösung des Staates. Mit dem so gewonnenen Begriff sicherte Volmer in einem zweiten Argumentationsschritt die nötige Autonomie der Grünen im Zusammenspiel mit den sozialen Bewegungen, als deren Interessenvertreter er die Grünen auch in solchen Situationen sah, in denen sie nicht vom Druck der Bewegungen getragen sein würden. Die Logik von Volmers Ausführungen unterstrich so die Autonomie der parlamentarischen Partei. Insofern waren sie das Gegenteil von dem, was sein Vorredner Schmidt gesagt hatte.

Seit der in Bad Godesberg zutage getretenen Ausdifferenzierung der Strömungen war ausgeschlossen, dass eine einzelne Strömung alle Positionen als Parteisprecher auf sich vereinigen konnte. Keine für sich war stark genug. Die künftigen Parteisprecher wurden aufgrund von Absprachen zwischen den Flügeln gewählt. Das klappte zunächst einmal schlecht, weil zwischen den 1989 in Duisburg neu gewählten Sprechern Ruth Hammerbacher (Realos) und Ralf Fücks (Aufbruch 88) auf der einen Seite und der radikalen Feministin Verena Krieger auf der anderen die Basis zu einer strömungsübergreifenden Zusammenarbeit fehlte. Seitdem funktioniert die Parteiführung auf der Basis der Zusammenarbeit von Realos, Aufbruch 88 und Linkem Forum, während in der Zeit vor und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten diejenigen, die den parlamentarischen Weg der Grünen nicht mitgehen wollten, ausgeschieden sind.

### **3 Über Bestände im Archiv Grünes Gedächtnis**

## B.II.2 – Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsgruppe 1990-1994

*Eigentlich geht das nicht – die Unterschiede bis hin zur Sprache sind so groß wie die zwischen der Leipziger Oststadt und dem (West-) Berliner KaDeWe. Und was können acht Neulinge aus dem Osten im routinierten Bonner Polit-Prof-Betrieb schon ausrichten?<sup>1</sup>*

Das obige Zitat von Reinhard Weißhuhn beschreibt die Stimmung unter den Bürgerbewegten 1990 recht treffend. Die schnelle deutsche Vereinigung war nicht das Ziel, für das die Bürgerbewegungen sich politisch einsetzten. So standen sie der Möglichkeit, sich parlamentarisch einzumischen, erst einmal eher skeptisch gegenüber.

Am 2. Dezember 1990, dem Tag der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl, stellen sich die ostdeutschen Bürgerbewegungen Neues Forum (NF), Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), Demokratie Jetzt (DJ), Grüne Partei und Unabhängiger Frauenverband (UFV) als Listenverbindung „Die Grünen/Bündnis 90-BürgerInnenbewegungen“ zur Wahl. Sie erhalten im Wahlgebiet Ost 6,1 % der Stimmen. Damit ziehen Gerd Poppe (IFM), Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß (DJ), Ingrid Köppe und Werner Schulz (NF), Vera Lengsfeld und Klaus-Dieter Feige (Grüne Partei) sowie Christina Schenk (UFV) ins deutsche Parlament ein.

Die Aktenüberlieferung dieser Abgeordneten gibt Antwort auf die eingangs im Zitat von Reinhard Weißhuhn zur Sprache gebrachte Skepsis eines Erfolgs der Bürgerbewegungen im westdeutschen Parlament. Der Bestand „B.II.2 – Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsgruppe 1990–1994“ dokumentiert die „bewegte“ Zeit nach dem Fall der Mauer und die Arbeit der acht Vertreterinnen und Vertreter der ostdeutschen Bürgerbewegungen im Bonner Parlament.

Trotz der „Selbstgefälligkeit und geistigen Trägheit der Parlamentsmehrheit“<sup>2</sup> gelingt es den Neulingen, sich den noch funktionierenden Apparat der ehemaligen Grünen Bundestagsfraktion zunutze zu machen und zahlreiche parlamentarische Initiativen auf den Weg zu bringen. Diese verdeutlichen, dass sie die Aufgabe der ostdeutschen Interessenvertretung wahrnehmen, zeigen aber auch, dass sie die Ideen der westdeutschen Grünen in einigen Politikfeldern aufnehmen und weiterentwickeln. Der Versuch der Umsetzung bürgerbewegter Ziele lässt sich u.a. in den parlamentarischen Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur oder im Stasi-Unterlagengesetz erkennen. Letzteres regelt die Aufbewahrung und den Zugang zu den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, ein Anliegen, das vielen von dieser Behörde bespitzelten DDR-Oppositionellen sehr am Herzen liegt und das bereits am Zentralen Runden Tisch der DDR diskutiert wurde. Die Fortführung der Politik der Grünen belegen z.B. die Initiativen zur doppelten

1 Reinhard Weißhuhn in der Zeitschrift *Bündnis 2000*, Nr. 2/90, S. 8, über die Zusammenarbeit von Bündnis 90 und Die Grünen.

2 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag: *Das blaue Wunder: Unsere Politik von 1990-94*, S. 5.

Staatsbürgerschaft, zum Asylrecht und eine neue Einwanderungspolitik, die das Ausländergesetz von 1990 aufhob.

In anderen parlamentarischen Initiativen kommen Anliegen von Bürgerbewegung und westdeutschen Grünen zusammen. Genannt sei hier die Forderung nach Abschaffung des Paragraphen 218 und die Durchsetzung einer selbstbestimmten Regelung im Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen. Hier treffen sich die Anliegen des UFV, nicht hinter die Praxis in der DDR zurückzufallen, und die langjährigen parlamentarischen Versuche der Grünen.

Die Bundestagsgruppe bringt ebenfalls eine Reihe parlamentarischer Initiativen mit sozialen und arbeitsrechtlichen Anliegen ein, die im Zuge der deutschen Vereinigung zu wichtigen Anliegen der Bürgerbewegung Ostdeutschlands werden. So erscheint die Fülle von Anträgen an einigen Stellen eher als Versuch zur Schadensbegrenzung. Sie zeigen den doch sehr begrenzten parlamentarischen Spielraum nach dem 3. Oktober 1990 auf. Anstelle innovativer Ideen müssen erst Grundbedürfnisse, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland gesichert werden, da hier die bisherigen sozialen Absicherungen wegbrechen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Intentionen der einzelnen Bürgerbewegungen, die hier in der Bundestagsgruppe zusammentreffen, oft weit auseinanderklaffen. Augenfällig wird dies in verschiedenen Protokollen der Gruppensitzungen. Neben sachlichen werden auch persönliche Auseinandersetzungen geführt.

Der Versuch, sich mit der außerparlamentarischen Arbeit der Bürgerbewegung abzustimmen, scheint unter dem enormen Zeit- und Arbeitsdruck der Abgeordneten kaum mehr möglich zu sein. Dennoch ist in der parlamentarischen Arbeit der Bundestagsgruppe die Handschrift der Bürgerbewegungen deutlich erkennbar. Im Grundkonsens der Bürgerbewegung Bündnis 90 finden sich viele der Initiativen wieder. Dort lassen sich die Forderungen nach mehr Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Schutz der Minderheiten, Unantastbarkeit des Asylrechts, Aufklärung und Ahndung der Straftaten der SED-Herrschaft, rechtsstaatlicher Regulierung der Marktwirtschaft u.v.a.m. nachlesen.<sup>3</sup> Mit der Vereinigung von Bündnis 90 und den Grünen ist der Eintritt in die repräsentative Parteiendemokratie verbunden und die Bürgerbewegung selbst zum Scheitern verurteilt. Überlebt haben Einzelpersonen aus der Bewegung mit ihren Vorstellungen und Zielen. In diesem Zusammenhang steht auch die kontroverse Diskussion um den Assoziationsprozess. Diese wie auch die persönlichen politischen Schwerpunktsetzungen der acht Abgeordneten spiegeln sich in den Unterlagen wider.

Der 24,6 laufende Meter umfassende Aktenbestand der Bundestagsgruppe setzt sich aus Unterlagen der Fraktionsgeschäftsführung (FGF), der Parlamentarischen Geschäftsführung (PGF), der Arbeitskreise und Referate der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen zusammen. Er beinhaltet nicht die Unterlagen der einzelnen Abgeordnetenbüros selbst. Die Unterlagen der FGF sind nach einem Aktenplan geordnet übergeben worden. Sämtliche Beschlüsse des Gruppenvorstands sind über die Unterlagen und Protokolle in der Ablage der FGF recherchierbar. Über die Akten der PGF sind die parlamentarischen Vorstöße der Bundestagsgruppe dokumentiert, die in den Sitzungswochen behandelt werden, aber auch Initiativen, die von den

3 Grundkonsens der Bürgerbewegung Bündnis 90, in: *Bündnis 2000*, Nr. 21, 1991

Bündnisgrünen favorisiert werden, zu denen aber keine Beratung im Bundestag zustande kommt. Aus dem „Arbeitskreis 1 – Wirtschaft, Ökologie, Arbeit und Soziales“ sind die Unterlagen der Programmkommission Wirtschaft und Ökologie zu nennen, die den gesamten Entstehungsprozess zum entsprechenden Kapitel des Bundestagswahlprogramms 1994 nachvollziehen lassen.



Abb. 10: Die Abgeordneten der Bundestagsgruppe vor den Räumen der Fraktion im Bonner Rheinweg, ca. 1992.

Mit dem „Arbeitskreis 3 – Innen und Recht“ sind die Bemühungen um die Regelung des Umgangs mit den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit überliefert. Sehr deutlich wird hier die beharrliche politische Arbeit von Ingrid Köppe.

Die politischen Aktivitäten zur Neuregelung der Asylgesetzgebung, insbesondere dem individuellen Grundrecht auf Asyl, und der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit den einzelnen Ausarbeitungen sind im Referat „Einwanderungs- und Asylpolitik“ angesiedelt. In diesen Unterlagen aber auch in den Akten des Referats „Entwicklungspolitik“ wird die Arbeit von Konrad Weiß als asylpolitischem Sprecher und Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit sichtbar.

Die Initiativen im außenpolitischen Bereich, etwa die zum Balkankonflikt, sind dagegen kaum belegt. Grund hierfür sind die fehlenden Unterlagen aus dem „Arbeitskreis 2 – Friedenspolitik, Auswärtiges, Wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Dennoch sind einige Unterlagen zum Balkankonflikt und den Hilfsaktionen im Kosovo über Sachakten der Fraktionsgeschäftsführung, der Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle sowie den Vorbereitungen der Schwerpunktthemen zu den Sitzungswochen in der Ablage der Parlamentarischen Geschäftsführung nachlesbar.



# Grünes Bulletin

## DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG informieren:

### Gezählt wird nicht!

#### Hundert Millionen DM verschleudert

Die geplante Volkszählung gerät zu einer Rieserblamage für die amtierende Bundesregierung. Weit über hundert Millionen DM sind nach Auskunft der Regierung bislang schon in die Volkszählung gesteckt worden. Schon in Auftrag gegebene Zeitungsanzeigen, Plastikbüten-Werbung und andere „Volksaufklärungsmaßnahmen“ erwiesen sich nun als voreilig. Nach Ansicht der GRÜNEN IM BUNDESTAG entpuppte sich die „Aufklärung“ der Bürger als erstklassige Volksverdümmung. Die grenzenlose Überheblichkeit der Betreiber würde durch die Verschiebung des Bundesverfassungsgerichtes in grenzenloses Erstaunen verwandelt. Die gigantische Werbekampagne, die die Verfassungskonformität des Volkszählungsgesetzes unter Beweis stellen sollte, erwies sich als wertlos, aber sündteuer für den Steuerzahler.

#### Verfassungsfeinde — Verfassungsfremde — Verfassungsfreunde

In den vergangenen Wochen und Monaten wurde im Zusammenhang mit der Diskussion um die für den 27. April 1983 vorgesehene Volkszählung den Gegnern dieser vom Staat geplanten Maßnahme häufig der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit gemacht, insbesondere diejenigen, die, wie zahlreiche regionale Initiativen und DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG zum Boykott der Volksabstimmung aufrufen, mußten sich zum Beispiel vom Bundesinnenminister Zimmermann den Vorwurf gefallen lassen, in Wahrheit ginge es ihnen bei ihren Aktivitäten um „Angriffe auf den demokratischen Rechtsstaat“. Der inzwischen zum Bundestagsabgeordneten der CDU gewählte Freiherr von Heereman überraschte die Öffentlichkeit während des Wahlkampfes mit einer spezifischen Version: Im Gegensatz zu den GRÜNEN, die einen Volksaufstand gegen die Volkszählung wollten, sei er, Heereman, der Auffassung, „daß wir sie brauchen, um festzustellen, wo die Feinde unserer Republik stecken“.

Fortsetzung Seite 8



EIN TRANSPARENT mit der Aufschrift „Herr Kohl! Unterstützung der USA in Nicaragua heißt Mitschuld am Tod Albrecht Pflaums!“ entrollten Petra Kelly (vorne rechts) und Gaby Gotwald, um auf die Ermordung des deutschen Entwicklungshelfers durch rechtsgerichtete Truppen hinzuweisen. Die Herren auf der Regierungsbank legen eine unfreiwillige Schweigeminute ein. (Bild: ap)

#### In dieser Ausgabe:

- |                                      |   |                             |    |
|--------------------------------------|---|-----------------------------|----|
| ● Debatte um die Regierungserklärung | 3 | ● Erklärung zur Stahlikrise | 11 |
| ● Seveso-Giftmüllskandal             | 9 | ● Organisationsplan         | 13 |

Abb. 11: Gabriele Gottwald und Petra Kelly (vorne rechts im Bild) bei ihrer „Störaktion“ im Bundestag 1983. Aus *Grünes Bulletin*, Mai 1983

## **Zum Verhältnis von Internationaler Solidaritätsbewegung und Parlamentarismus – das Depositum von Gabriele Gottwald im Archiv Grünes Gedächtnis**

Am 4.5.1983 gehen Gabriele Gottwald und Petra Kelly im Deutschen Bundestag zum Rednerpult und entrollen direkt vor Helmut Kohl, der gerade in der Debatte über seine Regierungserklärung das Wort ergriffen hat, ein ca. 1,5 x 3 Meter großes rotes Stofftransparent, auf dem sie ihn persönlich anklagen, Erfüllungsgehilfe der US-amerikanischen Nicaragua-Politik zu sein. Sie stören damit absichtlich den gewohnt ordentlichen und unaufgeregten Ablauf einer Regierungserklärung und erzwingen eine Schweigeminute.

Wie konnte es zu dieser unerhörten Aktion im Deutschen Bundestag kommen? Nachdem den Grünen im März 1983 zum ersten Mal der Einzug in den Bundestag gelungen war, machten sie mit dieser Aktion direkt in der Debatte über die Regierungserklärung der CDU/FDP-Koalition deutlich, dass sich ihr außenpolitisches Verständnis grundlegend von dem der Bundesregierung unterschied. Sie wollten die Interessen des Südens im Norden vertreten und sich für die Durchsetzung von Menschenrechten, Selbstbestimmung und Emanzipation engagieren.<sup>1</sup> Ihr Verständnis von praktischer Solidaritätsarbeit umfasste die Organisation und Durchführung von Delegationsreisen zum Meinungsaustausch, von Einladungen an Befreiungsbewegungen und Initiativen aus der mittelamerikanischen Region nach Europa, von Informationsveranstaltungen und das Einbringen parlamentarischer Initiativen im Bundestag. Die „Störaktion“ von Gabriele Gottwald und Petra Kelly sollte die Verstrickungen der Bundesregierung in die militärische Interventionspolitik der USA gegen Nicaragua entlarven. Sie kritisierten die Einmischungspolitik der USA, die Mittelamerika als Süddimension des Ost-West-Konflikts behandelten, und machten auf die Beteiligung konservativer Kräfte an dieser Politik in der BRD aufmerksam.

Die Aktion machte auch das besondere Verhältnis der jungen Bundestagsfraktion zur kritischen Dritte-Welt-Bewegung sichtbar. Die Grünen waren 1983 eine „Bewegungspartei“<sup>2</sup>, die mit den sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre, u.a. der Internationalen Solidaritätsbewegung, in enger Beziehung stand. Gabriele Gottwald war eine Vertreterin dieser Politik. Sie kam 1983 über die offene Liste der nordrhein-westfälischen Grünen in den Bundestag. Ihre politische Arbeit dort verstand sie als Fortführung ihrer Solidaritätsarbeit auf der parlamentarischen Bühne, mit der sie der kritischen Dritte-Welt-Bewegung eine neue Öffentlichkeit verschaffte. Ihr Engagement für Mittelamerika und besonders Chile setzte sie fort, nachdem sie 1985 aufgrund des Rotationsprinzips ihr Mandat niedergelegt hatte. Von 1985 bis 1987 war sie Fraktionsmitarbeiterin, danach ging sie nach Hamburg, wurde Vorstandsmitglied der GAL und engagierte sich weiterhin in der Solidaritätsbewegung für Lateinamerika.

1 Vgl. Ludger Volmer: *Die Grünen und die Außenpolitik, ein schwieriges Verhältnis*, Münster 1998, S. 25ff.

2 Vgl. Joachim Raschke: *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, S. 499ff.

Das bei der „Störaktion“ im Bundestag eingesetzte Transparent wurde dem Archiv Grünes Gedächtnis zusammen mit weiteren Dokumenten von Gabriele Gottwald im Jahr 2002 übergeben. Die Materialien dokumentieren Inhalte und Stil ihrer journalistischen und politischen Arbeit von 1983 bis 1992 und zeichnen das Bild einer engagierten Politikerin, deren Arbeitsstil ernsthaft kritisch, provozierend und karikierend sein konnte. Das Depositum enthält Typoskripte von Artikeln für die *tageszeitung (taz)*, für die sie als Redakteurin arbeitete, für *Konkret*, die *Lateinamerika Nachrichten*, die *Blätter des iz3w* (Informationszentrum Dritte Welt) und die *Kommune*. Darüber hinaus finden sich Materialien aus ihrer journalistischen Arbeit im „AutorInnenkollektiv CoCo-Piranhas“ und Dokumente aus ihrer Mitarbeit im Team der satirischen Sendereihe „Sticky Fingers. Das Magazin für den gestandenen Mann und die gefallene Frau“, die im *OK Hamburg* 1987 gesendet wurde.

Reisetagebücher von internationalen Delegationsreisen, z.B. zur Wahlbeobachtung nach Nicaragua, Schriftverkehr mit Initiativen der Solidaritätsbewegung wie dem Informationsbüro Nicaragua aus Wuppertal und der Kommission für Menschenrechte in Chile, Fotos von journalistischen Recherchen, eine deutsch- und spanischsprachige Zeitungs- und Zeitschriftensammlung, Unterlagen aus ihrer Arbeit im Landesvorstand der GAL und ihrer vierjährigen Bundestagstätigkeit runden die Sammlung ab.

Im Bundestag erarbeitete sie federführend „Kleine Anfragen“ zur Lage in Mittelamerika, zur Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung dort, zur Invasion der Vereinigten Staaten auf Grenada und zu deutschen Rüstungsexporten nach Chile. Als Obfrau der Grünen im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit formulierte sie kritische Stellungnahmen und Entschließungsanträge zur Entwicklungshilfepolitik der BRD, die autoritäre Regime in Mittelamerika mitfinanzierte, während sie gleichzeitig ihre Entwicklungshilfe für Nicaragua aussetzte. Für das Zentralamerika-Hearing der Fraktion im März 1984 konzipierte sie Vorschläge zur Befriedung der Region, die über die bis dahin praktizierte reine Unterstützungspolitik der Grünen hinausgingen. Umfangreich dokumentiert ist ihre Auseinandersetzung mit der Bildungsarbeit der Hanns-Seidel- und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mittelamerika. Schriftverkehr des Vergaberates des Internationalen Solidaritätsfonds der Grünen, in dem Gabriele Gottwald für die Bundestagsfraktion Mitglied war, runden das Bild ihrer politischen Arbeit im Bundestag ab.

Das Depositum von Gabriele Gottwald sichert die Überlieferung der Frühphase der Mittel- und Lateinamerikapolitik der Grünen und macht deren enge Verzahnung mit der Internationalen Solidaritätsbewegung deutlich.

## **4 Archivprojekte**

## Von der Arbeit des Netzwerks der Bewegungsarchive

Seit Anfang 2003 treffen sich auf Initiative des Archivs Grünes Gedächtnis freie Archive, Bibliotheken und Dokumentationsstellen regelmäßig, um über Lage und Perspektive freier Archive in der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren und ihre Sachkompetenz im Umgang mit den eigenen Dokumenten zu erweitern. Auf der Agenda der in zweijährlichem Turnus stattfindenden Workshops des Netzwerks stehen also Fragen der Professionalisierung, der Intensivierung und Verstetigung von Zusammenarbeit und damit verbunden die Verbesserung der öffentlichen Präsenz und Wahrnehmung. Denn schließlich bewahren die freien Archive Materialien, die eine wesentliche Facette der jüngsten bundesrepublikanischen Geschichte überliefern und nur vor Ort in den Archiven an originalen Dokumenten erforscht werden können. Teilnehmer der Treffen sind freie Archive der Frauen-, Friedens-, Ökologie- und Alternativbewegung, der Bürgerbewegung der DDR und Geschichtsinitiativen.

Im Februar 2003 fand der 1. gemeinsame Workshop statt, der einer Art Bestandsaufnahme gewidmet war. Allgemein beklagt wurde das Fehlen einer Handreichung für die alltägliche Arbeit mit Archivalien und Bibliotheksgut, die die archivfachlichen Standards den Möglichkeiten der kleinen Archive angepasst beschreibt. Mit der „Praktischen Handreichung für Bewegungsarchive“<sup>1</sup>, dem ersten Produkt der Kooperation des Netzwerks, wird diesem Wunsch nachgekommen. Sie versteht sich als Werkzeug für Engagierte in freien Archiven, die weder ideale räumliche und finanzielle Arbeitsbedingung vorfinden noch einschlägige Fachausbildungen haben und daher Hilfestellung beim Aufbau von stimmigen Schlagwortkatalogen, beim Umgang mit Grauer Literatur, Zeitschriften, Flugblättern, Fotos, Plakaten und anderen Hinterlassenschaften politischer Aktionen und Kampagnen benötigen. Handreichungen für klassische Archive bieten hier zumeist keine Hilfe, denn Protestbewegungen produzieren nun einmal in der Regel keine klassischen Akten, und ihre Veröffentlichungen sind zumeist keine ordentlichen Verlagspublikationen. Ihre Dokumente müssen aber dennoch fachlich richtig und zu realisierbaren Standards gelagert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Handreichung ist eine Antwort auf diese speziellen Anforderungen. Sie steht seit Anfang 2004 zum Download online zur Verfügung.

Die Verständigung über die „Bedeutung von Produkten von Archivarbeit für Bewegungsarchive“<sup>2</sup> war Thema des 2. gemeinsamen Workshops. Den schwierigen Arbeitsbedingungen zum Trotz erstellen fast alle Bewegungsarchive Ausstellungen und Kataloge, Datenbanken (z.T. als Online-Kataloge), Webportale und thematische

1 Die „Praktische Handreichung für Bewegungsarchive“ ist das Ergebnis einer Anregung des 1. Workshops der Bewegungsarchive, der im Februar 2003 im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin stattfand. Es nahmen rund 70 Archivarinnen und Archivare aus 40 freien Archiven teil.

2 Zum 2. Workshop, der im Juni 2005 durchgeführt wurde, kamen rund 40 Archivarinnen und Archivare.

Websites, Foto- und Plakatinventare auf CD, Zeitschriften und Publikationsreihen. Diese „Produkte von Archivarbeit“, die weit über die archivischen Kernaufgaben – Bewahren und Bewerten, Verzeichnen und Bereitstellen – hinausgehen, erhalten zunehmend wichtige Funktionen. Sie wirken in die politische Szene, der das Archiv verbunden ist. Sie zielen auf eine weitere politisch, zeitgeschichtlich und fachlich interessierte Öffentlichkeit. Und sie wirken in die Archive zurück, die gelegentlich für öffentlichkeitswirksame Projekte Förderungen bekommen. So kann projektbezogen aus ehrenamtlicher hauptamtliche Arbeit werden oder qualifiziertes Personal eingestellt werden, das die archivischen Kernaufgaben mit bearbeitet.

So hoch der Stellenwert von Archivproduktionen für die Innen- wie Außenwirkung auch ist, so mangelt es zur Zeit an Realisierungschancen. Die öffentlichen Töpfe sind nahezu ausgeschöpft. Nur in Nischen werden ab und an noch Gelder entdeckt. Öffentliche Projektfinanzierung setzt Mittel zur Kofinanzierung durch die beantragenden Archive voraus, die diese kaum noch aufbringen können. Und Finanzierungen über private Geldgeber oder Stiftungen haben in der Bundesrepublik bisher wenig Tradition.

In dieser für viele Bewegungsarchive existentiell bedrohlichen Situation bietet das Netzwerk den Austausch über Fachfragen und persönliche Kontakte an. Es kann neue Perspektiven erarbeiten bzw. aufzeigen, weil es bisher das einzige Netz ist, in dem Archive unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung zusammenarbeiten. Sowohl die Archivverbände der Frauen- und Lesbenarchive, der Dritte-Welt-Solidaritätsbewegung und der Umweltbibliotheken, der Bürgerbewegung der DDR, der Geschichtswerkstätten und Friedensbewegung treffen sich hier. Somit ist das Netzwerk der Bewegungsarchive das einzige Forum, in dem gemeinsam an der Professionalisierung gearbeitet und ein Austausch über Selbstverständnis und Perspektiven freier Archive geführt wird.

Mit einem Workshop zu den Aufgaben von Bewegungsarchiven im digitalen Zeitalter setzt das Netzwerk im Juni 2007 seine Arbeit fort.

Download der „Praktischen Handreichung für Bewegungsarchive“:

[http://www.boell.de/de/13\\_archiv/3224.html](http://www.boell.de/de/13_archiv/3224.html)

[www.ffbiz.de](http://www.ffbiz.de)

[www.ub.uni-duisburg.de/afas/afas\\_hom.htm](http://www.ub.uni-duisburg.de/afas/afas_hom.htm)

## DER PARLAMENTARISCHE ARM DER FRIEDENS- UND UMWELTBEWEGUNG. DIE GRÜNEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG 1983–1987

Als der 10. Deutsche Bundestag am 29. März 1983 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, wurde damit nicht nur aus grüner Sicht „eine neue Seite in der parlamentarischen Geschichte der Bundesrepublik aufgeschlagen“<sup>1</sup>. Nach den vorangegangenen Erfolgen in mehreren Landtagswahlen manifestierte der mit 5,6 Prozent der Zweitstimmen denkbar knappe Einzug der GRÜNEN ins Bonner Parlament nun auch auf Bundesebene die „tiefgreifendste Veränderung, die sich im bundesdeutschen Parteiensystem seit den 1950er Jahren vollzog“<sup>2</sup>. Die kleine Fraktion aus 58 „Mandatsträgern“, genauer gesagt 28 gewählten Bundestagsabgeordneten, derselben Zahl von Nachrückerinnen und Nachrückern und je einem Landesvertreter aus Bremen und dem Saarland (also den Bundesländern, in welchen die Partei bei der Bundestagswahl keine Listenmandate erhalten hatte), hatte sich fortan auf dem parlamentarischen Parkett zu behaupten. Von den Altparteien vielfach übergangen, mussten die Debütanten ihre Rechte als Abgeordnete und als Fraktion immer wieder und mit unterschiedlichem Erfolg bei Redezeiten und Gremienbesetzungen einfordern. Darüber hinaus legten die Neankömmlinge einen beachtlichen, aber auch kräftezehrenden Aktivismus an den Tag: Annähernd 50 Prozent der Großen und über 80 Prozent der Kleinen Anfragen in der 10. Wahlperiode gingen ebenso auf die grünen Volksvertreter zurück wie der mit 30 Prozent überproportionale Anteil an den aus der Mitte des Bundestages eingebrachten Gesetzesinitiativen.<sup>3</sup> Diese Anstrengungen führten dazu, dass die Fraktion „als parlamentarischer Arm der Bewegung“<sup>4</sup> in kurzer Zeit zu einem Zentrum grüner Politik und ihrer programmatischen und strukturellen Weiterentwicklung wurde.

- 1 Abg. Dieter Burgmann (GRÜNE), Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 10. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 124, S. 14.
- 2 Andreas Wirsching: *Abschied vom Provisorium 1982-1990* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6), München 2006, S. 117.
- 3 Zu den parlamentarischen Aktivitäten der GRÜNEN vgl. Peter Schindler: *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999*, Bd. II, Baden-Baden 1999, S. 2390-2393, 2640-2644, 2646, 2706, 2713-2720.
- 4 Diese Eigeneinschätzung taucht mehrfach in den Quellen auf: Bericht zur Lage der Fraktion vom März 1984 (Beitrag Petra Kelly), AGG, B.II.1, 3083; Antrag für die Sitzung des AK III am 25.6.84 zur Weiterbefassung durch die Fraktion (Henning Schierholz), AGG, B.II.1, 5323; Wege zum Umbau der Industriegesellschaft. Zur Strategie der Grünen Bundestagsfraktion in der Umweltpolitik (Arnim von Gleich), ebd. Die Formulierung ähnelte dem NS-Sprachgebrauch, vgl. das Vorwort von Heinrich Himmler: *Der Reichstag 1930. Das sterbende System und der Nationalsozialismus*, München 1931, S. 3. Schon die kritische Distanz von Teilen der grünen Fraktion zum Parlamentarismus hatte Vergleiche mit dem Nationalsozialismus hervorgerufen, vgl. hierzu die Parlamentarismusdebatte in der Fraktionssitzung vom 18.9.1984, AGG, B.II.1, 5323, sowie die Fraktionssondersitzung zum Faschismus-Vorwurf gegen die GRÜNEN vom 3.12.1984, AGG, B.II.1, 2776. Zum Antiparlamentarismus der NSDAP vgl. Martin Döring: *Parlamentarischer Arm der Bewegung. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 130), Düsseldorf 2001, S. 25–36.



Abb. 12: Das Feminat 1984:  
v.l.n.r.: Christa Nickels, Annemarie  
Borgmann, Heidemarie Dann,  
Waltraud Schoppe, Antje Vollmer,  
Erika Hickel. Aus *Grünes Bulletin*,  
März 1984

In enger Kooperation mit dem Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) der Heinrich-Böll-Stiftung bereitet die „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ (KGParl)<sup>5</sup> seit Mitte 2003 eine Veröffentlichung ausgewählter Sitzungsunterlagen der Bundestagsfraktion vor. Damit wird ein für die neuere Parlamentsgeschichte der Bundesrepublik maßgeblicher Quellenbestand der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung in gedruckter Form zugänglich gemacht. Gefördert wird das ambitionierte Editionsprojekt, welches 2007 publiziert werden soll, durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, aber auch die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt das Projekt finanziell. Nach einer Analyse der Mitglieder- und Sozialstruktur der Partei betreibt die KGParl damit zum zweiten Mal Grundlagenforschung zu den GRÜNEN.<sup>6</sup> Sie betritt nicht nur durch die, verglichen mit anderen Quelleneditionen, zeitnahe Herausgabe der Dokumente wissenschaftliches Neuland: Ziel ist es, wesentliche Politikbereiche der Fraktion, ihre parlamentarische Professionalisierung sowie in Grundzügen ihre Gesamtgeschichte offenzulegen. Hierfür wurden alle überlieferten Sitzungsprotokolle

<sup>5</sup> Vgl. [www.kgparl.de](http://www.kgparl.de)

<sup>6</sup> Vgl. Josef Boyer/Till Kössler (Bearb.): *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teilband IV: SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990* (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 12), Düsseldorf 2005.

der Gesamtfraktion, des Fraktionsvorstandes (nach seinem Sitzungsrhythmus auch „Montagskabinett“<sup>7</sup> genannt), des erweiterten Fraktionsvorstandes sowie weiterer fraktionsnaher Gremien gesichtet. In intensiver Recherchearbeit wurde damit erstmals ein Gesamtüberblick über die nachweisbar abgehaltenen Sitzungen gewonnen und verzeichnet. Ungeachtet größerer Überlieferungslücken machten die uneinheitliche historische Aussagekraft und vor allem der Umfang des vorhandenen Quellenmaterials eine Auswahledition unumgänglich.

Aufnahme in die Edition fanden neben Protokollen der Fraktion und ihres Vorstandes auch Dokumente, die einen engen inhaltlichen Bezug zur jeweiligen Sitzung besitzen, also beispielsweise Positionspapiere, Anträge, Gesetzentwürfe, Beschwerden oder Anfragen von fraktionsinternen wie externen Akteuren. Diese Kontextualisierung in zusammenhängenden Dokumentengruppen wird durch klärende Anmerkungen in der Edition ergänzt. Personen, die nach grüner Manier zumeist nur mit dem Vornamen in den Dokumenten verzeichnet sind, werden für den Benutzer durchgängig mit dem Familiennamen identifiziert. Ausgewählte Politikfelder wie die Nachrüstungsdebatte, die Frage der Atomkraft, die Themen Waldsterben und Entgiftungsprogramm für den kontinuierlich dominierenden Umweltbereich, Frauen- und Asylpolitik, aber auch grüne Deutschlandpolitik zeigen exemplarisch und über den gesamten Zeitraum der Legislaturperiode hinweg die Beschäftigung der Fraktion mit bestimmten Sachthemen. Damit ergibt sich auch bei der notwendigen Beschränkung auf eine Quellenauswahl ein dichtes Bild von den Tätigkeitsfeldern der ersten grünen Bundestagsfraktion, ihrem Verhältnis zu Parteiorganen und Parteibasis, ihrer Rolle im Beziehungsgeflecht der Neuen Sozialen Bewegungen sowie ihrer Binnenstruktur.

Der schwierigen Entstehungsgeschichte der Partei entsprach auch die Heterogenität der Fraktion, in der sich viele verschiedene, kaum vereinbare politische Richtungen unter einem Dach trafen.<sup>8</sup> Immer wieder kreiste die Fraktion daher in ihrer Anfangsphase um sich selbst, was Zeit und Energie für inhaltliche Politik und Strategien reduzierte. Vor allem die „tickende Bombe“<sup>9</sup> der Rotation, also das Ersetzen der Bundestagsabgeordneten durch die Nachrückerinnen und Nachrücker in der Mitte der Legislaturperiode, brachte erhebliche Sprengkraft in die Fraktion. Zwar hatte der Sindelfinger Parteitag am 16. Januar 1983 die Rotation beschlossen, gleichzeitig jedoch eine Ausnahme von dieser Regel vorgesehen, falls 70 Prozent der Delegierten eines Landesverbandes der Verlängerung eines Abgeordnetenmandats zustimmten.<sup>10</sup> Diese Möglichkeit, die Rotation zu umgehen, führte zu scharfen Debatten zwischen ihren Befürwortern und Gegnern und brachte permanente Unruhe in die Fraktion: „Die Sindelfinger Beschlüsse sind ein ziemlich teuflisches Werk, ein schlimmer Doppelbeschluss – der erste Teil macht den Abgeordneten Angst, der zweite Teil den Nachrückern/innen. Und diese Leute sperrt man dann zusammen und läßt sie monatelang aufeinander einwirken.“<sup>11</sup>

7 Gedächtnisprotokoll des Treffens der Mitarbeiter/innen vom 5.10.1983, AGG, B.II.1, 2321.

8 Deutlich wird dies beispielsweise bei der Suche nach politischen Schwerpunktthemen in der Fraktions-Klausur vom 10./11. Januar 1984, AGG, B.II.1, 5319.

9 Fraktionssitzung vom 21.2.1984, 2. Teil, AGG, B.II.1, 5320.

10 Vgl. Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung DIE GRÜNEN am 16. Januar 1983 in Sindelfingen zu Rotation, Diäten und Basisanbindung der grünen Bundestagsabgeordneten und ihren Nachrückern/Nachrückerinnen, AGG, B.I.1, 542.

11 Fraktionssitzung vom 10. Juli 1984 (Roland Vogt), AGG, B.I.1, 1404.

Doch auch weitere, tendenziell „hausgemachte“ Konflikte beanspruchten extrem viel Zeit. Die Einrichtung von bundesweit etwa 40 Regionalbüros als „Bürger- und Basisbüros“ sowie der Aufbau von Bundesarbeitsgemeinschaften als offenen Expertenforen zu bestimmten Politikfeldern erwiesen sich als nicht minder problembehaftet. Zu den fraktionsinternen Reibungsverlusten und den Divergenzen mit den Parteiorganen Bundesvorstand und Bundeshauptausschuss traten oftmals langwierige Auseinandersetzungen mit dem Bundesrechnungshof über die finanzielle Ausstattung. Die juristisch heikle Quersubventionierung ins grüne Milieu, insbesondere die Einrichtung eines Öko-Fonds zur Förderung grün-alternativer Projekte, in den die Abgeordneten zwei Drittel ihrer Aufwandsentschädigung für Sachmittel zahlten, stieß auch innerhalb der Fraktion auf Widerstand. Die Finanzierung externer politischer Akteure und Aktionen gehörte zu den expliziten Kritikpunkten, die Gert Bastian am 9. Februar 1984 zum Austritt veranlassten, ging sie seiner Ansicht nach doch all zu sehr zu Lasten einer notwendigen Qualitätsverbesserung der Abgeordnetentätigkeit.<sup>12</sup> Dabei hatte die Arbeit der Fraktion zu diesem Zeitpunkt bereits eine deutlich spürbare Professionalisierung mit der Übernahme der Fraktionsgeschäftsführung durch Michael Vesper am 1. September 1983 erfahren, welche sich nicht zuletzt auch in der Qualität der Protokollführung niederschlug. Sieben Jahre lang leitete er fortan den „Betrieb“ Fraktion mit seinen 75 Mitarbeitern und einem Jahresetat von mehr als 7 Millionen DM.<sup>13</sup>

Immer wieder versuchte die kleinste Oppositionsfraktion durch symbolische Aktionen, Teilnahme an den verschiedensten Artikulationsformen der Neuen Sozialen Bewegungen und neue Politikformen wie etwa Hearings öffentlichkeitswirksam auf sich und ihre Ziele aufmerksam zu machen. Dies erforderte einen großen persönlichen Einsatz, so dass die hohe Arbeitsbelastung und die notwendige Anpassung an den Parlamentsapparat kontinuierlich beklagt wurden. Eine unterhaltsame Facette im Rahmen dieses Aktionismus bildet die Diskussion über mögliche Spermaproben der männlichen Fraktionsmitglieder, um auf diesem Wege des Selbstversuchs Umweltgifte im menschlichen Körper nachzuweisen.<sup>14</sup> Offenkundig scheiterte diese „Aktion zur Demonstration eines politischen Inhaltes“ (Michael Vesper) allein an der geringen Fraktionsstärke, da die Untersuchungsgruppe als zu klein empfunden wurde. Gleichzeitig führten die außerparlamentarischen Protestformen jedoch auch zu weitverzweigten Verantwortlichkeiten der Fraktion jenseits sonst üblicher Außengrenzen einer Bundestagsfraktion. Dies zeigt sich beispielsweise in der Gewährung einer Prozesskostenhilfe der Fraktion für „die 20 Mitarbeiter/innen und 6 Nachrücker, die am 22.11.83 während der Stationierungsdebatte auf dem Weg zum Mittagessen festgenommen wurden und jetzt Strafverfahren haben“<sup>15</sup>.

Professionalität, Erfolg und Misserfolg der damaligen Bundestagsfraktion der GRÜNEN müssen also aus ihrer besonderen Oppositionsrolle heraus, ihrer Rolle als „Anti-Parteien-Partei“<sup>16</sup> im Parlament verstanden werden. Auffallend hierbei ist,

12 Vgl. Austrittsschreiben von Gert Bastian, AGG, B.II.1, 5317. Bastian kehrte am 18. März 1986 in die Fraktion zurück, vgl. AGG, B.II.1, 2116.

13 Vgl. Tätigkeitsbericht des Fraktionsgeschäftsführers Vesper vom Februar 1984, AGG, B.II.1, 93.

14 Vgl. (Rumpf-)Fraktionssitzung vom 28.8.84, AGG, B.II.1, 5323.

15 Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstands vom 2.5.1984, AGG, B.II.1, 5320.

16 Bericht zur Lage der Fraktion vom März 1984 (Petra Kelly), AGG, B.II.1, 3083.

# DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG

## Bericht zur Lage der Fraktion (März 1984)

**... ein bißchen  
abgehoben,  
aber mit  
voller Kraft  
voraus ...**



Abb. 13: Cover des ersten Rechenschaftsberichts der grünen Bundestagsfraktion.

dass Themenkomplexe bereits sehr früh angesprochen wurden, die spätere gesellschaftliche Konflikte und Entwicklungen nicht selten zeitlich vorwegnahmen – seien es nun die Risiken der Gentechnik, der Atomausstieg oder auch das Angebot von Vollwertkost in den Bundestagskantinen („1 Tag in der Woche Gerichte ohne tierisches Fett u. Eiweiß“<sup>17</sup>). Dies unterstreicht den Quellenwert der Fraktionsmaterialien für die zeitgeschichtliche Forschung zur Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Eine Fortführung des Editionsprojekts in der bewährt guten Kooperation mit dem Archiv Grünes Gedächtnis für die Jahre 1987 bis 1990 wäre daher wünschenswert. Bei der Bundestagswahl 1987 konnten die GRÜNEN ihren Zweitstimmenanteil auf 8,3 Prozent erhöhen; ein Ergebnis, in dem sich unter anderem auch die erfolgreiche Arbeit der ersten grünen Bundestagsfraktion widerspiegelt.

17 Schreiben von Hannelore Saibold vom 15.6.1983, AGG, B.II.1, 5318.

## **Aus dem Internet ins Archiv – ein DFG-Projekt**

Wie anstrengend die Wahlkampftour 2005 für Joschka Fischer war, konnte auf der Internetseite des bündnisgrünen Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl 2005 „www.joschka.de“ eindrucksvoll verfolgt werden. Dort konnte man Wahlkampfspots ansehen, in denen Joschka Fischer auftrat, sich über seine berufliche und persönliche Vita sowie seine politischen Erfolge und Ziele informieren und hatte eben auch die Möglichkeit, die „Joschkas Tour-Audio-Files“ anzuhören: Auszüge aus den Reden, die er auf seiner Wahlkampftour durch Deutschland hielt. Man konnte dabei mithören, wie der damalige Außenminister mit voranschreitendem Wahlkampf heiser wurde. Joschka Fischer sagte selber: „Ich kämpfe um jede Stimme, auch um meine.“ Doch mittlerweile ist die Seite abgeschaltet, und man wird von dieser URL direkt zum Internetauftritt der Bundespartei umgeleitet.

Trotzdem gibt es noch die Möglichkeit, sich diesen Internetauftritt, wie er während des Bundestagswahlkampfes online geschaltet war, anzusehen. Denn im Archiv Grünes Gedächtnis wird ein Internetarchiv aufgebaut. Der Grundstock für die Sammlung von bündnisgrünen Internetauftritten wurde im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes „Erfassung, Erschließung und Sicherung von Websites politischer Parteien der Bundesrepublik Deutschland sowie ihrer Fraktionen in den Parlamenten“ angelegt, das von den Archiven der politischen Stiftungen gemeinsam durchgeführt worden ist.

Im Rahmen des zweijährigen Projektes, das im August 2006 abgeschlossen wurde, wurden sämtliche verfügbaren Internetseiten der Partei Bündnis 90/Die Grünen und ihr nahestehender Organisationen und Personen gesichert, um sie langfristig zu erhalten und der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen zu können. Zum ständigen Adresspool des Archivierungsprojekts gehören ca. 250 Seiten von der Bundes- und Länderebene bis zu den Kreis- und Ortsverbänden. Hier wurde eine Auswahl getroffen. Europäische Seiten wurden archiviert, wenn deutsche Grüne an ihnen beteiligt waren.

Das Medium Internet ist für die Öffentlichkeitsarbeit der politischen Parteien unabdingbar geworden. Es ist ein sehr schnelles und schnelllebiges Medium. Mit ihm haben sich ganz neue Formen der politischen Kommunikation entwickelt wie Blogs (Diskussionsforen) und Podcasts (eine Weiterentwicklung der Audiofiles), die heruntergeladen oder abonniert werden können. Hierbei handelt es sich um kurze Audiodateien zu aktuellen Themen. Auch Franziska Eichstädt-Bohlig hat als bündnisgrüne Spitzenkandidatin im diesjährigen Wahlkampf um das Berliner Abgeordnetenhaus diese Internettechnik benutzt. Hinzu kommt, dass klassische Publikationen teils gar nicht mehr, teils nur noch in geringerer Auflage gedruckt erscheinen und stattdessen auf Internetseiten zum Downloaden bereitgestellt werden.

Die Erfahrung im Projekt hat gelehrt, dass Internetseiten, die zu besonderen Anlässen wie Wahlen, Kongressen und anderen wichtigen politischen Ereignissen eingerichtet wurden, nach Ablauf einer gewissen Zeit entweder verlagert oder ganz abge-

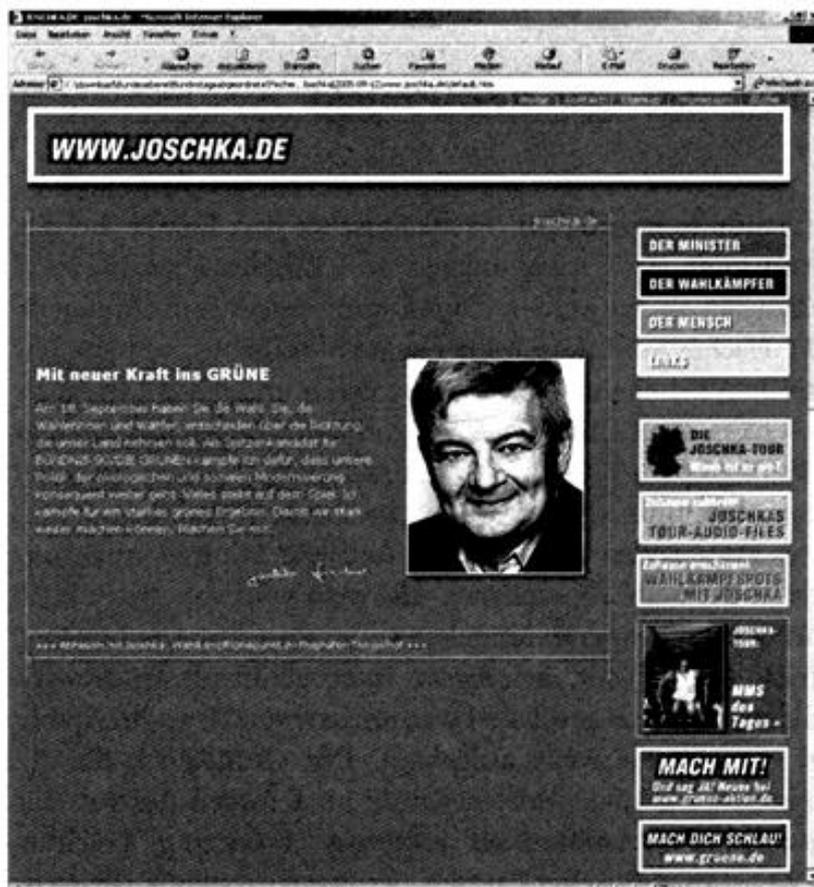


Abb. 14: Startseite des Internet-auftritts von Joschka Fischer im Wahlkampf 2005.

schaltet werden. Auch die Seiten der meisten Abgeordneten, die im 16. Deutschen Bundestag nicht mehr vertreten sind, sind mittlerweile entweder abgeschaltet worden oder werden nicht mehr gepflegt. Durch die Sicherung dieser Seiten ist der Zugriff im Archiv Grünes Gedächtnis trotzdem noch möglich.

Interessant ist auch der direkte Vergleich von Internetseiten, wenn einzelne Seiten neu gestaltet worden sind. So wurde auf der Seite „www.gruene.de“ bzw. „www.gruene-partei.de“ während der Projektlaufzeit ein Relaunch mit einem neuen Layout vorgenommen. Die alte Version des Parteiauftritts ist durch das DFG-Projekt erhalten. Auch viele Abgeordnete, die nach der Bundestagswahl 2005 neu in den Bundestag eingezogen sind, haben ihren Internetauftritt vollkommen verändert (z.B. [www.baerbel-hoehn.de](http://www.baerbel-hoehn.de)). Auch hier sind die alten Versionen ihrer Internetauftritte archiviert worden.

Bedauerlich ist, dass bei der „Spiegelung“ der Internetauftritte die Suchfunktion, mit der mittlerweile fast jede Internetseite ausgestattet ist, verloren geht. Die Suchfunktion ist ein Bestandteil der eingesetzten Internetsoftware, die Spiegelung erfasst nur die Dateien, die mittels dieser Software ins Internet gestellt werden. Für die künftige Benutzung der gespiegelten Seiten bedeutet dies, dass die Nutzerinnen und Nutzer bei der Suche nach bestimmten Informationen auf die Menüs angewie-

sen sind. Zudem sind manche Internetseiten so schnelllebig, dass an eine vollständige Sicherung von vornherein nicht zu denken ist. So zeigt der Internetauftritt der Bundestagsfraktion die fünfzig aktuellsten Pressemitteilungen, die binnen einer Woche durch die nächsten verdrängt sind. Im Rahmen des DFG-Projektes konnte nicht so kontinuierlich gespiegelt werden, dass alle Änderungen überliefert wären. Dies war jedoch bereits bei Projektbeginn einkalkuliert worden. Als wichtiger war die originalgetreue Abbildung der Internetauftritte eingestuft worden.

Das Archiv Grünes Gedächtnis hatte es innerhalb der Kooperation übernommen, Wege zu erkunden, wie die Teile der Internetauftritte, die durch eine Spiegelung nicht erreicht werden, dennoch archiviert werden können. Dabei handelt es sich zum einen um passwortgeschützte Bereiche, wie sie auf den Homepages grüner Landesverbände beispielsweise zur parteiinternen Kommunikation mit den Kreisverbänden bestehen können. Zum anderen besteht eine Diskrepanz zwischen den Internetseiten, die durch die Menüsteuerung verlinkt sind und über die Verlinkung gespiegelt werden können, und dem gesamten tagesaktuellen Internetangebot, das über die Suchfunktion bereitgestellt wird. So bietet beispielsweise der Internetauftritt der grünen Bundestagsfraktion eine komfortable Suchmaschine mit einem dreistufigen Schlagwortkatalog an, die zu weit mehr Dokumenten führt, als zur tagesaktuellen Homepage gehören. Die einen werden gespiegelt, die anderen nicht. Daraus ergibt sich die archivisch unangenehme Situation, dass Internetdokumente, die an einem Tag heruntergeladen worden sind, nicht in der Spiegelung vom selben Tag auftauchen. Es ist davon auszugehen, dass das Problem noch zunehmen wird, wie sich der Trend zu schlanken, übersichtlichen Internetseiten bei gleichzeitig verbessertem Service fortsetzt. Der Ausweg, der von uns zusammen mit der Bundestagsfraktion entwickelt worden ist, sieht die Archivierung der Internetseiten aus dem Content Management System (CMS) vor. Diese Variante kann allerdings die Spiegelung nicht ersetzen, weil der Zusammenhang der Seiten, wie er durch die Verlinkung im Internet bestanden hat, verloren geht. Für die Internetarchivierung ergibt sich daraus eine Doppelstrategie. Für eine primär auf Inhalte und Texte bezogene Archivierung bietet die Archivierung der CMS-Dateien die optimale Methode, zumal dabei auch die mit den Dateien verbundenen Metadaten erhalten werden. Wenn dagegen Wahlkampagnen und ähnliches archiviert werden sollen, steht die Frage im Vordergrund, wie das Internet in die Kampagne eingebunden war. Um diese zu archivieren, ist die Spiegelung unabdingbar.

Die Spiegelung der Internetauftritte wird nach Beendigung des DFG-Projekts von allen beteiligten Archiven weitergeführt. Ziel ist es, die Internetseiten wie andere Archivalien zu verzeichnen und dadurch dauerhaft nutzbar zu machen.

## **Ein Bild sagt mehr als Tausend Worte. Zur Fotosammlung im Archiv Grünes Gedächtnis**

Die Behauptung scheint fragwürdig. Wir alle werden mit Bildsignalen überladen: im öffentlichen Raum, in Magazinen und Zeitungen, Werbung allerorten. Seitdem digitale Fotografie Standard ist und ein Handy nicht nur zum Telefonieren, sondern auch zum Fotografieren taugt, sind die meisten von uns Teil einer Maschinerie, die unablässig Bilder produziert. Doch ein Bild kann mehr an Bedeutung transportieren als jeder Text. Nicht nur Aufnahmen professioneller Fotografen, auch die „Knipsbilder“ der Amateure können die Atmosphäre einer Situation einfangen, Umstände politischer Ereignisse dokumentieren oder die Persönlichkeit der handelnden Menschen vor Augen führen.

Die Fotografiensammlung im Archiv Grünes Gedächtnis bewahrt Bilder zur Geschichte der Grünen und der sozialen Bewegungen und macht sie für Ausstellungen und Publikationen zugänglich. Sie speist sich im wesentlichen aus Fotosammlungen, die in den 80er Jahren in den Pressestellen des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion angelegt wurden. Diese dienten der Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise bei der Herausgabe der Zeitschriften *Grüner Basisdienst* und *Grünes Bulletin*. Weitere Herkünfte sind eine ca. 500 Fotos umfassende Sammlung aus dem Bundestagsbüro von Petra Kelly sowie kleinere Bildbestände aus verschiedenen Aktengruppen, die dem Archiv übergeben wurden.

Der Umgang mit Fotografien stellt ein Archiv vor besondere Herausforderungen. Wie sieht eine Lagerung aus, die den dauerhaften Erhalt des empfindlichen Materials in Aussicht stellt? Welche Informationen sollen, müssen und können zu jedem Foto in der Datenbank festgehalten werden? Wie können und müssen die Foto-, Urheber- und Verwertungsrechte sowie das Recht am eigenen Bild gehandhabt werden?

In der Fachliteratur werden Anforderungen an die Lagerung von Fotografien gestellt, die kaum eine archivische Einrichtung erfüllen kann: konstante Raumtemperaturen von 10 Grad Celsius oder niedriger, geringe Luftfeuchte, Trennung von Negativen und Positiven, säurefreie Papierumgebung, stehende Lagerung, keine Beschriftung des Fotomaterials. Im Archiv Grünes Gedächtnis wird jeder Papierabzug einzeln in Pergaminhüllen gegeben, dem Material, aus dem die Trennblätter althergebrachter Fotoalben bestehen. Auf der Hülle kann die Signatur angebracht werden. Jeweils ca. fünf Abzüge werden in handelsübliche Briefumschläge gegeben, diese wiederum in Schubladen von ca. 10 cm Höhe gelegt, so dass wenig Lagerdruck entsteht. Die Briefumschläge sind mit Raum- und Schubladenummer versehen, jeder Abzug hat einen eindeutigen Ort. Lagerort ist das Aktenmagazin mit kontrolliertem Raumklima von ca. 18-20 Grad Celsius und 45 Prozent Luftfeuchte.

Bei der Beschreibung jedes Fotos werden einige formale Angaben registriert, u.a. das Format des Bildes, das Trägermaterial und die Herkunft. Inhaltlich sind es vor allem die Bildunterschrift und der Bildkontext, das Aufnahmedatum, die Namen der

abgebildeten Personen, Orte, Körperschaften und Bildmotive, die in alphabetischen Indexlisten erfasst werden. Schließlich bemühen wir uns, den Fotografen und Inhaber der Verwertungsrechte zu recherchieren. Geordnet wird die gesamte Sammlung nach Ereignissen und Porträts. Soweit irgend möglich wird jedes Foto dem Ereignis zugeordnet, bei dem es aufgenommen wurde. Bei den Porträtaufnahmen werden alphabetische Namenslisten angelegt.

Der ursprüngliche Verwendungszweck der Fotos macht dies möglich. Der weit- aus größte Teil der Aufnahmen stammt von Fotografinnen und Fotografen, die die Zeitgeschichte professionell begleiteten und für ihre Bebilderung sorgten. Mitunter sind auf der Rückseite Ort und Tag der Aufnahme angegeben. So finden sich beispielsweise Beschriftungen wie „Grünen-Parteitag Hamburg, 7./9.12.1984“, „Demonstration der Friedensbewegung, Bonn, 10.10.1981“ oder Namen der abgebildeten Personen. Häufig werden zur Identifizierung Bücher oder Zeitschriften aus Archivbeständen herangezogen, in denen dieses Foto abgedruckt sein könnte. Die Bildunterschrift soll Situation oder Motiv des Bildes auf einen prägnanten Begriff bringen. Die Angaben im Bildkontext beschreiben die dargestellte Situation, nennen Ort, Zeit, Personen und Zusammenhang. Alle im Bild erkennbaren Texte, beispielsweise das Motto eines Kongresses, werden ebenfalls notiert. Die Suchmöglichkeit nach Motiven wird ergänzt durch einen Index von ca. 50 Begriffen wie „Gebäudeansicht“ oder „Porträtaufnahme“.

Zentraler Bestandteil der Bearbeitung der Fotografien ist die Digitalisierung. Jedes Foto wird mit einer Auflösung von in der Regel 300 dpi im Dateiformat TIF ohne Komprimierung gescannt. So soll sichergestellt werden, dass das Original in der Größe der Vorlage auf Fotopapier reproduzierbar ist. In stark komprimierter Form und dem Dateiformat JPEG wird das Bild zusammen mit dem Datensatz in die Datenbank eingebunden. Die erfassten Merkmale des Fotos in Verbindung mit dem Digitalisat sollen das Original schonen, das, so erfasst und bereitgestellt, kaum wieder in die Hand genommen werden muss.

Die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters begrenzen die Fortführung einer solchen Fotosammlung. Mit Beginn der 90er Jahre, mit allgemeiner Verbreitung der Personalcomputer und der Umstellung aller Verwaltungsabläufe auch in den Büros der „Bewegungen“ und der Grünen, enden die herkömmlichen Gepflogenheiten des Umgangs mit Fotografien. Öffentlichkeitsarbeiterinnen und -arbeiter mussten und müssen nicht mehr Bilder sammeln, um ihre Produkte zu erstellen. Kaum ein Foto im Bereich der Pressefotografie findet mehr zu Papierform, bevor es gedruckt wird. In den folgenden Jahren erfolgten mehrfach grundlegende Umstrukturierungen, vom Einzelplatz-PC eines jeden Büros hin zu Netzwerken mit gemeinsamen Plattformen. Dabei ist allerdings viel auf der Strecke geblieben. Die Notwendigkeit einer dauerhaften systemunabhängigen Datensicherung wurde erst peu à peu erkannt und für wichtig erachtet. Für Mitte der 90er Jahre bleibt eine empfindliche Überlieferungslücke zu konstatieren.

**Beispiel: Bild aus dem Jahre 1983 mit entsprechendem Text**



Abb. 15: Petra Kelly in  
Moskau 1983.

Klassifikation: Delegationsreise nach Moskau, 26.-29.10.1983

Bildunterschrift: Die Grünen in Moskau

Bildkontext: Im Anschluss an eine Reise nach Washington, Juli 1983, fährt eine Delegation aus Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Bundestagsfraktion Die Grünen im Oktober 1983 zu politischen Gesprächen nach Moskau. Die Gespräche stehen im Zeichen der bevorstehenden Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Die Forderungen der Grünen zielen auf beidseitige Abrüstung auch der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Osteuropa und der DDR.

hier: Fraktionssprecherin Petra Kelly (Rückenansicht) sitzt sowjetischen Gesprächspartnern gegenüber. Sie trägt einen Pullover mit der aufgedruckten Forderung in kyrillischer Schrift „Achtet die Menschenrechte“. Vor ihr liegen Papiere mit einem Aufruf zur Freilassung des sowjetischen Wissenschaftlers Andrej Sacharow, der nach seinen Protesten gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan im Januar 1980 inhaftiert wurde.

Aufnahmedatum: 28.10.1983

Signatur: FO-00264-02-rp

## **Von Bändern und Bits. Zur Ton- und Filmsammlung im Archiv Grünes Gedächtnis**

### **Die Tonträgersammlung**

Neben den historisch wertvollen Akten bewahrt das Archiv auch eine Reihe von wichtigen Tondokumenten auf. Die Tonträgersammlung umfasst derzeit ca. 3.000 Einzeltondokumente, Tonbänder und Tonkassetten, von denen gut die Hälfte eine Einzeltitelaufnahme hat und in der Datenbank des Archivs recherchierbar ist. Hierbei handelt es sich zum großen Teil um Mitschnitte von Veranstaltungen der Grünen bzw. von Bündnis 90/Die Grünen auf Länder-, Bundes- und Europaebene. Von den ca. 1.500 Bändern sind allein 637 Fraktionssitzungsmitschnitte der Europa-gruppe Les Verts aus den Jahren 1986 bis 1996 überliefert. 30 Hörfunkspots bieten Einblicke in die Europawahlkämpfe 1984 bis 1994, in die Bundestagswahlkämpfe von 1983 bis 2002, in die bayerischen Landtagswahlkämpfe von 1986 und 1994 und den baden-württembergischen von 1996. Der überwiegende Teil, 788 Bänder und Kassetten, dokumentiert Veranstaltungen, Bundes- und Landesparteitage, Sitzungen von Bundeshauptausschuss und Landesausschüssen, den Perspektiv-Kongress der Grünen im November 1989 in Saarbrücken sowie weitere thematische Veranstaltungen. Besonders eindrucksvoll ist der Mitschnitt des Gründungsparteitags in Karlsruhe von 1980.

Bislang müssen die Tonkassetten im Lesesaal des Archivs angehört werden. Mittel- und langfristig ist die Digitalisierung aller politisch wichtigen Tonmitschnitte geplant, so dass Nutzungskopien ausgeliehen werden können.

### **Die Filmsammlung**

Ein weiterer Bestand des Archivs sind seine Filmschätze. Von den schätzungsweise 1.000 Filmen und Videos, die derzeit im Archiv lagern, sind ca. 400 mit Titelaufnahme in der Datenbank erfasst. Darunter sind Wahlspots der Grünen, vereinzelt sogar der Vorläuferorganisationen wie der Bunten und Grünen Listen und von Bündnis 90/Die Grünen, Mitschnitte von Bundesparteitagen und anderen Veranstaltungen und Kongressen. Einige Dokumentarfilme über Initiativen der sozialen Bewegungen oder grünnahe Themen, aber auch Filme und Videos, die im Zusammenhang mit Projekten politischer Bildungsarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung entstanden sind, gehören ebenfalls dazu. Darüber hinaus befinden sich im Archiv Mitschnitte von Auftritten grüner Abgeordneter in politischen Fernsehmagazinen, die zur Ergänzung der Sammlung angelegt wurden. Die Filme liegen in den unterschiedlichsten Formaten vor: 16- und 35mm Filmrollen, U-matic, Betacam, einige DVDs, der größte Teil allerdings in Form von Videokassetten.

Bei den Filmen und Videos, die das Archiv von der Partei bekommen hat und deren Verwertungsrechte beim Archiv oder der Partei liegen, ist eine Langzeitarchivierung von besonders hohem Interesse. Hier stehen wir vor dem großen Problem, den Qualitätsverlust analoger Bänder, den diese über Jahre und Jahrzehnte erleiden, den Datenverlusten einer Digitalisierung gegenüberstellen und abwägen zu müssen. Die Frage der Vereinfachung der Nutzung sowie der Schonung der Original-

filme ist dabei ein weiteres Kriterium. So haben wir uns mit dem Wissen, dass eine Digitalisierung grundsätzlich keine Langzeitsicherung bedeutet, für eine professionelle Digitalisierung mit höchstmöglicher Auflösung auf DVD entschieden. Dies ist für uns ein realistischer Mittelweg, da eine serverbasierte Lösung bislang aus finanziellen Gründen nicht realisierbar war. Die ersten Filme, die digitalisiert wurden, sind Spots zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. Hiervon liegen 10 Spots zu den Europawahlen der Jahre 1979 bis 1999 vor, 22 Spots zu den Bundestagswahlen 1980 bis 2005 und diverse Landtagswahlspots. Die zwei ältesten wurden für die Wahlkämpfe der Grünen Liste Hessen und der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen 1978 produziert. Beinahe vollständig sind die Wahlkämpfe in Bayern und Nordrhein-Westfalen dokumentiert.

## 5 Besprechungen

## Josef Boyer: Mitgliedschaft und Sozialstruktur der Grünen

Politische Parteien sind über ihre Mitglieder und ihre Wählerschaft in die Sozialstruktur ihres Landes eingebunden. Dieser Zusammenhang erlaubt Annahmen über das wahrscheinliche Verhalten von Parteien und Parlamentsfraktionen in bestimmten Konfliktsituationen und über die Reaktionen der Mitglieder und der Wählerschaft auf konkrete politische Entscheidungen der jeweiligen Partei. Hierher rührt das Interesse der politischen Soziologie an Datenhandbüchern zu den politischen Parteien.

Generell organisieren und artikulieren Parteien gesellschaftliche Interessen. Die politische Soziologie untersucht den Zusammenhang von Parteien und gesellschaftlichen Interessen u.a. mittels sozialstruktureller Theorien, z.B. Cleavage- und Milieutheorien. Die Grundlage aller sozialstrukturellen Analysen der Parteiensoziologie bilden aber statistische Untersuchungen, und das Mindeste, was man von einem parteistatistischen Grundlagenwerk dieser Art fordern muss, ist, dass es korrekte, vollständige, belastbare und vergleichbare Daten liefert. Ein solches Werk für einen bestimmten Zeitraum gibt es immer nur einmal, und die Veröffentlichung von Josef Boyer, auf die wir hier aufmerksam machen, ist dieses singuläre Handbuch der Mitglieder- und Sozialstatistik der Grünen in den 80er Jahren. Es ist ein Muss für alle, die künftig sozialstrukturelle Analysen über die Grünen vorlegen werden. „Für die Bundes- und Landesebene“, schreibt der Verfasser, „liegt mit dem hier beschriebenen Quellen- und Forschungsstand sowie dem folgenden Tabellenteil die momentan erreichbare Sammlung von Sozialstrukturdaten zu den GRÜNEN vor.“

Der Untersuchungszeitraum des Handbuchs zur Statistik der Parlamente und Parteien, in dessen Rahmen die hier vorgelegten Daten über die Grünen erhoben sind, endet mit dem Jahr 1990. Diese Zäsur ist aus bundesrepublikanischer Sicht geradezu zwingend, aus grüner Sicht aber bedauerlich, liegt doch im Gegensatz zu den anderen Parteien der Bundesrepublik der besondere institutionelle Schnitt bei den Grünen, die Assoziation von Bündnis 90 und den Grünen, erst im Jahr 1993. Im vorliegenden Band geht es deshalb ganz primär um die Gründung der westdeutschen Partei und ihre Verankerung im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren, wobei die in einzelnen Bundesländern stattgefundenen Umbrüche, besonders ausgeprägt in Hamburg, noch ein spezielles Interesse verdienen. Auch die marginale Existenz des Berliner Landesverbands der Grünen neben der eigenständigen Alternativen Liste verweist auf die Bedeutung lokaler und regionaler Prägungen.

Aber beruht die Entstehung der Grünen nicht zuletzt auch auf dem Nachlassen der Bedeutung sozialstruktureller Faktoren im Parteienwettbewerb? Ist eine sozialstrukturelle Analyse der Grünen aus diesem Gesichtspunkt nicht ein Stück weit anachronistisch? Neben den politischen Konflikten der 70er und 80er Jahre, die durch die Anti-Atom-, Friedens- und Frauenbewegung symbolisiert werden, beruht die Entstehung der Grünen auf langfristigen gesellschaftlichen Prozessen der Individualisierung und des Wertewandels, weshalb der Verfasser zugesteht, dass die Aussagekraft traditioneller sozialstruktureller Kernmerkmale perspektivisch abnimmt. Trotzdem, so Boyer, seien die Einstellungs- und Verhaltensmuster nicht „postmodern“ beliebig geworden. Er verweist einerseits im Anschluss an Joachim Raschke auf die Ausbildung einer „postindustriellen Konfliktlinie“, die sich aus den grünen

Themen von der Nord-Süd-Frage über die Wachstumskritik bis zu den Gleichstellungsforderungen für Minderheiten speist. Andererseits unterstreicht er, dass die „Entstehung größerer objektiver und subjektiver Bewegungsspielräume für den einzelnen“ – kurz: Individualisierung und Wertewandel – ein „Ergebnis gesellschaftlich erworbener und zugewiesener Ressourcen von Herkunft, Bildung, räumlicher und sozialer Mobilität und Vermögen“, mithin sozialstrukturell bedingt waren. Er kommt deshalb zu dem klaren Ergebnis, dass „die GRÜNEN von Anfang an sozialstrukturell spezifisch verankert“ waren, weshalb sie in diesen Kategorien beschreibbar und in ihrer Eigenart als Partei partiell erklärbar seien.

Die Basisinformationen der Untersuchung beruhen auf den Unterlagen der Mitgliederverwaltungen zuerst des Bundesverbandes, seit 1982 der Landesverbände der Grünen. Die Pflege der Mitgliederkarteien in den Landesverbänden ist sozusagen die Achillesferse der Mitglieder- und Sozialstatistik der Grünen. Wurden außer dem Namen, der Anschrift und dem Geburtsdatum noch weitere Daten erhoben? Wie vollständig wurden die Beitrittsformulare ausgefüllt? Angaben über den ausgeübten Beruf wurden beispielsweise in den Zeiten der Kampagne gegen die Volkszählung seltener gemacht. In welchem Rhythmus wurden Austritte erfasst? Parteiaustritte haben nämlich oft kein klares Datum, wie wenn jemand im Zorn scheidet, sondern entwickeln sich in einem längeren Entfremdungsprozess, bis letztendlich zusammen mit einem entsprechenden Vermerk des Landesschatzmeisters die Mitgliedschaft gelöscht wird. Schließlich spielt die Frage eine Rolle, für welche Zwecke die Mitgliedsdaten verwaltet werden, ob für die Beitragsverwaltung, die Anschriftenverwaltung im Rahmen der Mitgliederkorrespondenz, für Meldungen nach dem Parteiengesetz oder für die organisatorische Durchführung von Parteitag. In diesem Zusammenhang spielen die Kreisverbände eine Rolle, die für die Wahl der Delegierten zu den Bundesversammlungen die Zahl ihrer Mitglieder melden. Die unterschiedlichen Zwecke führen zu unterschiedlichen Angaben. Je kleiner die Zahl der Mitglieder eines Kreisverbands, desto geringer ist die an den Landesverband abzuführende Summe, je größer die Zahl, desto größer die Anzahl Delegierte beim nächsten Parteitag. Fehlerhafte Angaben waren also geradezu vorprogrammiert. Solche Fehler sind aber nach Boyers Befund auch in die Standardliteratur zu den Grünen eingegangen. Boyer nennt so renommierte Autoren wie Thomas Poguntke und Ferdinand Müller-Rommel, deren Angaben von anderen weiterverbreitet wurden. Leider waren sie nicht immer richtig. Die Kritik der Daten, auch der bereits veröffentlichten Daten, ist ein wichtiger Teil der vorliegenden Untersuchung, aber auch Boyer kann nicht rückwirkend alle Fehler der Mitgliederverwaltung ausräumen. „Es ist nicht möglich, im Nachhinein für die Landesverbände und Jahre den jeweils überzeugendsten Datensatz zu begründen, nachdem selbst angeblich nach methodisch gleichen Verfahren gewonnene Zahlen grob voneinander abweichen.“

Boyers Argumentationen beruhen auf einer hervorragenden Kenntnis nicht nur der gesamten Literatur, er hat auch mit vielen Schatzmeistern und Schatzmeisterinnen sowie den Mitgliederverwaltungen gesprochen, was den Wert seiner Ausführungen erhöht. Allerdings kann ich seine These, dass sich die Mitgliedschaft der GRÜNEN bis zum Juni 1980 in hohem Maße mit der Mitgliedschaft in den Vorläuferparteien gedeckt habe, nicht nachvollziehen. Meines Erachtens sind bereits nach dem Offenbacher Beschluss der Sonstigen Politischen Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN zur Parteigründung so viele neue Mitglieder hinzugestoßen, dass bereits

beim Gründungsparteitag in Karlsruhe im Januar 1980 die Mitglieder der Vorläuferparteien – Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), Grüne Aktion Zukunft (GAZ), Grüne Liste Umweltschutz (GLU) und Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH) – in der Minderheit gewesen sein dürften.

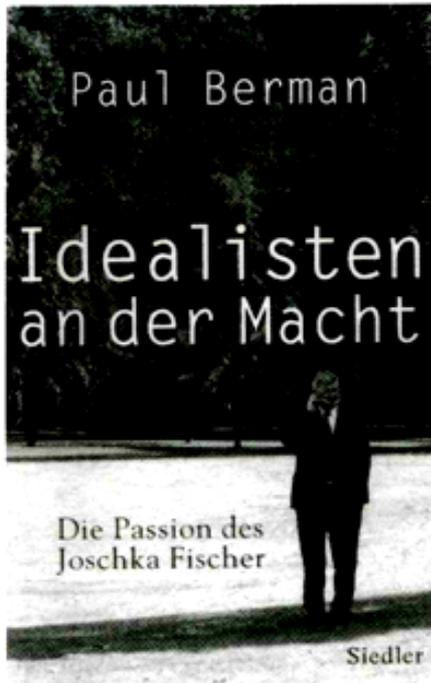
<b>Die Grünen</b>	
Aufnahmeantrag	
Vor- und Zuname: <u>Martin Häusling</u>	Beruf: <u>Landwirt</u>
geboren am: <u>26.3.67</u>	in: <u>Bad Wildungen</u>
Wohnort: <u>3584 Zwesten-Oberruff</u>	Kreis: <u>Schwalm-Eder</u>
Straße und Hausnr.: <u>Heideweg 7</u>	
Monatsbeitrag (nach Selbsteinschätzung): <u>3 DM</u>	
<u>23.9.79</u>	<u>M. Häusling</u>
Datum	Unterschrift

Abb. 16: Die Beitritts-  
erklärung des hessischen  
Landtagsabgeordneten  
Martin Häusling. Die  
Angaben im Aufnahme-  
antrag sind die Grund-  
lage für die Untersu-  
chung über die Sozial-  
struktur der Grünen.

Der größte Erkenntnisfortschritt, was die Daten über die Mitgliedschaft und die sozialstrukturellen Merkmale betrifft, ist für die Alternative Liste Berlin entstanden. Boyer hat mit den Angaben über die Mitglieder mit den Anfangsbuchstaben „H“ und „L“ eine Stichprobe gebildet und diese nach der Anzahl der Eintritte und Austritte, dem Eintrittsalter, dem Beruf und der Dauer der Mitgliedschaft ausgewertet. Wie weit Berliner Daten zur Sozialstruktur der Grünen für die anderer Landesverbände repräsentativ sein können, ist eine andere Frage. Trotzdem sind diese Angaben von größtem Interesse und eine echte Erweiterung unseres Wissens über die Sozialstruktur der Grünen.

### Christoph Becker-Schaum

DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur. Bearbeitet von Josef Boyer, in: *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband IV: SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990*, Düsseldorf 2005, S. 943-1032. (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrag der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben von Marie-Luise Recker und Klaus Tenfelde, Bd. 12, Teilband IV)



## Paul Berman: Idealisten an der Macht

Die Wendemarke des Jahres 1968 verbindet zehntausende Menschen in der ganzen Welt. Sie fühlen sich noch heute als Beteiligte eines politisch-kulturellen Aufbruchs, der quer zu nationalstaatlichen Beschränkungen und den scheinbar tiefgefrorenen Blöcken des kalten Krieges seine Wirkung entfaltete. Aber es ist schwer geworden, die damaligen Motive und Gefühlslagen in Erinnerung zu rufen. Sich über die jugendsektenhaften Wirrnisse der eigenen politischen Geschichte Rechenschaft abzulegen, ist nicht immer angenehm, und auch wer vieles, was er oder sie damals vertrat oder tat, heute für unsinnig hält, möchte das Gefühl, für etwas Großes gekämpft zu haben, möchte die

eigene Begeisterungs- und Opferbereitschaft für eine wichtige Sache nicht gern der historischen Relativierung überlassen. So tun denn viele ehemalige Aktivisten so, als seien sie schon immer jene gemäßigt linksliberalen und aufgeklärten Zeitgenossen gewesen, als die sie sich heute sehen. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums kritisieren gerade jene den angeblichen Verfall der guten Sitten und das Schwinden der Sekundärtugenden infolge der 68er-Revolution am lautesten, die ihre heutigen Lebensformen deren Erfolg verdanken – und präsentieren als schwule Erste Bürgermeister oder frisch getrennte Ministerpräsidenten ihre neuen Partner in der Boulevardpresse. So ist die Debatte erstarrt, vieles wird beschwiegen und die Jahreszahl markiert noch immer einen kulturellen Graben.

Ein Buch des amerikanischen Journalisten und Historikers Paul Berman hebt nun ganze Kontinente versunkener Erfahrungen und Diskussionen vom Meeresgrund. „Idealisten an der Macht“ lautet der deutsche Titel, und dass der Verlag eine Kapitelüberschrift zum Untertitel gemacht und damit verkaufsfördernd auf „die Passion des Joschka Fischer“ hingewiesen hat, führt in die Irre, denn Fischer ist keineswegs die zentrale Figur.

Berman kennt die von ihm portraitierten Menschen persönlich, und er sieht sich als Teilnehmer der Bewegung. Er ist ein begnadeter Erzähler, der sich auf Menschen, ihre Biographien und ihre persönlichen Entwicklungen konzentriert und alles weglässt, was sich in seine Darstellung nicht fügen mag. Sein Text handelt deshalb von rund zwei Dutzend sorgfältig ausgewählten Protagonisten, deren Beziehungsgeflecht über die ganze Welt gespannt war und sich, bei allen Differenzen im Detail, als erstaunlich stabil erwies. In ihnen verkörpert sich für den Autor der Traum von der Internationalen der 68er, jener „weltweit aktiven Schar“, die sich Dany Cohn-Bendit in seinem Buch „Wir haben sie so geliebt, die Revolution“ in den 80er Jahren vorstellte. Daneben wird mit Namen noch das Personal der Haupt- und Staatsaktionen der letzten 40 Jahre genannt, von Kissinger über Bush bis zu Saddam. Und im Hintergrund geben ein paar Philosophen und politische Intellektuelle, von Arendt bis Habermas, Orientierungshilfe.

Ob die Regis Debray, André Glucksmann, Dany Cohn-Bendit oder Joschka Fischer etwa eine Köchin dabei hatten? In einer Darstellung der 68er-Bewegung hätte jene große Mehrheit berücksichtigt werden müssen, die den Medienauftritt anderen überließ. In ihr wären die psychisch Kranken vom „sozialistischen Patientenkollektiv“, die Anhänger der indischen Gurus, diejenigen, die ihren Lebensweg in bürgerlichen Institutionen fortsetzten, und jene vielen, die sich umbrachten, gewiss von Belang – in Bermans Perspektive spielen sie ebenso wenig eine Rolle wie Feministinnen, Kommunarden oder Schwule. Aber es geht dem Autor nicht um Geschichtsschreibung, sondern um ein Gewebe von Geschichten, und zwar solchen, aus denen man eine Lehre ziehen kann. Deshalb verzichtet er auf die Beschreibung der kulturellen Umbrüche ebenso wie auf die Details der kommunistischen Volkszeitungen, den spontanen Alltag der Pflasterstrände oder die Verfahrensabläufe im rot-grünen Außenministerium. Solche Hintergründe mögen politische Wirkungen gezeitigt haben und für eine Erklärung des Handelns der Akteure unverzichtbar sein – aber sie passen nicht in seine Erzählung. Dafür ist der Text fast wie ein Roman lesbar.

Politik wird von Bermans Akteuren als Ich-Erzählung gelebt. Sie gehörten zu der kleinen Zahl von Individuen, die sich als informelle, aber gleichwohl verantwortliche (wenn auch keineswegs demokratisch gewählte) Führung der 68er verstanden. Es sind Personen, die Debatten erfolgreich zu führen und intellektuell zu prägen wussten und denen es im Lauf der Jahre immer wieder gelungen ist, wechselnde Führungsfunktionen zu übernehmen. Und auch wenn biographische Brüche der Eindeutigkeit der von Berman gezeichneten Linien häufig zu widersprechen scheinen: Es sind Menschen mit einer Berufung zur Politik, die mehr daraus machen wollten als einen Brotberuf. Den eigenen Beitrag definierten sie als Beitrag „unserer Generation“ zur Zukunft der Welt. Schon deshalb hatten sie unendlich viel mehr charismatische Ausstrahlung als das halbbeamtete Personal der Parteienwelt.

Die Geschichte der 68er-Bewegung muss – und das tut auch Berman – auch als Geschichte intellektuell-politischer Irrungen und Träumereien erzählt werden. Neben überraschenden internationalen Gemeinsamkeiten und Verbindungen waren ihre nationalen Besonderheiten unübersehbar. Während in Deutschland Nationalsozialismus und Mauerbau die historischen Fäden auf der konservativen wie auf der linken Seite der Gesellschaft abgeschnitten hatten, so dass die entstehenden Oppositionsideologien, trotz des Einflusses der Frankfurter Schule, merkwürdig synthetisch und zeitlos aus dem Nichts zu kommen schienen, standen die Oppositionellen in Frankreich oder Italien in den 60er Jahren zunächst in enger Verbindung zu den historischen Fronten des 20. Jahrhunderts. Das führte schon früh zur Auseinandersetzung mit dem zweiten, dem kommunistischen Totalitarismus. Der junge Dany Cohn-Bendit fand sich dabei, angeregt von seinem Bruder und der anarchistisch-libertären Gruppe „Socialisme ou Barbarie“, im gewaltsamen Protest gegen den Einmarsch der Sowjetarmee in Ungarn 1956 vor der Redaktion der kommunistischen Zeitung *l'Humanité* wieder, während Bernard Kouchner und André Glucksmann sie gegen den Ansturm verteidigten. Erst die Neuformation der Linken in Folge des Mai 68 löste diese historischen Frontlinien auf und machte sie später zu Sprechern einer gemeinsamen Sache.

Die internationale Perspektive ist eine der großen Stärken des Buches. Was bedeutete 68 diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs oder des Atlantiks? Was

verbindet Adam Michnik mit Dany Cohn-Bendit, was die messianisch angehauchte und religiös getönte Menschenrechtsrhetorik amerikanischer Interventionisten mit dem Impuls des deutschen Außenministers, entgegen den pazifistischen Grundüberzeugungen seiner Partei für die militärische Beendigung des Balkan-Krieges einzutreten? Berman referiert Gespräche und schildert politische Interventionen, er ergründet Motive und Überzeugungen. Er stellt Verbindungen über vier Jahrzehnte her, und auch die Verwirrungen jugendlicher Aktivisten begleitet er mit großer Sympathie – ohne falsches Verständnis, aber auch ohne die leichte Genugtuung des späteren Besser-Wissens. Am Ende laufen alle diese Fäden an einem Punkt zusammen. Er markiert die besondere Verbindung der 68er, die sie über Jahrzehnte zusammenhielt und die inzwischen nicht mehr besteht.

Ausgangspunkt für die Revolte war, so Bermans These, eine Frage, die sich an die Vergangenheit richtete: „Es herrschte die Angst, dass der Faschismus, und noch genauer: der Nazismus, im Zweiten Weltkrieg doch nicht besiegt worden war, eine Angst, dass der Nazismus sich gewandelt hatte und in den fünfziger und sechziger Jahren wie auch in den Jahren danach weitergewachsen war, stets in neuer Verkleidung. Es war eine Angst, dass der Nazismus zu einem System industrieller Rationalität herangewachsen war ... Man sah einen Nazismus, der von Demokratie und Freiheit redete und dessen Sprache doch nicht mehr menschliche Substanz aufwies als die altmodische Redeweise vom Lebensraum und der Überlegenheit der arischen Rasse. So fand die Neue Linke in ihrer jugendlichen Besorgnis zu einer alten, größtenteils vergessenen Panik der eigenen Elterngeneration zurück, beugte sich über sie, fachte die erkaltete Glut wieder an und sah voller Entsetzen, wie die fast schon erloschenen Flammen erneut aufloderten.“ (S. 45)

Diese Wahrnehmung der westlichen Gesellschaften als „kryptofaschistisch“ stellte nach Bermans Interpretation die junge Generation Anfang der 70er Jahre vor eine scheinbar einfache Frage: Sollte sie zur Tagesordnung übergehen und sich arrangieren – oder sollte sie den Kampf aufnehmen? Kollaboration oder Widerstand? Es schien darum zu gehen, die Seite zu wählen, auf der man stehen wollte. Die Elterngeneration hatte diesen Kampf verloren, ihn gar nicht aufgenommen oder gar auf der falschen Seite gestanden – das sollte nie wieder passieren. Da die Wirklichkeit inzwischen in vielen Weltgegenden eine weit harmlosere war, spielten sich die meisten Gefechte in den Köpfen ab. Bis dann die Vielfalt sektiererischer Antworten durch die Entdeckung des anderen, des linken Totalitarismus abgelöst wurde und auch der utopistisch verstellte Blick auf die Befreiungsbewegungen der 3. Welt realistischeren Perspektiven Platz machte. So zeichnet der Autor die intellektuelle Entwicklung der „führenden Achtundsechziger“ „von einer linken, revolutionären Haltung zu einem freiheitlichen Internationalismus“ nach, in dessen Zentrum der Kampf für die Globalisierung der Menschenrechte rückte. Politisch führte der Weg dabei von den freiheitlichen Strömungen des „westlichen Marxismus“ über die maoistischen Sekten und das Spontitum zu humanitären Aktionen – Glucksmanns Initiative zur Rettung der Boat-People und Kouchners Gründung „Ärzte ohne Grenzen“ – bis am Ende die Gründung von grünen Parteien und das Engagement innerhalb der UNO den politischen Einfluss der „Generation“ stabilisierten.

Debatten verständlich zu machen – man kann wohl sagen: verständlicher, als die meisten der damals Beteiligten gewesen sein mögen –, ihre intellektuellen Hintergründe auszuleuchten und ihre Akteure zu portraituren, das zählt zu Bermans

großen Fähigkeiten und wäre allein ein Grund, das Buch zu lesen. Wenn er über viele Seiten wiedergibt, wie Dany Cohn-Bendit und Adam Michnik 2002 in Washington über den zweiten Irak-Krieg stritten, wenn er in der Debatte zwischen Fischer und Rumsfeld die Argumente beider Seiten hin und her wendet, ihre jeweiligen Stärken hervorhebt und kommentiert, dann ist das auch heute noch ungemein lehrreich.

Berman interessieren die großen Alternativen. Nach seiner Auffassung von Politik geht es um Kollaboration oder Widerstand, Intervention oder Wegschauen, Krieg oder Frieden. So wenig wie für seine Protagonisten sind für ihn selbst Vorgänge im Innern von Institutionen von Belang, jene alltägliche Abschattierung unterschiedlicher Grautöne. Politik ist öffentliche Entscheidung öffentlicher Personen und der Ort des Ja oder Nein. Ihr Leben wird so zu einer ununterbrochenen moralischen Prüfung. Die Möglichkeit des Irrtums ist gegeben, und er kann, wenn er aus großen Gründen erfolgt, verziehen werden. Aber um die Entscheidung kommen sie nicht herum.

So entsteht ein merkwürdiges Spiegelverhältnis zwischen Darstellung und Gegenstand, zwischen der Selbstdefinition der handelnden Personen und der Erzählung, in der sie auftauchen. „Unsere Generation wollte reagieren“, so fasst Bernard Kouchner die selbstgestellte Aufgabe zusammen. Eben das ist auch für Berman das Thema. Was hingegen für seine Helden kein Problem ist, wird auch von ihm nicht der Darstellung für würdig befunden. Der extreme Narzissmus der meisten der 68er-Akteure, der sie hinderte, über ihr unmittelbares Umfeld und seine Sichtweisen hinauszudenken, ihr symbiotisches Verhältnis zu den Medien, ihr Desinteresse an den staatlichen Institutionen, deren Leitung ihnen zufiel, und ihre Unfähigkeit, diese dauerhaft zu reformieren, um so eine wirksamere und längerfristige Umsetzung ihrer Ziele zu ermöglichen – Berman fällt dergleichen nicht auf. Erfolge an den Möglichkeiten zu messen, sich mit den unerwünschten Nebenfolgen des eigenen Handelns herumzuquälen und die Dauerhaftigkeit von historischen, ökonomischen und institutionellen Wirklichkeiten zu berücksichtigen – von alledem ist nicht die Rede. Individuelle Lebenswege, die von 68 nach ganz rechts, oder auch, wie in Orhan Pamuks grandiosem Roman *Schnee*, zum Islamismus geführt haben mögen, werden nicht einbezogen. Paul Berman ist ein Medienmensch, der von der scheinbaren Eindeutigkeit medialer Zuspitzungen lebt – schon deshalb argumentiert er weder soziologisch, noch verfolgt er Widersprüche, die er nicht auflösen kann.

Stattdessen konstruiert der Autor den Weg in den zweiten Irak-Krieg als Alternative. Ist das System totalitär? Verstößt es gegen die Menschenrechte? Wenn ja, ist die Konsequenz klar: Es muss interveniert werden. Und wenn dann noch einige ehemalige 68er-Aktivist\*innen, die aus dem Iran und dem Irak stammen, dort die Spur des nationalsozialistischen Totalitarismus finden, scheinen Zweifel an solcher Zwangsläufigkeit zum Luxus jener zu gehören, die sich vor den anstehenden Aufgaben drücken wollen.

So entsteht ein eigener Zusammenhang, so etwas wie die Paul Bermansche Ebene der Wahrnehmung. Sie erinnert an jene modernen Kinderbücher, in denen ein komplexes Bild – etwa von einem Keller oder der Kanalisation unter der Erde – durch das Übereinanderlegen verschiedener Folien entsteht. Immer, wenn man eine Folie umblättert, wird eine neue Schicht sichtbar, und alle Folien übereinander

ergeben erst das ganze Bild. Bermans Darstellung entspricht einer dieser Folien. Sie fängt eine politisch-philosophisch-moralische Wirklichkeit ein, in der es um richtig oder falsch geht und der universalen Vernunft der Menschenrechte keine Grenzen gesetzt sind, weder durch religiöse oder kulturelle Beschränktheiten noch durch schnöde wirtschaftliche oder politische Interessen, eine Welt ohne materielle Schwere, ohne zu bewältigenden Alltag.

Und so geschickt Berman auch bei der Verknüpfung von Debatten und der Analyse der Widersprüche in den Vorstellungen und Theorien vorgeht – aus seiner Wahrnehmungsebene führt kein Weg heraus. Das kleinere Übel zu wählen, indirekte Mittel einzusetzen, widersprüchliche Interessen zu berücksichtigen – all die alltäglichen Zwänge des politischen Handelns interessieren ihn nicht. So erwähnt er am Rande, dass Adam Michnik den Vietnamkrieg als Krieg gegen den Kommunismus billigte, während die Neue Linke im Westen dagegen war. War also die Flächenbombardierung von Bauerndörfern hinzunehmen, wenn sie darauf zielte, den Vormarsch des kommunistischen Totalitarismus zu bremsen? Obwohl sie, zu allem Überfluss, auch noch erfolglos blieb und bleiben musste? Was aus dem Dilemma politisch hätte folgen sollen, wird nicht gefragt.

Kann, wer das Richtige ernsthaft will, nicht irren? Dass der Irak-Krieg zur Katastrophe wurde, ist für Berman eine Folge der persönlichen Schwächen der Bush-Regierung und der Fehler der Besatzungsmacht beim Einmarsch, nicht des Einmarsches selbst. Die negativen Prophezeiungen der Gegner hingegen haben, angesichts der Schilderung des Saddamschen Totalitarismus in seinem Text den fauligen Geschmack des Appeasements, des „Nicht-Reagierens“. Hätte man vorher wissen können, dass durch diese „größte Fehlentscheidung der amerikanischen Außenpolitik“ (Madeleine Albright) der Nahe Osten in Brand gesetzt und dem Terrorismus ein völlig neues Handlungsfeld eröffnet würde, dass die Handlungsfähigkeit der Welt in Afghanistan oder dem Sudan geschwächt und dem iranischen Islamismus jener Windschatten geboten werden würde, den er seither für den Aufbau seiner Atommacht nutzt? Vielleicht, aber darf die Berücksichtigung derart komplexer Nebenfolgen am „Reagieren“ hindern?

So kostet das Festhalten an der Ausgangskonstellation der 68er-Bewegung und ihren einsinnigen Alternativen am Ende seinen intellektuellen Preis. Menschen, die andere Ziele verfolgen, als das jene vermuten, die zu ihrer Befreiung anrücken, und die auch in der Lage sind, diese eigenen Ziele für ihr unmittelbares Lebensumfeld durchzusetzen, sind in Bermans Weltbild ebenso wenig vorgesehen wie die neuen Bedrohungen der Lebensperspektiven großer Teile der Weltbevölkerung, die durch Klimawandel und Bevölkerungswachstum drohen. Zur ökologischen Diskussion in Deutschland fällt dem Autor nur der Satz ein „Der Fabrikult wurde durch den Waldkult ersetzt“.

In Bermans Erzählung machen sich stattdessen die Mutigen von allen Zwängen frei, um für die Menschenrechte zu kämpfen, wo auch immer sie bedroht sein mögen. Die Guten wie die Bösen sind mit Namen bekannt und am Ende kommt es gar, über alle ideologischen Schützengräben hinweg, zur Versöhnung im gemeinsamen Kampf gegen die wahren Feinde. Dazu wird der amerikanische Journalist Michael Kelly portraitiert, der als Journalist zu den wütenden Verfolgern der politischen Jugendsünden Joschka Fischers und der sexuellen Verfehlungen Bill Clintons gehört hatte. Jetzt wird er symbolisch in die „idealistische Internationale“ aufge-

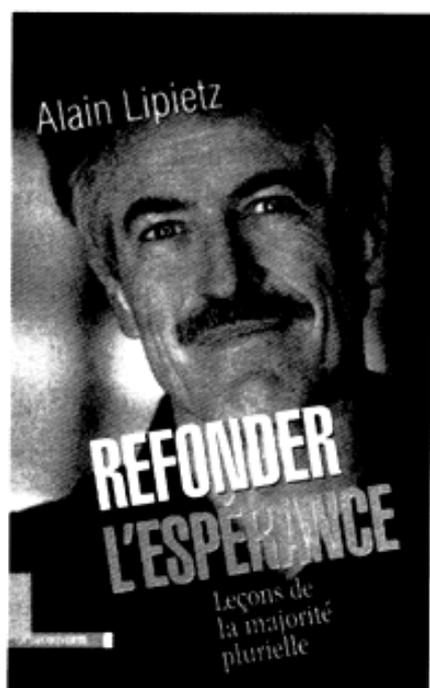
nommen. Denn Kelly war ein begeisterter Verfechter des zweiten Irakkrieges, er war von dem verbrecherischen Charakter des Saddam-Regimes überzeugt, nahm als „eingebetteter Journalist“ im Humvee an der Invasion teil, um an eben jenen Orten, die zuvor auch Bernard Kouchner besucht hatte, die Massengräber und Mordtaten des Regimes zu bezeugen, und kam dabei ums Leben. Die Regie des Textes verbindet dieses Opfer symbolisch mit dem der Spitze der UNO-Mission im Irak, die im Herbst 2003 bei einem Anschlag auf das UNO-Hauptquartier in Bagdad gestorben war. Dass diese Repräsentanten der Weltorganisation, auch sie in ihrer Jugend durch die 68er-Zeit politisiert, nicht im Traum auf den Gedanken gekommen wären, im Humvee mitzufahren, dass sie nur zu genau wussten, wohin dieser unselige Krieg noch führen konnte, und dass sie ihre Aufgabe, allen Widersprüchen zum Trotz, dennoch wahrnehmen wollten, wird nicht erwähnt.

Für Berman ist damit ein Endpunkt erreicht. Der zweite Irak-Krieg hat ein unheilbares Schisma über die 68er-Welt gebracht. Er hätte nur durch das wirksame Eingreifen der UNO, genauer: der dort einflussreich gewordenen 68er, zu einem guten Ende geführt werden können. Nur dann hätte auch die alte internationale Schar wieder zusammenfinden können. „Die Geschichte der Generation der Achtundsechziger endete zweifellos im August 2003 mit dem Bombenanschlag in der irakischen Hauptstadt. Niemand wird vermutlich wieder von ‚unserer Generation‘ und ihrer Aufgabe sprechen – jedenfalls nicht in Bezug auf die Achtundsechziger.“

So lässt das Buch den Leser mit höchst widersprüchlichen Gefühlen zurück. Wen seine Biographie in die Nähe der erzählten Ereignisse und der portraitierten Menschen führte, mag glauben, noch einmal in der 68er-Heimat mit ihren Hoffnungen, Träumen und Alpträumen, aber auch ihren Größegefühlen und ihrer völligen Humorlosigkeit zu Besuch gewesen zu sein. Ob er oder sie sich die zwischenzeitlich stattgefundenene eigene Lebenserfahrung als Mangel an heroischem Denken vorhalten lassen möchte, steht auf einem anderen Blatt. Und auch wer den Glauben an die Kraft der Idee und die Pflicht zur aktiven Einmischung weiterhin politisch schätzt, kommt an der Einsicht nicht vorbei, dass darin auch das Sektierertum der frühen Jahre überlebt haben könnte.

Roland Schaeffer

Paul Berman: *Idealisten an der Macht. Die Passion des Joschka Fischer*. Aus dem amerikanischen Englisch von Helmut Dierlamm und Werner Roller, Berlin 2005.



## Alain Lipietz: Refonder l'espérance

Als SPD und Grüne im Herbst 1998 die erste rot-grüne Bundesregierung bildeten, lagen sie in einem europäischen Trend. Die finnischen, italienischen und französischen Grünen waren 1995, 1996 und 1997 die ersten grünen Parteien in Europa, die in Koalitionsregierungen mit überwiegend sozialistischen Parteien eintraten. 1999 folgten die beiden belgischen grünen Parteien Ecolo und Agalev, und die finnischen Grünen setzten die Regierungsbeteiligung in einer zweiten Wahlperiode fort, so dass am Ende des Jahrzehnts ein Drittel der EU-Staaten von den Grünen mitregiert wurde.<sup>1</sup> Leider setzte sich der Trend auch nach der Jahrtausendwende als europäischer Trend fort, allerdings diesmal in die

entgegengesetzte Richtung. Im Jahr 2005 war die deutsche rot-grüne Koalition schließlich als einzige übrig geblieben, und mit der vorgezogenen Bundestagswahl im vergangenen Jahr ging ein Jahrzehnt grüner Regierungsbeteiligung in Europa zu Ende.

In Italien allerdings konnte das Bündnis der italienischen Linken unter Einschluss der Grünen fünf Jahre nach dem Verlust der Mehrheit im Mai 2006 einen denkbar knappen Sieg gegen Berlusconi's Rechtsbündnis erringen, und nun begleiten die Hoffnungen der europäischen Grünen die französischen Les Verts bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007. Die erste italienische Regierungskoalition unter Beteiligung der Grünen wie die erste französische verdienen aus deutscher Sicht eine sorgfältige Analyse ihres Scheiterns, da die deutsche rot-grüne Koalition wegen ähnlicher Unfähigkeit bei der Reform des Sozialstaats und des Arbeitsmarkts von den Wählerinnen und Wählern abgestraft worden ist. In Italien führte die Krise der Sozialpolitik zu dem bekannten Phänomen der Regierungsschwäche mit sukzessiven Rücktritten der Ministerpräsidenten, weil ein Teil der aus der früheren Kommunistischen Partei hervorgegangenen Linken die Zustimmung zu den Einschnitten in das soziale Netz verweigerte.

Das französische Beispiel verdient besondere Aufmerksamkeit, weil die französischen Grünen unter den europäischen Regierungsgrünen in sozialpolitischer Hinsicht den entschiedensten Konfliktkurs gegenüber den Sozialisten verfolgt und sie seitdem über die Auseinandersetzung um den europäischen Verfassungsvertrag ihr dezidiert linkes Profil noch verstärkt haben.

Vor der Parlamentswahl des Jahres 1998 schmiedeten Grüne und Sozialisten ein Wahlbündnis mit einem gemeinsamen Programm, dem rot-grünen „Accord“. Das große Reformprojekt des Accords war die Verkürzung der Arbeitszeit in zwei Schritten, zuerst auf 35 Wochenstunden, im zweiten Schritt auf 32. Zum Wahlbündnis

<sup>1</sup> Vgl. die Analyse der fünf grünen Regierungsbeteiligungen in: *Environmental Politics* 11 (2002), No. 1. Special Issue „Green Parties in National Governments“.

gehörte auch, dass es den Grünen, die angesichts des französischen Wahlmodus' aus eigener Kraft keine Mandate erringen können, eine gewisse parlamentarische Präsenz garantierte. Damals war Alain Lipietz grüner Parteisprecher. Bei der Wahl erreichte die rot-grüne Zusammenarbeit keine eigene Parlamentsmehrheit, sondern war auf die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und Jean-Pierre Chevènement's Sozialliberalen angewiesen. Dominique Voynet wurde Umweltministerin und Alain Lipietz Mitglied im Beraterstab des Ministerpräsidenten Jospin für die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung. Viele Beobachtungen und Urteile von Lipietz' Analyse der Arbeitsweise der Regierungskoalition, die er ein Jahr nach der Wahlniederlage von 2002 vorgelegt hat, hängen mit diesen beiden Rollen zusammen.

Die programmatische Basis der Regierungsbildung war nach dem oben Gesagten zumindest etwas unklar. Während sich Lipietz kontinuierlich auf die rot-grüne Vereinbarung als Leitlinie des gemeinsamen Regierungshandelns bezieht, rückten die Sozialisten vom rot-grünen Accord sogleich wieder ab. Stattdessen befolgte Jospin, wie Lipietz beklagt, eine Politik des Austarierens der Ansprüche seiner Koalitionspartner, wodurch er Chevènement in die Position des Gegenspielers der Grünen gebracht hat. In der Kritik an Chevènement sind sich die Grünen aller Schattierungen schnell einig. Lipietz' Kritik zielt aber eindeutig auf die Verantwortung des Ministerpräsidenten Jospin, den Dominique Voynet in ihrem Rückblick auf ihre Zeit als Ministerin in viel freundlicheren Farben gezeichnet hat.<sup>2</sup> Die Kritik an Jospin ist ein durchgängiger Zug des Buches von Lipietz, der die rot-grüne Koalition spätestens im Jahr 2000 als gescheitert ansieht.

Auf dem Weg dahin liegt die mühselige Beratung und Verabschiedung der Gesetze zur Einführung der 35-Stunden-Woche, und die Analyse von dessen Scheitern ist für Leserinnen und Leser aus Deutschland, die die Einführung der Hartz-Gesetze verfolgen konnten, vielleicht das Interessanteste. Lipietz zeigt Schritt für Schritt, wie eine Regierung in einem ihrer Kernanliegen, der Beförderung der wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen bei gleichzeitiger Gewinnung von Lebensqualität, scheitert, wenn die Bremser auf der Regierungslokomotive stehen und die Regierungsziele nicht wirklich verfolgen.

Weitere Themen des Buches sind der öffentliche Dienst, der dritte Sektor, Europa und die Globalisierung und was Lipietz die „Schwierigkeiten der Regierungsökologie“ nennt. Auf seine eigene Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2002 und seinen Rücktritt von der Kandidatur mitten in der Wahlkampagne geht er nur kurz ein. Dafür beginnt er seine Aufarbeitung der rot-grünen Koalitionspolitik mit dem Thema der „sans-papiers“, d.h. der Umsetzung der grünen Forderung nach der Anerkennung des Aufenthaltsrechts für die illegal nach Frankreich Eingewanderten. Auf der Basis eines Erlasses des Innenministers Chevènement mussten sich Hunderttausende einem Verfahren unterwerfen, an dessen Ende entweder ein gesichertes Aufenthaltsrecht oder die Abschiebung stand. Dies ist ein Thema, das die moralische Verantwortung des Regierungshandelns in Relation zu den individuellen Schicksalen so vieler Menschen bringt und insofern einen Maßstab zur Beurteilung der Politik liefert. Es ist zugleich ein Thema, bei dem sich viele einzelne französische Grüne, auch Voynet und Lipietz, mit großem persönlichen Engagement eingesetzt haben, indem sie die Patenschaft für einzelne „sans-papiers“ auf ihrem Weg

2 Dominique Voynet: *Voix off*, Paris 2003.

durch die Mühlen des Anerkennungsverfahrens übernahmen. Lipietz weiß hier schöne und traurige Geschichten zu erzählen.

Lipietz' Analyse ist insgesamt äußerst kritisch, nicht nur, weil er einen moralischen, menschlichen Maßstab entwickelt. Er möchte aber nicht als bloßer Kritiker dastehen. Das allererste Kapitel ist deshalb den Erfolgen von Rot-Grün in Frankreich gewidmet. Doch selbst in diesem Kapitel findet man sie nicht. Der Titel auf dem Cover des Buches stimmt deshalb optimistischer, als die Analyse im Innern des Buches begründen kann.

Christoph Becker-Schaum

Alain Lipietz: *Refonder l'espérance. Leçons de la majorité plurielle*, Paris 2003.

## **6 Neuerscheinungen**

## Grüne Autorinnen und Autoren

Die Publikationen stammen allesamt von Autorinnen und Autoren, die profilierte grüne Politikerinnen und Politiker sind. Die Zielgruppen der Publikationen und Herangehensweisen an die Themen unterscheiden sich deutlich.

Renate Künast analysiert in ihrem Buch Ursachen und Wirkungen ungesunder Lebens- und Ernährungsweisen. Sie zeigt praktische politische Lösungen auf. Christian Sterzing, Jörn Böhme und Tobias Kriener präsentieren eine historisch-politische Chronologie des israelisch-palästinensischen Konflikts. Beide Bücher sind Ratgeber und Nachschlagewerke zur Orientierung in komplexen Themenfeldern. Joschka Fischer schreibt aus der Perspektive des grünen Außenministers über die Folgen der Terroranschläge von New York für die globalisierte Welt. Adrienne Göhler zeigt mit ihrer empirischen Analyse des bestehenden Sozialstaates und der Präsentation von visionären Projekten aus Kunst und Wissenschaft Wege in eine zukünftige Kulturgesellschaft auf.

Renate Künast: *Die Dickmacher: Warum die Deutschen immer fatter werden und was wir dagegen tun müssen*, München 2004.

Jörn Böhme, Tobias Kriener, Christian Sterzing: *Kleine Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts*, Schwalbach i. Ts. 2005.

Joschka Fischer: *Die Rückkehr der Geschichte: Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens*, Köln 2005.

Adrienne Göhler (unter Mitarbeit von Mareike Dittmer, Sophie Krempf): *Verflüssigungen: Wege und Umwege vom Sozialstaat zur Kulturgesellschaft*, Frankfurt/Main, New York 2006.

## 25 Jahre Grüne Geschichte

Die erzählte Geschichte, die persönliche Erinnerung, die subjektive Sichtweise auf 25 Jahre Grüne Partei charakterisieren die Publikationen, die aus Anlass des Parteijubiläums geschrieben wurden. Die grünen Autorinnen und Autoren aus dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, aus Stuttgart, Bayern, Nordrhein-Westfalen und der Bundespartei lassen die Spannweite grüner Politik deutlich werden. Eine Ministerin erzählt ihre grüne Geschichte genauso wie ein Landkreistagsabgeordneter, ein junger Grüner und ein Wahlkämpfer. Ergänzt werden diese Innenansichten in einigen Veröffentlichungen durch Berichte von außen. Politikerinnen und Politiker von SPD und CSU, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, der Deutsche Naturschutzring, ein Unternehmer, Journalistinnen und Journalisten sowie ein Politikwissenschaftler schildern ihre Erfahrungen mit den politischen Neulingen.

Die Präsentationsformen sind vielfältig. Sie reichen von der einfachen bilderlosen Veranstaltungsdokumentation über einen aufwendig gestalteten Jahreskalender bis hin zum illustrierten Magazin.

Alle Parteigeschichten hinterlassen den Eindruck, dass mit der 25 jährigen Arbeit der Grünen die politische Kultur der Bundesrepublik vielfältiger und phantasievoller geworden ist.

Frank Riepl, Till Westermayer (Hrsg.): *Erzählte Geschichte: 25 Jahre Grüne im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald*, Gundelfingen 2005.

Heinrich-Böll-Stiftung NRW (Hg.): *25 Grüne Jahre in NRW: Dokumentation des 8. Böll-Forums am 9. Juli 2004*, Düsseldorf 2004.  
Bündnis 90/Die Grünen: *25 Jahre Grüne Geschichte(n): 1979-2004*, Berlin 2004.  
Bündnis 90/Die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat: *25 Jahre Grüne in Stuttgart: grüner Kalender für das Jahr 2005*, Stuttgart 2004.  
Bündnis 90/Die Grünen Bayern: *Vom Bürgerschreck zur Premiumopposition: 25 Jahre Grüne in Bayern*, Waging 2004.

## Biografien

In allen Publikationen stehen Persönlichkeiten im Mittelpunkt, die entweder das Profil der Grünen mitgestaltet oder dem Natur- und Umweltschutz durch praktische Projekte zum Durchbruch verholfen haben.

Florian Kronbichlers sehr persönlich gehaltene Alexander-Langer-Biografie greift ein Buchprojekt von Langer auf, der sein politisches Südtirol-ABC nicht mehr selbst verwirklichen konnte. Kronbichler versucht eine Annäherung an die politische Person Langer anhand alphabetischer Stichworte.

Willi Hoss hat seine Lebenserinnerungen auf Tonband aufgezeichnet. Peter Kammerer hat daraus ein Buch gemacht, das historisch chronologisch aufgebaut, den politischen Lebensweg von Willi Hoss rekonstruiert. Eingebettet wird die persönliche Entwicklung – vom Kommunisten, dem kritischen Gewerkschafter und Betriebsrat, dem grünen Parlamentarier, der die Partei wegen ihrer Zustimmung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr verlässt, bis hin zum engagierten Entwicklungshelfer in Brasilien – in die politische Entwicklung der Bundesrepublik.

Claudia Roth greift in ihrer Autobiografie den Slogan von 68er- und Frauenbewegung „Das Private ist politisch“ auf. Auch für sie gibt es keine Trennung zwischen der privaten und der politischen Claudia Roth, die, aus kritisch-liberalem bayerischen Elternhaus kommend, fast bruchlos zur kritischen Kulturmanagerin und über verschiedene Stationen und Funktionen in der Partei zur Bundesvorsitzenden wird. Das Buch ist gleichzeitig eine intensive Beschäftigung mit ihren grünen Schwerpunktthemen, der Minderheiten- und Menschenrechtspolitik.

Abb. 19: Willi Hoss spricht auf einer Podiumsdiskussion, veranstaltet von den Jungdemokraten, 1980.



Abb. 20: Wangari Maathai bei der Verleihung des Petra-Kelly-Preises 2004 durch Barbara Unmüßig und Ralf Fücks, rechts Klaus Töpfer.



Antje Vollmer dagegen blickt im Dialog mit dem Journalisten Hans Werner Kilz auf ein von Brüchen und Grenzgängen gezeichnetes Leben zurück. Sie ist protestantisch-ländlich geprägt, kommt mit der 68er-Bewegung in Kontakt, wird Theologin und unverheiratet Mutter und findet sich 1983 als Parteilose auf Listenplatz 2 der nordrhein-westfälischen Grünen wieder. Im lockeren Gespräch stellt sie ihre Einschätzung und Analyse des grünen wie rot-grünen Projekts vor, und Kilz gelingt es immer wieder, sie zum Einflechten persönlicher Erinnerungen an Meilensteine ihrer eigenen politischen Karriere, der grünen Geschichte und wichtiger grüner Persönlichkeiten zu bewegen.

Die beharrliche Arbeit von Wangari Maathai, afrikanische Politikerin, Umweltaktivistin und Friedensnobelpreisträgerin 2004, wird mit einer Biografie gewürdigt, die gleichzeitig ein kenntnisreiches journalistisches Sachbuch über Kenia ist. Für Maathai gehören der Einsatz für Umweltschutz, Frauenrechte, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit zusammen. Ihr Lebenswerk, die Grüngürtel-Bewegung, die die Anpflanzung von Millionen von Bäumen in Kenia auf ihrem Konto verbuchen kann, versteht sie auch als Projekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen in Kenia.

Stefan Ehlert, Wangari Maathai: *Mutter der Bäume*, Freiburg i. Br. 2004.  
Willi Hoss: *Komm ins Offene, Freund*, hrsg. v. Peter Kammerer, Münster 2004.  
Florian Kronbichler: *Was gut war: ein Alexander-Langer-ABC*, Bozen 2005.  
Claudia Roth: *Das Politische ist privat: Erinnerungen für die Zukunft*, Berlin 2006.  
Antje Vollmer: *Eingewandert ins eigene Land: Was von Rot-Grün bleibt*, München 2006.

## Partei, Koalition und Wahlen

Die jüngsten Veröffentlichungen zur Lage der Partei, zur Beurteilung der Politik in der Regierungsverantwortung und zu den Wahlkämpfen und Wahlausgängen betreffen drei Sujets, die je eine eigene Rubrik verdient hätten. Aber die Themen bedingen einander so sehr, dass die Zuordnung willkürlich scheinen könnte. Stattdessen unterscheiden wir im Folgenden zwischen Buchveröffentlichungen und Zeitschriftenaufsätzen.

## 1. Zeitschriften

Vorab die Erinnerung, dass politische Zeitschriften wie die *Kommune* und die *Blätter für deutsche und internationale Politik* das politische Geschehen aktuell kommentieren. Politikwissenschaftliche Zeitschriften brauchen ein Jahr länger. Vor allem in zwei politikwissenschaftlichen Zeitschriften kann man dann die Analysen zu Wahlausgängen, Regierungswechseln und dem Zustand des Parteiensystems nachlesen. Diese sind die *Politische Vierteljahresschrift* (PVS) und die *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (ZParl). Hier sei auf einige neueste Aufsätze in diesen beiden Zeitschriften hingewiesen.

Beginnen möchten wir mit der Europawahl 2004, bei der die Koalitionspartner in der Bundesregierung so entgegengesetzte Wahlergebnisse erzielt haben. Europawahlen sind aber immer auch so etwas wie eine zweite Abstimmung über die Bundesregierung. Oskar Niedermayer vergleicht Wahlziele und Ergebnisse der einzelnen Parteien, fragt nach den für den Wahlausgang entscheidenden Themen und differenziert das Wählerverhalten nach sozialen Gruppen. Nur die Wählerinnen und Wähler der Grünen haben überwiegend aus europapolitischen Gründen Bündnis 90/Die Grünen gewählt, bei den anderen Parteien überwogen bundespolitische Gründe. Umso erstaunlicher angesichts des entgegenlaufenden Ergebnisses ist, dass die Anhänger von SPD und Grünen die Arbeit der Bundesregierung fast identisch eingeschätzt haben. Im letzten Teil beschreibt Niedermayer das Wahlergebnis europaweit für alle Länder und Parteien.

Eckhard Jesse analysiert die Ausgangslage für die Bundestagswahl, wie sie sich nach der gescheiterten Vertrauensfrage für die einzelnen Parteien ergeben hat. Er vergleicht außerdem Schröders Vertrauensfrage mit denen von Willy Brandt und Helmut Kohl und kommt zum Schluss, dass der Bundestag ein Selbstauflösungsrecht erhalten sollte.

In beiden Zeitschriften ist inzwischen eine Analyse des Ausgangs der Bundestagswahl vom 18. September 2006 erschienen.

Franz Urban Pappi und Susumu Shikano betrachten zuerst die programmatischen Positionen der Parteien, die Einstellungen der Wählerschaft in den einzelnen Politikfeldern und die koalitionspolitischen Handlungsmöglichkeiten der fünf Bundestagsparteien, ehe sie das Wahlergebnis analysieren. Das Ergebnis bezeichnen sie als eine Regierungsabwahl ohne Neuwahl.

Richard Hilmer und Rita Müller-Hilmer beschreiben die Entwicklung der Zustimmung zur Politik der Bundesregierung in der vorangegangenen Wahlperiode und die Ausgangslage und den Wahlkampf der einzelnen Parteien. Darüber hinaus analysieren sie das Wählerverhalten bei der Bundestagswahl, differenziert nach sozialen Wählergruppen, den verschiedenen den Parteien zugeschriebenen Sachkompetenzen und personenbezogenem Wahlverhalten, Verschiebungen zwischen den Parteien und regionalen Trends. Zum Abschluss widmen sie sich der Bildung der Regierung Merkel nach der Wahl.

Oskar Niedermayer: Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 13. Juni 2004 in Deutschland: Ein schwarzer Tag für die SPD, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (2005), H. 1, S. 3-19.

Eckhard Jesse: Nach der gescheiterten Vertrauensfrage: Zur Lage der Parteien und des Parteiensystems in Deutschland, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36 (2005), H. 3, S. 600-615.

Franz Urban Pappi, Susumu Shikano: Regierungsabwahl ohne Regierungsneuwahl, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (2005), H. 4, S. 513-526.

Richard Hilmer und Rita Müller-Hilmer: Die Bundestagswahl vom 18. September 2005: Votum für Wechsel in Kontinuität, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006), H.1, S. 183-218.

## 2. Bücher

Zur Europawahl 2004 sind letztes Jahr zwei Sammelbände erschienen, der erste von Oskar Niedermayer und Hermann Schmitt herausgegeben, der zweite von Jens Tenscher. Im erstgenannten stehen eingeübte Fragen im Vordergrund: Was waren die institutionellen Voraussetzungen, welche Wahlkampfstrategien haben die Parteien entwickelt, wo lagen die programmatischen Unterschiede und welche Relevanz hat das Ergebnis der Europawahl für die nächststehende Bundestagswahl? Ein tabellarischer Anhang rundet den Band ab. Im anderen Sammelband stehen die verschiedenen Aspekte der Wahlkampagne im Vordergrund, wobei sich die Aufsätze im ersten Teil auf Deutschland beziehen, die im zweiten Teil auf die Wahlkämpfe in Österreich, Großbritannien, Finnland und Estland.

Die Geschichte der rot-grünen Koalition ist noch nicht geschrieben. Aus der Menge der bisherigen Veröffentlichungen zur Koalition greifen wir deshalb nur eine heraus. Die Spiegel-Journalisten Matthias Geyer, Dirk Kurbjuweit und Cordt Schnibben haben unter dem Titel *Operation Rot-Grün* die Geschichte der rot-grünen Koalition in Kalenderblättern geschrieben. Beispiel (S. 157): „14. Oktober, Berlin-Charlottenburg, in einem italienischen Restaurant“. Alles ist knallig geschrieben, eine Anhäufung von Klischees. Die Spiegeljournalisten beginnen tatsächlich mit der Socken strickenden grünen Parteitagsdelegierten, regenbogenfarbene Wolle, versteht sich. Der Titel ist eine ebenso dämliche Aneinanderreihung von Schlagworten. Da ist kein starker Spruch in den sieben Jahren der Koalition gefallen, der in diesem Buch nicht wieder auftaucht. Trotzdem, wer das Buch liest, ist bei jedem Kalenderblatt gleich im Bilde. Es macht „klick“ und man erinnert sich. Die Lektüre ist natürlich Geschmackssache.

Ein Sammelband, auf den ich aufmerksam machen möchte, ist das von Uwe Jun, Henry Kreikenbom und Viola Neu herausgegebene Buch *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*. Die 14 Beiträge behandeln zum einen die Veränderungen im Parteiensystem insgesamt, zum anderen werfen sie einen Blick auf die einzelnen kleineren Parteien. Nicht nur auf die beiden den Grünen gewidmeten Beiträge soll hier verwiesen werden, sondern auch auf die allgemeineren Aufsätze, die den Wandel der Rahmenbedingungen im bundesrepublikanischen Parteiensystem thematisieren. Martin Dolezal untersucht die Position der Grünen in dem wertmäßig durch eine kulturelle und eine ökonomische Dimension aufgespannten politischen Raum im Verhältnis zu den anderen Parteien. Dadurch kommt er zu neuen Aussagen über die Polarisierung des Parteiensystems angesichts der Herausforderung der nationalstaatlich verfassten Gesellschaft durch die Globalisierung. Melanie Haas beschreibt den Zustand der Grünen nach der Bundestagswahl, indem sie sozialstrukturelle und programmatische Aussagen über die Partei in Beziehung setzt. Die anderen in dem Sammelband untersuchten Parteien sind außer der FDP und der Linkspartei, deren Behandlung sich von selbst versteht, die NPD und die ÖDP. Zwei weitere Beiträge behandeln die kommunalen Wählergemeinschaften.

- Oskar Niedermayer und Hermann Schmitt (Hrsg.): *Europawahl 2004*, Wiesbaden 2005.  
 Jens Tenschler (Hrsg.): *Wahl-Kampf um Europa: Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004*, Wiesbaden 2005.  
 Matthias Geyer, Dirk Kurbjuweit, Cordt Schnibben: *Operation Rot-Grün: Geschichte eines politischen Abenteuers*, München und Hamburg 2005.  
 Uwe Jun, Henry Kreikenbom, Viola Neu (Hrsg.): *Kleine Parteien im Aufwind: Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt/Main, New York 2006.

## Für Grüne interessante Themen

Heute haben Verlage Themen im Repertoire, die früher einmal nur grüne Themen waren.

Die Bücher von Bernhard Pötter und Tim Flannery zählen sicherlich zu dieser Art von Publikationen. Sie beschäftigen sich aus pragmatisch-empirischer Perspektive mit Verbraucherverhalten, Klimawandel und formulieren Handlungsstrategien für eine nachhaltige Verbraucher- und Klimapolitik.

Mit zwei wissenschaftlichen Publikationen stellt sich der Nachwuchs der Umweltgeschichte vor, der nicht aus der Bewegungsforschung kommt. Kai Hünemörder und Franz-Josef Brüggemeier erforschen den Beginn der deutschen Umweltpolitik und präsentieren unterschiedliche Forschungsergebnisse zu Aspekten von Natur- und Umweltschutz.

Bewegungsorientiert dagegen sind der von Anja Weckwert herausgegebene Tagungsband zur internationalen Frauenbewegung und feministischen Theorie und die von Devi Prasad, langjähriger Vorstand der War Resisters International, verfasste Geschichte der internationalen pazifistischen Organisation.

Die Arbeit über Parteivorsitzende in der BRD rundet unsere Literaturempfehlung ab. Eingebettet in Untersuchungen über politische Führung in CDU, CSU, FDP, SPD und den gescheiterten Nachkriegsparteien stellt Saskia Richter biografische Informationen zu den Sprecherinnen bzw. Sprechern und Vorsitzenden der Grünen zusammen und untersucht Führungsphasen und -typen.

Hiermit liegen Bücher vor, die zur kritischen Auseinandersetzung mit heutiger grüner Frauen- und Friedenspolitik, Umwelt-, Verbraucher- und Klimapolitik einladen.

- Tim Flannery: *Wir Wettermacher: Wie die Menschen das Klima verändern und was das für unser Leben auf der Erde bedeutet*, Frankfurt/Main 2006.  
 Kai Hünemörder: *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973)*, Wiesbaden 2004.  
 Anja Weckwert und Ulla Wischermann (Hrsg.): *Das Jahrhundert des Feminismus: Streifzüge durch nationale und internationale Bewegungen und Theorien*, Königstein 2006.  
 Franz-Josef Brüggemeier und Jens Ivo Engels (Hrsg.): *Natur- und Umweltschutz nach 1945: Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt/Main, New York 2005.  
 Daniela Forkmann und Michael Schlieben (Hrsg.): *Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005*, Wiesbaden 2005.  
 Bernhard Pötter: *König Kunde ruiniert sein Land: Wie der Verbraucherschutz am Verbraucher scheitert und was dagegen zu tun ist*, München 2006.  
 Devi Prasad: *War is a Crime against Humanity: The Story of War Resisters' International*, London 2005.

Annotiert von Christoph Becker-Schaum und Anne Vechtel

## Autorinnen und Autoren

**Keith Alexander**, geboren 1969, ist zur Zeit Visiting Assistant Professor of Environmental Studies and Coordinator, Historic Preservation Program an der Shepherd University in West Virginia/USA. Jüngste Veröffentlichung: *Rethinking Green: Environmentalism and the West Berlin Left, 1970-1990*. (Presented at the Twenty-ninth Annual Conference of the German Studies Association, October 1, 2005, Milwaukee, WI)

**Christoph Becker-Schaum**, geboren 1952, ist seit 1995 Leiter des Archivs Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Jüngste Veröffentlichung: Von der Protestbewegung zur demokratischen Alternative. Die Grünen Hessen 1979-2004, in: *Hessen. 60 Jahre Demokratie: Beiträge zum Landesjubiläum*, hrsg. v. Helmut Berding und Klaus Eiler, Wiesbaden 2006.

**Robert Camp**, geboren 1953, ist seit 1992 Archivar im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Leiter des Petra-Kelly-Archivs, zuvor seit Gründung der Partei Die Grünen in der Bundesgeschäftsstelle tätig. Jüngste Veröffentlichung: Für ein Europa der Regionen. Über die Europapolitikerin Petra Kelly, in: *Die Grünen in Europa. Ein Handbuch*, hrsg. v. der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004.

**Gabriele Giwan**, geboren 1975, ist seit 2005 Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

**Lars Müller**, geboren 1972, forscht zur Geschichte von Radio Dreyeckland. Zuvor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Freiburg. Jüngste Veröffentlichung: CD-ROM: *Dokumentation zu Fahrpreiskämpfen in Freiburg 1968*, hrsg. v. Archiv Soziale Bewegungen Baden, Freiburg 2004.

**Tim B. Peters**, geboren 1976, seit 2005 wissenschaftlicher Projektmitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Jüngste Veröffentlichung: Wahlbeobachtung in Tartastan. Möglichkeiten und Grenzen politischer Projektarbeit im heutigen Russland, in: Andreas Umland (Hrsg.): *Geistes- und sozialwissenschaftliche Hochschullehre in Osteuropa I*, Frankfurt a.M. 2005.

**Saskia Richter**, geboren 1978, ist Doktorandin an der Universität Göttingen. Jüngste Veröffentlichung: Herausgabe des Sammelbandes: *Gescheiterte Kanzlerkandidaten in Deutschland*, Wiesbaden 2007.

**Steffi Rönnefarth**, geboren 1974, ist seit 1997 Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, archivfachliche Veröffentlichungen.

**Roland Schaeffer**, geboren 1951, ist im Umweltamt der Stadt Frankfurt tätig und arbeitet als Lehrbeauftragter, Berater, Autor mit dem Schwerpunkt „nachhaltigkeits- und verbraucherpolitische Fragestellungen“. Jüngste Veröffentlichung: Reinhard Loske und Roland Schaeffer (Hg.): *Die Zukunft der Infrastrukturen. Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung*, Marburg 2005.

**Michael Schlieben**, geboren 1979, promoviert in Göttingen, Mitarbeiter der Wochenzeitung *Die Zeit*. Jüngste wissenschaftliche Veröffentlichung: Herausgabe des Sammelbandes: *Die Parteivorsitzenden der Bundesrepublik 1949-2005*, Wiesbaden 2005.

**Anne Vechtel**, geboren 1958, ist seit 2001 Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, zuvor frauengeschichtliche Forschung, Archiv- und Bildungsarbeit. Jüngste Ausstellung: *Grüne Anschläge. 25 Jahre Grüne Plakatkunst*, Berlin 2004. Archivfachliche Veröffentlichungen.

**Franz Walter**, geboren 1956, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen. Jüngste Veröffentlichung: *Träume von Jamaika*, Köln 2006.

**Das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen und der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Es erschließt die Archivalien, macht sie der Öffentlichkeit zugänglich und bewahrt sie für künftige Generationen auf. Das vorliegende Jahrbuch bietet u.a. Beiträge zur Zeitgeschichte, historische Dokumente und Einblicke in die Bestände und Projekte des Archivs.**

**Archiv Grünes Gedächtnis  
der Heinrich-Böll-Stiftung  
Eldenaer Straße 35  
10247 Berlin**

**Tel: 030/28534-260  
Fax: 030/28534-5260  
archiv@boell.de  
www.boell.de/archiv**

**Öffnungszeiten des Lesesaals  
Mo, Di, Do: 9-17 Uhr  
Mi: 12-20 Uhr, Fr: 9-16 Uhr**

 **HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG**